Steuermillionen für die Ditib, S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 42 – 20. Oktober 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Der Front National verliert seine Nummer 2
Parteiaustritt des Linksnationalisten Florian Philippot **2**

Deutschland

Deutsche Steuergelder für die Ditib
Wie die Erdogan-nahe Organisation gefördert wird **3**

Hintergrund

Die Holzklasse hebt ab
Die Billigfluglinien setzten Maßstäbe **4**

Preußen / Berlin

Noch weniger Abschiebungen
Rot-rot-grüner Koalitionsvertrag wirkt **5**

Ausland

Ganz großer Bahnhof
Saudi-arabischer Staatsbesuch in Russland **6**

Kultur

Nicht ohne ihre Tochter
Bahnbrechende Serie in der ARD **9**

Geschichte

Hammerschläge, die die Welt erschütterten
Martin Luthers 95 Thesen **10**





Konservatives Profil mit Durchschlagskraft: ÖVP-Chef und Wahlsieger Sebastian Kurz

Bild: Imago

Sturm über »Jamaika«

Merkel verkennt Ursachen des Niedersachsen-Debakels – Kurz zeigt den Weg

Die CDU-Chefin will ihren Kurs fortsetzen und verkennt dabei völlig die eindeutigen Signale, die von Österreich ausgehen.

Aus Wahlniederlagen kann man lernen. Man muss aber nicht, wie Angela Merkel zu beweisen scheint. Ihre Lehre aus der Schlappe in Niedersachsen lautet, dass die Union mehr Menschen erreichen müsse, „die nicht zum klassischen Umfeld der CDU gehören“.

Dabei zeigen Analysen, dass die CDU gerade in ihrem „klassischen Umfeld“ verloren hat, so besonders bei den Älteren. Niedersachsens SPD dagegen hat sich dieser Gruppe, die sich nach Verlässlichkeit, Stabilität und Sicherheit sehnt, gezielt zugewendet. Manche SPD-Wahlplakate waren gewiss nicht unbeabsichtigt gestaltet wie Wahlwerbung der 50er Jahre. Sie sollten offenkundig konservativere Wähler ansprechen. Der Coup gelang glänzend: Spitzenkandidat Stephan Weil verkörperte gekonnt den bodenständigen Landesvater und kämpfte sich mit dieser Rolle aus einer im Sommer aussichtslos anmutenden Lage zum Triumph.

Merkel kann oder will nicht begreifen, dass gerade in Zeiten von Masseneinwanderung und Multikulti, von steigender Kriminalität, Terror und allgemeiner Unsicherheit konservative Belange in den Vordergrund rücken.

> SPD hat gesiegt, weil sie konservative Regungen ansprach

In Österreich hat der Chef ihrer siegreichen Schwesterpartei ÖVP, Sebastian Kurz, die Durchschlagskraft eines glaubhaften konservativen Profils bewiesen. Doch Merkel verharrt bei einem dem grünen oder linksliberalen Milieu entlehnten Konzept der CDU als „moderner Großstadtpartei“, das die Basis der Union Schritt für Schritt erodieren lässt. Dass die CDU nicht noch stärker verloren hat, verdankt sie dem traurigen Bild der niedersächsischen AfD. Deren Bild war von Zerstrittenheit entstellt. Dieser trostlose Auftritt sowie neue Turbulenzen auf Bundesebene ließen die Blauen im Nordwesten auf ihre Kernwählerschaft zusammenschrumpfen.

Alle „Jamaika“-Parteien haben in Niedersachsen verloren. CSU, Grüne und FDP werden unter dem Eindruck dieser Niederlage in die Koalitionsverhandlungen gehen, was die Gespräche nicht leichter machen wird.

Liberale und CSU wissen, dass ihre Wähler eine rigide Begrenzung der Massenzuwanderung einfordern. Die Grünen wollen das Gegenteil. Nach bisherigen Erfahrungen wird Merkel versuchen, die übrigen Partner und ihre eigene Partei durch Tricks und schwammige Formulierungen in eine Linie zu locken, die jener der Grünen am nächsten kommt.

Für die FDP und insbesondere die CSU kann das gefährlich werden. Die Christsozialen konnten angesichts der krassen Unterschiede der Wahlresultate in Österreich und Deutschland erkennen, dass die Wähler zwischen bloßem Gerede und zupackendem Veränderungswillen zu unterscheiden wissen. Will die CSU verhindern, dass die AfD ebenso groß wird wie deren Wiener Pendant, die FPÖ, wird sie handeln müssen.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Nazis am Steuer

Wer mit einem im schleswig-holsteinischen Landkreis Steinburg zugelassenen Kraftfahrzeug unterwegs ist, führt ein „IZ“ auf dem Kennzeichen. Und weil er beispielsweise Alfred Neumann heißt, hat er als Wunschkennzeichen die Buchstabenkombination „IZ-AN“ gewählt. Für die Kieler SPD-Landtagsfraktion ist der Fall klar: Das ist „Nazi-Propaganda“. Rückwärts gelesen steht da nämlich „NAZI“. Auch der Dithmarscher, der etwa „HEI-L“ auf dem Kennzeichen stehen hat, ist in die Schusslinie der SPD geraten, offenbart diese Buchstabenkombination doch dessen nationalsozialistische Gesinnung. Um dem ein Ende zu machen, hat die SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht, demzufolge die Zulassungsstellen angewiesen werden sollen, „keine Kfz-Kennzeichen mit Zahlen- und/oder Buchstabenkombinationen mehr zuzuteilen, die einen eindeutigen Bezug zum Nationalsozialismus und seinen Institutionen aufweisen“ oder Verbundenheit mit der rechtsextremen Szene ausdrücken könnten. Bereits zugeteilte Kennzeichen sollen von Amts wegen geändert werden.

„NS“, „SA“, „SS“, „HJ“ oder „KZ“ wird schon seit Jahren bundesweit nicht mehr zugeteilt. Welche anderen Kombinationen nach einem angeblich existierenden „Nazi-Code“ irgendeine Bedeutung haben könnten, soll nun der Verfassungsschutz auflisten. Dazu gehören auch Zahlenkombinationen wie 18 (erster und 18. Buchstabe im Alphabet: AH = Adolf Hitler), 88 (HH = Heil Hitler) oder 74 (GD = Großdeutschland).

Vor allem im Nazi-Pfuhl Hamburg müssen die Sozialdemokraten endlich durchgreifen. Hier sind bummelig eine Million Fahrzeuge zugelassen. Alle mit „HH“ und somit von Haltern, die ihre Führerverehrung ausdrücken wollen. Das muss aufhören.

Bedingt abwehrbereit

Umfangreiche Studie zweifelt an Deutschlands Fähigkeit und Willen zur Verteidigung

Als der „Spiegel“ einst unter der obigen Überschrift die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland in Frage stellte, löste das die schwerste Staatskrise in der bundesdeutschen Geschichte aus. Fast auf den Tag genau 55 Jahre später sorgt ein Bericht mit ähnlichem Tenor für Aufmerksamkeit. Urheber ist indes kein Nachrichtenmagazin, sondern die nach eigenen Angaben politisch, national und institutionell unabhängige Denkfabrik Friends of Europe, die sich seit 1999 mit der Analyse und Diskussion der Politik in der Europäischen Union befasst.

In ihrer 218 Seiten umfassenden Studie „Über den eigenen Schatten springen. Deutschland und die Zukunft der europäischen Verteidigung“ spricht sie Deutschland nicht nur die Fähigkeit, sondern sogar den Willen zur gemeinsamen Verteidigung ab. Deutschland sei seit 2014 durch eine Reihe von Ereignissen „aus einer seit Ende des Kalten Krieges bestehenden Komfortzone“ gerissen worden. Dennoch fehle dem Land bis heute eine „strategische Kultur“, welche die öffentliche Diskussion über militärische Angelegenheiten fördere. Der „dunkle Schatten des 20. Jahrhunderts“ lege Deutschlands Bereitschaft und Fähigkeit, „jenseits seiner Grenzen zu agieren, enge psychologische und politische Schranken“ auf. Die Diskussion über aktivere Verteidigungsmaßnahmen werde in Euphemismen wie Friedenssicherung, Stabilisierung, Krisenmanagement, Bündnisfähigkeit und erhöhte Vorwärtspräsenz gehüllt. Der „vielleicht stärkste Euphemismus“ nenne „den Stabschef der Bundeswehr Generalinspekteur“, mokieren sich die Verfasser der Studie.

Als besorgniserregend nennt die Studie auch die Unterfinanzierung der Bundeswehr und die damit einhergehenden eklatanten Ausrüstungsmängel. So habe sich ein personell wie materiell heruntergewirtschaftetes Militär daran gewöhnt, „Fluggerät, Panzer, Fahrzeuge und Schiffe auszuschlachten, um wenigstens eine begrenzte Zahl am Laufen zu halten“. Die Bundeswehr sei „durch 25 Jahre des Investitionsabbaus ausgehöhlt“ worden, da mehrere Regierungen in Folge eine „endlose Friedensdividende kassiert“ hätten. Wartung, Munitionslager, Ausbildung und Übungen litten unter tiefgreifenden Sparmaßnahmen. Zudem habe die Bundeswehr seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahre 2011 Probleme bei der Rekrutierung und der „Mitarbeiterbindung von Soldaten“.

Kritisch sehen die Verfasser der Studie auch Deutschlands restriktive Haltung hinsichtlich des Exports von Rüstungsgütern. Deutsche Mischkonzerne zögen sich weitgehend aus dem Rüstungssektor zurück, weil sie „keine Lust mehr haben, das Exportrisiko zu tragen“. Da die deutsche Verweigerung von Exportlizenzen häufig auch gemeinsam mit anderen Ländern hergestelltes Gerät beträfe, wachse der Unmut bei den europäischen Partnern.

Hinsichtlich der Verlässlichkeit Deutschlands als Bündnispartner kommt die Studie zu dem Schluss, dass „Europas wirtschaftlich stärkste und bevölkerungsreichste Nation“ schon lange „das schwächste Glied in der Kette“ sei, wenn es „um militärische Entschlossenheit“ gehe. Für Deutschland bestehe die Herausforderung darin, „über den Schatten seiner Vergangenheit zu springen, eine echte strategische Kultur zu entwickeln, eine aussagekräftigere Außenpolitik zu betreiben und brauchbare Streitkräfte aufzubauen, die mit entsprechender Ausbildung und Ausrüstung bei Bedarf schnell einsetzbar sind“. Deutschland müsse „nach dem systematischen Herunterwirtschaften der Bundeswehr und der Einlösung der Friedensdividende seit 1990 noch einen weiten Weg zurücklegen“. Das sei eine Herkulesaufgabe, „die zehn bis 15 Jahre in Anspruch nehmen dürfte“.

Jan Heitmann

MELDUNGEN

Mit Tradition gegen Terror

Duschanbe – Nachdem bereits in mehreren Nachbarstaaten das Tragen sogenannter islamischer Kleidung verboten wurde, hat auch Tadschikistan damit begonnen, derartige Praktiken religiöser Extremisten zu beschränken. Ab sofort gilt in den Schulen des Landes ein Verbot des Hidschabs und anderer landesfremder Verhüllungen. *T.W.W.*

FSB hebt IS-Zelle aus

Moskau – Der russische Geheimdienst FSB hat in der Nähe von Moskau eine Untergrund-Zelle des IS ausgehoben. Diese sei von radikalen Moslems aus dem Nordkaukasus getragen worden und habe konspirativ im Untergrund agiert, teilte der FSB mit. Die moslemischen Terroristen waren bei ihrer Festnahme mit selbstgebastelten Sprengsätzen, Pistolen und Granaten bewaffnet. Bei den Sprengsätzen handelt es sich um Nagelbomben, die von muslimischen Terroristen vor allem gegen Menschenansammlungen zum Einsatz kommen. Hintergrund der aktuell aufgedeckten Kommandoaktion des IS bei Moskau ist Erkenntnissen der russischen Sicherheitsbehörden zufolge der sogenannte Rohingya-Konflikt in Birma. Die Regierung in Moskau gilt als Verbündete der birmanischen Regierung. In der tschetschenischen Hauptstadt Grosny waren Ende September Zehntausende zum Zeichen ihrer Solidarität mit den moslemischen Glaubensbrüdern in Birma auf die Straßen gegangen. Darunter befanden sich auch zahlreiche Moslems aus dem Nordkaukasus. *J.H.*

Mehlenberg gibt nicht auf

Brühl – Marco Mehlenberg, der in drei Instanzen wegen Beleidigung verurteilt worden war, weil er die Grünen-Politikerin Claudia Roth als „ekelhaft“ bezeichnet hatte, gibt nicht auf. Nachdem es das Bundesverfassungsgericht ohne Angabe von Gründen abgelehnt hat, seine Beschwerde zur Entscheidung anzunehmen (siehe *PAZ* 40/2017), will er die Sache vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen. Er begründet dies damit, dass er es für „außerordentlich wichtig“ halte, dass man sich „als patriotischer Deutscher nicht unterbuttern lässt und in diesen antideutschen Zeiten aufrecht gegen Unrecht ankämpft“. Mehlenberg hatte in einer nichtöffentlichen E-Mail an den Flüchtlingskoordinator der Stadt Brühl von der „ekelhaften Claudia Roth“ gesprochen. Die Gerichte werteten Mehlenbergs Äußerung als „Kundgabe der Missachtung“ und „Herabsetzung“ Roths. Zu seiner Verteidigung hatte sich Mehlenberg stets auf die Meinungsfreiheit berufen und argumentiert, Ekel sei laut Wikipedia eine Bezeichnung für „die Empfindung einer starken Abneigung“. Für ihn gebe es keine bessere Vokabel, um seine Gefühle gegenüber Roth, die in seinen Augen „ein Musterbeispiel für gelebten Deutschenhass“ ist, auszudrükken. Seine starke Abneigung gegenüber der Politikerin sei „nun mal ein Faktum, daher war das Wort ‚ekelhaft‘ perfekt gewählt“. Zudem sei es „eine zulässige Äußerung im politischen Meinungskampf“. *J.H.*

Diese Ausgabe enthält eine Beilage von RSD Reise Service Deutschland GmbH

Der FN verliert seine Nummer 2

Marine Le Pens linker ehemaliger politischer Chefstratege Florian Philippot tritt aus dem Front National aus

Was die einen Parteimitglieder zu verhindern suchten und die anderen seit Langem herbeisehnten, trat am 21. September ein: Florian Philippot, die Nummer 2 in der Parteihierarchie des Front National (FN) verließ die Partei. Damit erreichte ein seit Langem schwelender Richtungsstreit innerhalb der Rechtspartei seinen Höhepunkt.

Philippot war dem FN erst 2011 beigetreten, nachdem er sich zuvor an der Seite des Linksnationalisten Jean-Pierre Chevènement politisch engagiert hatte. Innerhalb kürzester Zeit stieg er zu Marine Le Pens politischem Chefstrategen auf. Nach offizieller Lesart des FN war der von links kommende Philippot der Beweis dafür, dass alle Patrioten unabhängig von ihrer sonstigen politischen Positionierungen in der Le-Pen-Partei ihren Platz hätten und dass der Wille, Frankreichs Interessen zu verteidigen, alle Differenzen ausräume.

Doch die Parteiwirklichkeit war nie so harmonisch. Die alten Parteikader sowie der an traditionellen Werten orientierte „Südflügel“ der Partei – der Süden mit seiner überdurchschnittlichen Anzahl maghrebinischer Immigranten ist seit jeher die Hochburg des FN – machten Philippot schnell für einen ideologischen Linksrutsch im Parteiprogramm verantwortlich.

Während der FN unter dem Vorsitz von Jean-Marie Le Pen für Kleinunternehmerfreundlichkeit und eine wirtschaftsliberale Politik innerhalb von Frankreichs Grenzen stand, bewegte sich die Partei unter dem Duo Marine-Philippot in Richtung sozialistischer Wirtschaftspolitik. Die zaghafte Rentenreform unter Präsident François Hollande sollte rückgängig gemacht, das durchschnittliche Renteneintrittsalter sollte wieder auf 60 Jahre vorverlegt, und bankrotte Unternehmen sollten vom französischen Staat „gerettet“ werden. Der Verteidigung des öffentlichen Dienstes in seiner aufgeblähten Form wurde Priorität eingeräumt. Um diese Politik durchsetzen zu können, propagierte das Führungsduo den Austritt aus der Eurozone.

> Viele in der Partei machten ihn für die klare Niederlage von Le Pen gegen Macron bei der Präsidentschaftswahl verantwortlich

Auch in gesellschaftspolitischen Fragen positionierte sich der FN unter Philippots Ägide neu. Während Jean-Marie Le Pen Abtreibungen verbieten lassen wollte, da er darin einen Genozid an der weißen Bevölkerung sieht, und Marine bis 2011 noch laut darüber nachdachte, sie nicht mehr über die Krankenkassen finanzieren zu lassen, wurde das Recht auf Abtreibung nun zu einem unantastbaren Frauenrecht.

Zur Homo-Ehe bezog der FN offiziell kaum öffentlich Position, während ein Teil der Parteianhänger und die alten Parteikader aktiv an den Protesten gegen dieses sozialistische Gesetz teilnahmen. Im Kampf gegen die Islamisierung Frankreichs galt nicht mehr die Rückbesinnung auf Tradition und Frankreichs christliche Werte als das Heilmittel, sondern ein radikaler Laizismus, in dessen Namen alles Religiöse aus der Öffentlichkeit verschwinden sollte.

Mit dieser Entwicklung ging eine parteiinterne Säuberung einher, der ein großer Teil der alten Kader und der bekennenden Katholiken zum Opfer fielen. Ein beträchtlicher Teil der katholischen Traditionalisten war seit jeher dem FN eng verbunden. Ihre Positionen wurden mit Philippots Getreuen besetzt, die vom traditionellen Flügel der Partei wegen Philippots Homosexualität als seine „Lustjungen“ verspottet werden.

Auch Jean-Marie Le Pens Parteiausschluss geht zu einem wesentlichen Teil auf das Konto von Marines Chefstrategen, der damit öffentlich den Bruch mit der alten, politisch inkorrekten Parteilinie markieren wollte. Unter dem Duo Marine Le Pen-Philippot galt die „Entteufelung“ des FN als das Zauberwort. Politische Respektabilität sollte neue Stimmen bringen. Marine ging dabei sogar so weit zu sagen, dass der Islam mit der Französischen Republik kompatibel sei.

Solange der FN bei den Wahlen gute Ergebnisse erzielte, war Philippot gegen jegliche parteiinterne Kritik geschützt. Die sehr guten Erfolge gerade bei der von den Linken im Stich gelassenen Arbeiterschaft des Nordens schienen ihm Recht zu geben. Doch seit Marine Le Pen in der Debatte mit Emmanuel Macron vor den Präsidentschaftswahlen auf linke Wirtschaftspolitik setzte und kläglich versagte, anstatt das dringliche und bewährte Thema Islam und Massenimmigration aufzugreifen, saß der parteiintern wenig beliebte Philippot auf dem Schleudersitz.

Um einer einfachen Entmachtung zuvorzukommen, gründete er die parteiinterne Bewegung „Les Patriots“ (die Patrioten), ein erster Schritt in Richtung Abspaltung. Marine Le Pens Ultimatum, diesen Schritt rückgängig zu machen, ließ er verstreichen. Damit war die Abspaltung besiegelt.

Philippots Schritt folgten bislang nur sehr wenige Parteimitglieder. Ob nun der FN unter Marine Le Pens Führung damit zu seinen Wurzeln zurückkehrt, bleibt abzuwarten. *Eva-Maria Michels*



Einst ein Team: Florian Philippot und Marine Le Pen im April dieses Jahres Bild: Imago

»Massenflucht« der Lebensversicherer

Das Wegbrechen des Geschäftsmodells wirft nicht nur die Altersvorsorge vieler Deutscher über den Haufen

Die Ratingagentur Fitch sagt einen breiten Ausstieg von Lebensversicherern aus dem Neukundengeschäft voraus. Deutsche Versicherungsgesellschaften werden demnach in den kommenden Jahren Lebensversicherungen ihrer Kunden im Volumen von hunderten Milliarden Euro an Finanzinvestoren abgeben. Die Ratingagentur geht davon aus, dass bis zum Jahr 2022 Deutschlands Lebensversicherer fast ein Fünftel des Marktes des Neugeschäfts eingestellt haben. Alte Verträge im Volumen von rund 180 Milliarden Euro werden dann vermutlich nur noch abgewickelt und aus dem Angebot gestrichen. Kunden werden für die bislang angebotenen Produkte keine neuen Verträge abschließen können. Dieser Ausstieg wird in der Branche „Run-off“ genannt.

Käufer der Lebensversicherungen sind Abwicklungsplattformen, hinter denen oft ausländische Finanzinvestoren stehen. Die Käufer setzen darauf, effizienter als die Versicherungskonzerne wirtschaften zu können. Ein wesentlicher Faktor dabei ist, dass sich die Abwickler im Unterschied zu den Versicherungsgesellschaften nicht um das Neugeschäft kümmern müssen. So entfallen Kosten für Werbung und Vertrieb. Durch den Erwerb großer Bestände lassen sich die Verträge auch billiger verwalten.

Dazu kommt ein weiterer Punkt. Das Bundesamt für Finanzdienstleistungen (Bafin) wacht zwar darüber, dass die Kunden auch weiterhin ihren Garantiezins erhalten, die Versicherungsnehmer sollten allerdings keine großen Hoffnungen hegen, dass die variabel festgelegte Überschussbeteiligung allzu üppig ausfällt. Da die Abwickler nicht auf den Abschluss neuer Verträge angewiesen sind, können sie es sich leisten, den übernommenen Vertragskunden nur noch eine Mini-Überschussbeteiligung zu gewähren.

Die Ratingagentur Fitch ging bislang davon aus, dass sich deutsche Versicherer in den nächsten Jahren von Lebensversicherungen im Volumen von 150 Milliarden Euro trennen werden. Vor Kurzem hat allerdings auch der italienische Versicherungsriese Generali angekündigt, er wolle einen Käufer für den Bestand der deutschen „Generali Leben“ suchen. Das abzugebende Paket an Lebensversicherungen hat dabei ein Volumen von rund 40 Milliarden Euro.



Spricht von „Massenflucht“ und „Erdbeben“: Axel Kleinlein Bild: Bund der Versicherten

Der Bund der Versicherten mit seinem Vorstandsvorsitzenden Axel Kleinlein spricht angesichts der Entwicklung bereits von einer „Massenflucht“ der Lebensversicherer und von einem „Erdbeben in der Deutschen Lebensversicherung“. Die Gründe für dieses „Erdbeben“ sind zum Teil hausgemacht, zum Teil spielen aber auch drastisch geänderte Rahmenbedingungen eine Rolle. Ein Grundproblem sind die Versprechen der Branche aus den 90er Jahren. Um mit den Produkten von Banken und Fondsgesellschaften mithalten zu können, hoben viele Versicherungsgesellschaften seinerzeit die Garantiezinsen für ihre Lebensversicherungen an. Mit der Niedrigzinspolitik und den Anleihekäufen der EZB und anderer Zentralbanken sind die versprochenen Renditen derzeit allerdings kaum noch zu erwirtschaften.

Wegen der gesunkenen Gewinnbeteiligungen bei den Versicherungen legen immer mehr Kunden ihre Lebensversicherungen auf Eis. In Deutschland soll mittlerweile fast jeder dritte Vertrag beitragsfrei gestellt sein. Laut Daten des Branchendienstes Map-Report lag dieser Anteil vor zehn Jahren noch bei nur rund 21 Prozent.

Noch ein weiterer Umstand hat die Kalkulationen der Versicherungsgesellschaften über den Haufen geworfen. Anfang 2016 ist eine neue EU-Richtlinie namens „Solvency II“ in Kraft getreten, die den Versicherungen erheblich mehr Eigenmittel für ihre Verträge vorschreibt. Die Richtlinie soll verhindern, dass Versicherer im Krisenfall mit Steuergeldern aufgefangen werden müssen.

Das Wegbrechen des Geschäftsmodells der Lebensversicherer wirft nicht nur die Altersvorsorge vieler Deutscher über den Haufen. Bereits vor zwei Jahren hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) vor einer Ansteckungsgefahr für die Bankenbranche durch kriselnde Lebensversicherungen gewarnt. Im Umfeld niedriger Zinsen sei das Geschäftsmodell der europäischen Lebensversicherer nicht durchhaltbar, so die Warnung des IWF. *Norman Hanert*

Deutsche Steuergelder für die Ditib

Auf welch verschlungenen Wegen deutsche Politiker die Erdogan-nahe Organisation finanziell fördern

Die Presse meldete vor einigen Tagen, dass die Bundesregierung dem türkischen Islamverein „Ditib“ im kommenden Jahr die Fördergelder drastisch kürzen werde. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, denn über Länder und Kommunen fließen die Steuergelder kräftig weiter.

Laur der Presse soll die Ditib, die direkt der türkischen Regierung untersteht, 2018 lediglich 300 000 Euro erhalten. Dies wären etwa 80 Prozent weniger als 2017 und 90 Prozent weniger als 2016, als die Fördersumme bei über drei Millionen lag. Die Zahlungen an die Ditib waren im März 2017 schon einmal eingestellt worden, nachdem immer neue Machenschaften des Vereins ans Licht gekommen waren. Im Mai des Jahres wurden sie allerdings von der Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) wieder freigegeben, ohne dass die Ditib die gegen sie erhobenen Vorwürfe ausgeräumt hätte.

Die jüngst bekannt gewordenen Kürzungspläne sind reine Augenwischerei. Die Ditib erhält nämlich zusätzlich zu den Bundesmitteln nach wie vor üppige Zahlungen von den Ländern und Kommunen – unter anderem über die Jugendverbände – sowie Bezuschussungen von Betriebsamkeiten, hinter denen sie sich verbirgt. Schon vor Jahren wurden Aktivitäten, bei denen die Ditib mitwirkte, wie etwa das Projekt „Imame für Integration“ vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über das Goethe-Institut finanziert.

In Baden-Württemberg verlautbarte der Innenminister Thomas Strobl (CDU) jüngst auf eine Anfrage der AfD wolkig, der Landesregierung sei nichts über eine finanzielle Förderung von Initiativen oder Zusammenschlüssen unter Beteiligung der Ditib bekannt. Dass das Land seit 2015 den Ditib-Nachwuchsorganisationen 60 000 Euro über den Landesjugendring eingeräumt hatte, führte Strobl nicht aus.

Auch in Rheinland-Pfalz gehen bis heute Steuergelder über den Landesjugendring an das Projekt „Jung. Engagiert. Muslimisch.“, in das die Ditib involviert ist.

In Kiel beschloss die schleswig-holsteinische Landtagskoalition Anfang Mai, die im Landeshaushalt für 2017 ausgelobten 500 000 Euro für die „Förderung interkultureller Sportvereine“ in voller Höhe einem einzigen Verein zufließen zu lassen: dem Verein Inter Türkspor, hinter dem die Ditib steckt. An sie fällt bei Wegfall des Vereinszweckes das Türkspor-Vermögen.

> Der Bund mag zwar seine Förderung stark kürzen, aber Länder und Kommunen zahlen mehr oder weniger verhohlen eifrig weiter

Auch die Kommunen bezuschussen die Ditib häufig großzügig, nicht selten versteckt in ihren Etats für die Vereinsförderung. Anfragen zu Zahlungen an die Ditib verlaufen meist ergebnislos.

Hin und wieder wird auch keinerlei Hehl aus dem Geldfluss an die Ditib gemacht. So im Falle des Umbaus des ehemaligen Bahnhofgebäudes im niedersächsischen Wolfshagen, wo die Stadtverordneten beschlossen, die Umwandlung des Gebäudes in ein türkisches Kulturzentrum mit rund 70000 Euro zu bezuschussen. Das Bahnhofsgebäude habe als „Aushängeschild bei der Ankunft in Wolfhagen“ große Bedeutung, befürwortete die Fraktion der Grünen den Beschluss.



Bild: Reclus /CF

Viele deutsche Politiker haben immer noch die Illusion von Eintracht und Harmonie zwischen ihnen: Deutschland, die Ditib und die Türkei, hier ihre Flaggen vor der Moschee Sultan Ahmet Camii in Witten

Eine besonders hohe Fördersumme lässt die Stadt Monheim (NRW) dem Moscheebau und dem Bau eines islamischen Gemeindezentrums zukommen. Sie unterstützt die Unternehmungen ihres Vertragspartners Ditib mit rund 845 000 Euro und einem kostenlosen Baugrundstück.

Wenn man diese Beispiele betrachtet, wird deutlich: Die jetzige Kürzung der Bundesmittel dürfte allenfalls einen Bruchteil der gesamten Förderungen der Ditib in Deutschland ausmachen. Es lässt sich erahnen, dass die Ditib in Deutschland horrende Gelder, vermutlich viele Millionen Euro an Steuergeldern, erhält. Eine Übersicht über die gesamten bundesweiten Zahlungen an die Ditib gibt es nicht. Sie würde helfen, das enge Netzwerk transparent und öffentlich zu machen, in dem die Gelder in die Kassen der Ditib fließen.

Dass die deutschen Steuerzahler gezwungen werden, die Ditib zu fördern, ist umso bemerkenswerter, als es sich bei dem Verein um eine politisch-religiöse türkische Organisation handelt, die hierzulande als verlängerter Arm des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan fungiert, die nicht vor Spionage- und Spitzeltätigkeiten zurückschreckt, sich von islamischem Terror nicht uneingeschränkt distanziert, sich hinter dem Rücken der Kirchen versteckt, um an den Schulen eine islamische Unterwerfungspädagogik zu installieren und in Deutschland den Islam in öffentlichen Strukturen zu etablieren versucht.

Die für die Ditib-Förderung verantwortlichen Politiker wollen sich nach wie vor nicht eingestehen, dass es ein jahrelanger Irrtum war anzunehmen, Geldzuwendungen würden die Ditib von ihren politisch-religiösen Vorhaben abbringen. Sie scheuen die einzig logische Konsequenz, die Gelder an die Ditib nicht nur zu kürzen, sondern umgehend zu streichen. *Hermann Paul Winter*

MELDUNGEN

Bald schneller nach Prag

Berlin – Zum Ende der Legislaturperiode nimmt das Bundesverkehrsministerium eine „umfassende volkswirtschaftliche Bewertung“ aller Projekte des „Potentiellen Bedarfs“ im Bundesverkehrswegeplan 2030 vor. Bereits entschieden ist die Hochstufung der geplanten Bahnstrecke Dresden–Prag in die Kategorie „Vordringlicher Bedarf“. Damit kann das Projekt realisiert und mit der konkreten Planung begonnen werden. Das Verkehrsministerium geht von Investitionskosten in Höhe von rund 1,3 Milliarden Euro in Deutschland und von einer Milliarde Euro in Tschechien aus. Die Bewertung der Projekte des Verkehrswegeplans soll bis zum Jahresende abgeschlossen sein. *J.H.*

Neue Zahlen zu Spätaussiedlern

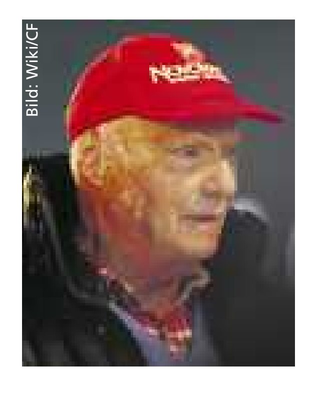
Berlin – Der Zuzug von Spätaussiedlern und deren Familienangehörigen hat sich nach Angaben des Bundesinnenministeriums stabilisiert. Bis zum 30. September des laufenden Jahres sind insgesamt 4668 Personen in Deutschland registriert worden, im Vorjahreszeitraum waren es mit 4663 Personen nur geringfügig weniger. Rund 83 Prozent der Spätaussiedler kommen aus der Russischen Föderation und Kasachstan. Die Zahl der gestellten Aufnahmeanträge ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 520 Anträge gestiegen auf aktuell insgesamt 10 265 Anträge. Aufgrund der Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes im Jahr 2013 waren die Antragszahlen im Jahr 2014 deutlich auf 30 000 Anträge angestiegen. In den Folgejahren waren die Antragszahlen wieder rückläufig: 2015 wurden 18 011 Aufnahmeanträge gestellt, 2016 waren es noch 13 677 Anträge. *J.H.*

Zeitzeugen


Bild: Virgin

Richard Branson – Sein Schuldirektor sagte, er würde entweder im Gefängnis landen oder Millionär werden. Heute ist Branson, der keinen Schulabschluss hat, Milliardär. Er gründete 1970 Virgin, eine Kette von Schallplattenläden, dann ein Plattenlabel und verdiente mit Mike Oldfield viel Geld. Unter dem Namen Virgin gründete er auch mehrere Fluglinien, so Virgin Atlantic, die mit preiswerten Atlantikflügen von sich reden machte.

Oliver Wagner – Unter der Regie ihres Geschäftsführers ist die Lufthansa-Billig-Tochter Eurowings seit Jahren auf Erfolgskurs. Seit Anfang 2017 mietet Eurowings sogar Flugzeuge und Personal vom insolventen Konkurrenten Air Berlin. Wagner trat im November 2015 in die Geschäftsleitung von Eurowings ein. Ab 1995 hatte der gelernte Ingenieur für die Lufthansa gearbeitet.


Bild: Wiki/CF

Niki Lauda – Der bekannte Rennfahrer gründete nach dem Ende seiner Rennkarriere 1979 Lauda Air, aus der er 2000 ausschied. 2003 ging er wieder mit einer Fluglinie an den Start, die seit 2010 mit Air Berlin kooperiert. 2016 übernahm er Amira Air und benannte das Unternehmen in „Lauda Motion" um. Die Fluggesellschaft führt Flüge für Prominente durch. Zusammen mit Thomas Cook versuchte Lauda, Teile von Air Berlin zu kaufen.

Paul Schwaiger – Schwaiger arbeitete bei Lufthansa und Condor, dann als Geschäftsführer von Sun Express, einem gemeinsamen Tochterunternehmen von Turkish Airlines und Lufthansa. Die Charterfluggesellschaft hat viele Elemente der Billigfluglinien übernommen und bietet heute auch Linienflüge an. Schwaiger ging 2015 zurück zur Lufthansa und verantwortet heute das Europageschäft der Thomas Cook Airlines Group.


Bild: Ryanair

Michael O'Leary – Der Ire ist Chief Executive Officer von Ryanair. Er fing 1988 bei der Billigfluglinie als persönlicher Berater ihres Gründers Tony Ryan an. O'Leary drückte die Kosten der Gesellschaft und studierte in den USA das Geschäftsmodell von Southwest Airlines, das er nach und nach auf Ryanair übertrug, so den Einsatz eines einzigen Flugzeugtyps, kurze Bodenzeiten oder das Nutzen von abgelegenen Flughäfen.

Die Holzklasse hebt ab

Die Billigflieger setzten Maßstäbe, auch für die etablierten Großen der Branche

Sie haben die Flugreisen um vieles preiswerter gemacht – die etwas abschätzig als Billigfluggesellschaften bezeichneten Fluglinien, die in den 1990er Jahren begannen, mit Kampfpreisen den großen Linien Marktanteile abzujagen.

Einer der Pioniere dieses Geschäftsmodells, die in Irland beheimatete Ryanair, gehört heute zu den größten Fluggesellschaften Europas und ist im Segment der Billigflieger Marktführer. In Deutschland liegt die Fluglinie auf Rang 3, hinter der auf Rang 2 liegenden, inzwischen insolventen Air Berlin und der Lufthansa-Tochter Germanwings.

Billigfluggesellschaften weisen eine Reihe gemeinsamer Merkmale auf. In der Regel fliegen sie nur einen einzigen Flugzeugtyp. Sie nutzen kleinere Flughäfen, um Landegebühren zu sparen. Zudem bieten sie nur Punkt-zu-Punkt-Verbindungen an und haben oft nur eine einzige Bordklasse. Zusatzleistungen, die bei anderen Fluggesellschaften im Ticketpreis enthalten sind, müssen zusätzlich bezahlt werden. Außerdem berechnen Niedrigpreis-Fluglinien zusätzliche Gebühren für Gepäckstücke, für Sitzplatzreservierungen oder für bestimmte Zahlungsmethoden.

Hinzu kommen schlanke Organisationen und auf Geschwindigkeit getrimmte operative Prozesse, um die Kosten niedrig zu halten. So erreichen die Fluglinien kurze Standzeiten von teilweise unter 30 Minuten auf dem Flughafen. In einigen Unternehmen müssen die Flugbegleiter selbst ihre Maschinen reinigen. Auch das Einchecken und Einsteigen sind vereinfacht, indem beispielsweise drei Flüge von einem Schalter abgefertigt werden.

> Die Grenzen haben sich in den letzten Jahren verwischt

Durch den Einsatz jüngerer Besatzungen halten viele Billigfluglinien die Gehälter niedrig. Ein anderes Modell ist, dem Anschein nach selbstständige Piloten über Personaldienstleister ins Cockpit zu holen. Die werden dann nur nach Flugstunden bezahlt. Geflogen wird mit der gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststärke, um Übernachtungskosten für die Besatzungen zu sparen.

Allerdings haben sich die Grenzen in den letzten Jahren verwischt. Viele herkömmliche Fluggesellschaften oder „Full-Service Carriers" haben Elemente aus dem Geschäftsmodell der Billigfluglinien übernommen, während die in der Luftfahrtbranche als „Low Cost Carrier" firmierenden Gesellschaften ihre Angebote teilweise traditionellen Fluggesellschaften angeglichen haben.

Außerdem haben Fluglinien wie Lufthansa, British Airways oder KLM mit der Gründung eigener Billiglinien reagiert. Die Lufthansa hat zudem ihre Billigflug-Tochter Germanwings ins Streckennetz integriert, indem Germanwings seit der Verschmelzung mit Eurowings alle Flüge, außer denen von und zu den Lufthansa-Drehkreuzen Frankfurt und München, durchführen zu lassen.

Eurowings liegt laut dem jährlich erscheinenden „Low Cost Monitor" des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) in der Zahl der angebotenen Flüge auf Platz 1. Die DLR-Experten nahmen eine Woche im Januar 2017 unter die Lupe und fanden 1800 Eurowings-Flüge. Hätten sie die insolvente Air Berlin mit einbezogen, dann läge diese Gesellschaft mit etwas weniger als 1800 Starts hinter Eurowings auf Platz 2. In der DLR-Auflistung folgen dann Ryanair mit 777 Flügen und EasyJet mit 405 Flügen.

Trotz der spektakulären Pleite von Air Berlin hat sich die Branche von den Auswirkungen der Finanzkrise 2007 und 2008 erholt. In den ersten Jahren nach der Krise ging die Zahl der Flüge stark zurück, um dann ab 2014 wieder zu steigen. In dem Jahr wurden 16 Prozent mehr Flüge angeboten als im Vorjahr. Seitdem kann das Billig-Segment wieder stolze Wachstumsraten verzeichnen.

Friedrich List



Der Marktführer im Segment der Billigflieger: Die 1985 gegründete irische Fluggesellschaft Ryanair

Bild: Tews

Nicht alle waren erfolgreich

Der britische Selfmademan Sir Freddy Laker gilt neben seinem wesentlich erfolgreicheren Landsmann Richard Branson als einer Erfinder der Billigfluglinien. Laker ging 1977 in Großbritannien mit seiner Firma „Skytrain" an der Start und bot Flüge von London-Gatwick zur US-Ostküste für 59 Pfund oder damals 250 D-Mark an.

Laker nutzte die Liberalisierung des Flugverkehrs in den USA aus. Außerdem strich er viele Zusatzleistungen, die auch heute noch im Linienflugverkehr üblich sind. So mussten Passagiere ihr eigenes Essen mitbringen. Außerdem achtete er auf eine schlanke Organisation.

Zunächst war er mit seinem radikalen Ansatz erfolgreich. 1978 schlug ihn Königin Elisabeth II. zum Ritter. Sir Freddie, wie er nun genannt wurde, wollte weiter expandieren. Seine Flugzeuge sollten über Hongkong und Japan um die Welt fliegen wofür er fünf dreistrahlige Großraum-Jets vom Typ DC-10 bestellte. Aber die internationale Luftfahrtlobby verhinderte das.

> Laker wurde seinem Erfolgsrezept untreu

Laker blieb am Ball und wollte nun den Himmel über Europa übernehmen. Ende 1978 bestellte er zehn Airbus A300, mit denen seine Laker Airways erst zehn, später sogar 37 Flughäfen anfliegen wollte. Die Ticketpreise sollten drastisch sinken – so wollte er einen Flug von München nach Athen für 260 D-Mark anbieten. Der damalige Linientarif lag bei rund 700 D-Mark.

Aber Laker wich nach und nach von seinem eigenen Erfolgsrezept ab, das bis heute erfolgreich kopiert wird. Er glich sich mehr und mehr der Konkurrenz an. Laker Airways nahm Reservierungen an und arbeite nun doch mit der Reisebüro-Branche zusammen. Als Folge flog die Gesellschaft in ihrem letzten Geschäftsjahr 1981 einen Verlust von 141 Millionen Pfund ein. Nun wollten die Gläubiger ihr Geld zurück, und am 5. Februar 1982 kam das Aus.

F.L.

Es begann in den USA

Die Pacific Southwest Airlines war der Vorreiter

Viele halten Fluglinien wie Ryanair oder EasyJet mit ihren niedrigen Ticketpreisen für eine relativ neue Erscheinung. Aber in Wirklichkeit ist deren Geschäftsmodell schon viel älter.

Die erste dieser sogenannten Low Cost Airlines oder Billigfluglinien, wie sie etwas lässig übersetzt hierzulande heißen, wurde bereits 1949 in den Vereinigten Staaten von Amerika gegründet. Die Pacific Southwest Airlines (PSA) nahm ihren Flugbetrieb mit einer geleasten Douglas DC-3 auf und bot wöchentliche Flüge von San Diego nach Oakland bei San Francisco zum Preis von damals 16 US-Dollar an. Später setzte PSA die größere, viermotorige DC-4 ein und dehnte ihr Streckennetz an der amerikanischen Pazifikküste aus. 1987 fusionierte PSA mit USAir.

Air California, die zweite Airline dieser Art, folgte 1967 und bot Flüge zwischen dem Orange County Airport und San Francisco International an.

Die bis heute erfolgreichste und größte dieser Billigfluglinien, Southwest Airlines (SWA), nahm ihren Flugbetrieb im Juni 1971 auf. SWA verband Dallas, Houston und San Antonio im US-Bundesstaat Texas miteinander.

> Die meisten Billigfluglinien gibt es in Südamerika

Deren Geschäftsmodell wurde später von vielen anderen Gesellschaften übernommen, so die Konzentration auf einen Flugzeugtyp, auf Punkt-zu-Punkt-Verbindungen und die Nutzung kleinerer Flughäfen zum Einsparen von Landegebühren. Die Freigabe der Ticketpreise in den USA 1978 kam diesen Fluglinien entgegen.

Ryanair übernahm das Modell 1991 und dehnte sein Streckennetz ab 1995 auf ganz Europa aus. Die niedrigen Preise sorgten für kontinuierliche Expansion, nicht nur von Ryanair.

Weitere Fluglinien wurden gegründet, und die großen Luftfahrtgesellschaften schufen eigenen Billigfluglinien. So gründete die Lufthansa Germanwings, KLM etablierte Buzz, und British Airways brachte mit Go eine eigene Billigflug-Sparte an den Start.

Mittlerweile existieren weltweit Billigfluglinien, die meisten davon in Südamerika. Heute wird jeder fünfte Flug in Deutschland von einer Billigfluglinie durchgeführt.

F.L.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Noch weniger Abschiebungen

Rot-rot-grüner Koalitionsvertrag wirkt: Abgelehnte Asylbewerber bleiben einfach in Berlin



Aus Deutschland soll „Bleibistan“ werden: Demonstrantin gegen Abschiebungen in Berlin im vergangenen Sommer

Bild: Imago

Das in Berlin amtierende rot-rot-grüne Regierungsbündnis hat bereits im Koalitionsvertrag von 2016 angekündigt, Abschiebungen von ausreisepflichtigen Ausländern vermeiden zu wollen. Die Folgen zeigen sich nun und erzeugen heftigen Streit.

Der Innenpolitiker Marcel Luth (FDP) förderte mit einer parlamentarischen Anfrage im Abgeordnetenhaus zutage, dass in Berlin derzeit 11426 abgelehnte Asylbewerber vollziehbar ausreisepflichtig sind. Die Zahl der Abschiebungen scheint dagegen zu sinken. Von Jahresanfang bis Ende August wurden lediglich 1184 Personen entweder in ihre Heimatländer zurückgeführt oder in sichere Drittstaaten abgeschoben. Im gesamten Jahr 2016 wurden insgesamt 1820 Personen abgeschoben. Diese Zahl wird bis zum Jahresende vermutlich nicht mehr erreicht werden.

Bislang hat es sich in vielen Fällen um Rückführungen in Staaten auf dem Westbalkan gehandelt, die als vergleichsweise unkompliziert gelten. Viele der verbleibenden Fälle sind schwieriger umsetzbar, sodass die monatliche Zahl von Abschiebungen sinken dürfte. Die Gesamtzahl von abgelehnten Asylbewerbern, die trotz ihres abgewiesenen Antrags weiterhin in Berlin leben, wird derzeit mit 40500 angegeben.

Aus Luthes Sicht wird damit viel Geld am Parlament vorbei ausgegeben. Der FDP-Politiker beziffert die Kosten für die Stadt pro Jahr auf etwa 100 Millionen Euro und sprach von einer „konstant hohen Zahl an Menschen, die in Berlin alimentiert werden, ohne dass nach gerichtlicher Prüfung Asylgründe vorliegen“.

Der Sprecher der Senatsinnenverwaltung, Martin Pallgen, reagiert auf Luthes Frage, woran die Abschiebungen, außer am politischen Willen, scheitern, gereizt: „Der Vorwurf, es mangele an Willen, ist absolut haltlos und vollkommen unangebracht“, so Pallgen. Er verwies auf eine Reihe von Umständen, die Abschiebungen im Wege stehen können: Beispielsweise eine ärztlich bescheinigte Reiseunfähigkeit, fehlende Reisepässe, ungeklärte Identitäten, die fehlende Rücknahmebereitschaft der Herkunftsstaaten oder aber die Nichtanwesenheit am Tag der Abschiebung.

> Kosten auf jährlich 100 Millionen Euro geschätzt

Nicht nur Marcel Luthe kritisiert den Senat scharf. Vorwürfe kommen auch vom Unions-Innenpolitiker Burkard Dregger: „Wer nicht abschiebt, bedient die Populisten.“, so der Sohn des CDU-Urgesteins Alfred Dregger. Der AfD-Innenpolitiker Karsten Woldeit verwies darauf, dass „vollziehbar ausreisepflichtig“ bedeute, dass eben keine Abschiebungshemmnisse vorlägen.

Tatsächlich hat sich das rot-rot-grüne Regierungsbündnis im Koalitionsvertrage vom Herbst 2016 darauf verständigt, Abschiebungen von ausreisepflichtigen Ausländern vermeiden zu wollen. Stattdessen hieß es in dem Vertrag, man wolle „die Integration erleichtern und Bleibeperspektiven auch in bislang ungelösten Fällen ermöglichen“.

Umso erstaunlicher wirkt ein Auftritt von drei Senatoren, der noch vor der parlamentarischen Sommerpause stattgefunden hat. Auf einer Pressekonferenz beklagten sich dabei Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linke) und Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Der Justizsenator warf dem BAMF vor, keine Prozessvertreter zu den Verwaltungsgerichten zu schicken und damit die Asylverfahren erheblich zu verlängern.

Finanzsenator Kollatz-Ahnen verwies unter anderem darauf, dass die Stadt pro Asylbewerber und Monat etwa 1200 Euro aufbringen müsse. Ein einfaches Rechenbeispiel zeigt, welche Auswirkungen die Länge der Asylverfahren auf den Haushalt der Stadt hat. Eine dreimonatige Verzögerung beim Verwaltungsgericht kostet Berlin bei 10000 prozessierenden Asylbewerbern oder Flüchtlingen rund 36 Millionen Euro.

Kaum zu beziffern sind bislang die Folgen eines spektakulären Einbruchs, der sich vor Kurzem in Berlin ereignete: Bislang unbekannte Täter sind in die zentrale Ausländerbehörde der Stadt am Friedrich-Krause-Ufer eingebrochen. Die vermutlich ganz gezielt suchenden Diebe brachen einen Tresor auf und nahmen diverse Blanko-Dokumente, Behördenstempel und Amtssiegel mit. Laut einem Bericht der „Bild“-Zeitung ließen die Täter auch 20000 Blanko-Etiketten mitgehen, die zur Verlängerung von sogenannten Duldungen benutzt werden.

Da die Einbrecher in den Räumen der Ausländerbehörde großflächig Feuerlöscher entleerten, gestaltete sich die Spurensicherung schwierig. Bereits im April waren Einbrecher in ein Bürgeramt in der Frankfurter Allee eingedrungen. Hier erbeuteten die Täter abholbereite Reisepässe, Personalausweise und Führerscheine. Knut Mildner-Spindler, Bezirksstadtrat von Friedrichshain-Kreuzberg und Leiter der Abteilung für Bürgerdienste, vermutet, die Täter hätten es eigentlich ebenfalls auf Blanko-Dokumente abgesehen. *Norman Hanert*

Willkommenskultur zersetzt Rechtsstaat

Von Vera Lengsfeld

Mitte Oktober fand eine Veranstaltung im Rathaus Köpenick statt, die sich „Integration im Dialog“ nannte. Einladender war der Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick, Oliver Igel, SPD. Am Einladungsschreiben konnte man studieren, wie von der Politik rechtsstaatliche Maßstäbe so verwischt werden, dass es einer Zersetzung des Rechtsstaates gleichkommt. „Sie kommen aus dem Bürgerkrieg in Syrien, aus dem Irak und aus Afghanistan, aus Krisen- und Armutsregionen der ganzen Welt. Seit Jahrzehnten kommen Geflüchtete nach Berlin. Ihnen Schutz zu bieten, gehört zu unseren demokratischen Grundwerten“, heißt es.

Mit diesem Satz geht Igel von völlig falschen Prämissen aus. Er behauptet, „Geflüchtete“ seien auch Leute aus „Armutsregionen“. Das widerspricht der Verfassungs- und Gesetzeslage: Leute, die nach Deutschland kommen, weil sie hier wirtschaftlich besser gestellt sein werden als in ihrer Heimat, sind begrifflich weder „Flüchtlinge“, noch „Geflüchtete“ (was immer Letzteres sein soll – dieser Terminus soll offenbar die notwendigen Unterscheidungen verwischen) – zumal die aus wirtschaftlichen Gründen Geflüchteten in ihren Herkunftsländern gerade nicht zu den Ärmsten gehören, sondern zu denen, die sich das Schlepper-„Honorar“ leisten können.

Ein weiteres fehlgeleitetes Apriori ist, dass alle, die irgendwie (meist illegal) über die deutschen Grenzen kommen, einen Anspruch darauf hätten, hier zu bleiben und „integriert“ zu werden. Nach geltendem Recht haben den Anspruch nur diejenigen, die wirklich verfolgt werden (eine Minderheit unter denen, die da kommen), und die nicht vorher schon ein sicheres Drittland erreicht haben – da bleibt praktisch niemand mehr übrig; nach Recht und Gesetz wären also ausschließlich Kontingente anerkannter Asylberechtigter aus sicheren Drittländern in der EU aufzunehmen.

Vor allem aber ist die Aufnahme aller aus angeblichen moralischen oder humanitären Gründen eine Heuchelei ersten Ranges: Wir geben für jeden „Geflüchteten“, der nach Deutschland kommt, mindestens 100 Mal so viel aus, wie der UNHCR für Flüchtlinge (pro Kopf) zur Verfügung hat. Würden wir dieses Geld dem UNHCR zur Verfügung stellen, könnten damit mehr als 100 Millionen Flüchtlinge weltweit versorgt werden, also alle gegenwärtigen 60 Millionen Flüchtlinge umso besser. Eine moralische Verpflichtung (oder auch nur Rechtfertigung), den Wenigen auf Kosten der Vielen zu helfen, kann es nicht geben.

Politiker wie Igel sind gewählt worden, um Recht und Gesetz zu schützen. Mit dem absichtlichen Aufweichen rechtlicher Kriterien zugunsten moralisch zweifelhafter Prinzipien trägt er aber zur Erosion von Recht und Gesetz bei. Politischer Alltag in Deutschland.

Der Tiergarten verwahrlost

»Rechtsfreie Zone« entstanden: Wilde Obdachlosen-Lager verunsichern Bürger und Politik

Der berühmte Berliner Tiergarten im Zentrum der deutschen Hauptstadt entwickelt sich zunehmend zu einer „No Go Area“. Der Bezirksbürgermeister von Mitte, Stephan von Dassel (Grüne), spricht in diesem Zusammenhang von „aggressiven Obdachlosen, Drogenhändlern und Kleinkriminellen“. Er fordert Polizeikontrollen, mehr Geld für Personal für sein Ordnungsamt und nimmt das „böse Wort“ Abschiebung in den Mund. Im Tiergarten sei eine „rechtsfreie Zone“ entstanden: „Diese Menschen haben hier kein Bleiberecht. Berlin muss sich ehrlich machen und die Abschiebung ernsthaft prüfen.“

Dabei beschreibt er die Angelegenheit unvollständig. Die meisten Obdachlosen sind Zigeuner aus Bulgarien und Rumänien. Sie haben sich nach dem Beitritt ihrer Länder zur EU auf den Weg nach Deutschland gemacht.

Auf Dassels Äußerungen hagelte es Kritik. Innensenator Andreas Geisel (SPD) meint: „Soziale Probleme kann man nicht ausweisen, man muss sie lösen. Mit rein repressiven Maßnahmen wird dies nicht gelingen.“ Die Innenverwaltung strebt eine ressortübergreifende Lösung mit den Bezirken, der Sozial- und Gesundheitsverwaltung an.

Auch Julian Zado, stellvertretender Kreisvorsitzender der SPD Berlin-Mitte, schießt gegen Dassel: „Das sind populistische Töne, die eher rassistische Ressentiments am rechten Rand schüren. Das ist kein Beitrag zur Lösung.“ Dassels Parteifreund Fatos Topaç – Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses: „Ich verstehe die Not der Bezirke, aber abschieben ist keine Antwort.“ Die Friedrichshain-Kreuzberger Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) sorgt sich wegen der Vorgänge ebenfalls um aufkommenden Rassismus.

> Der Mord an Susanne F. heizt die Debatte weiter an

In Neukölln plagen Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) ähnliche Probleme. Sie lässt die wilden Lager der Obdachlosen wegen illegalen Campings vom Ordnungsamt räumen und überredet sie nach einer Beratung für eine freiwillige Heimreise, mit dem Bus auf Kosten des Bezirks in ihre Länder zurückzukehren.

Fraglich bleibt, ob solche Maßnahmen auch langfristig zum Ziel führen. Rechtsanwalt Volker Gerloff erklärt offenherzig: Wenn jemand nicht erwerbstätig sei und seinen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten könne, könne er zwar ausgewiesen werden. Allerdings müsste die Ausländerbehörde zunächst alle Daten ermitteln, eine Anhörung durchführen, einen Bescheid zustellen. „Das alles dauert mindestens ein Jahr. Dann könnten die Leute dagegen klagen – oder nach einer Abschiebung einfach wiederkommen.“

Angeheizt wird die Debatte um die Zustände im Tiergarten durch den Mord an einer 60-Jährigen vor einem Monat. Zumal es sich bei der Getöteten um eine prominente Person handelt: Susanne F., Kastellanin des Schlosses Glienicke und der Pfaueninsel, wurde Anfang September auf dem abendlichen Nachhauseweg von der Gaststätte Schleusenkrug erwürgt.

Den mutmaßlichen Täter, einen 18-jährigen Tschetschenen, konnte die polnische Polizei mittlerweile in einem Warschauer Vorort verhaften. Laut letzten Meldungen soll der Flüchtige an die deutschen Behörden überstellt werden. Der Verdächtige war entdeckt worden, weil er das Mobiltelefon von Susanne F. nach deren Tod eingeschaltet hatte. *Hans Lody*

Über die Hintertür

Die Preußenprinzessin und der »König«

Ginge es nach der Linkspartei, dann soll ein Teil des Mariannenplatzes in Berlin-Kreuzberg nach dem 1996 verstorbenen Sänger Rio Reiser umbenannt werden. Als Grund wird genannt, dass Reiser 1972 mit seiner Band „Ton Steine Scherben“ und dem „Rauch-Haus-Song“ die Hausbesetzung des am Platz gelegenen ehemaligen Bethanien-Krankenhauses gefeiert hat („Der Mariannenplatz war blau, so viele Bullen waren da“).

> Namens-Exorzismus in Kreuzberg

Mit der Umbenennung stellt man sich aber selbst ein Bein: Denn der Bezirk hatte sich im Jahr 2005 hinsichtlich der Namensgebung von Straßen und öffentlichen Plätzen eine Frauenquote von 50 Prozent verordnet. Die wird so schnell nicht erreicht, wenn wieder männliche Paten zum Zug kommen, auch wenn sie den Linken politisch opportun erscheinen.

Erschwerend kommt hinzu, dass Namensgeber ersetzt werden sollen, die historisch belastet sind oder, anders ausgedrückt, die aus Sicht eines linken Zeitgeistes „Dreck am Stecken“ haben. Diesem Exorzismus ist bereits Hindenburg zum Opfer gefallen. Der Mariannenplatz trägt aber nicht nur den Namen einer Dame, sondern auch den einer mit tadelloser Reputation: Prinzessin Marianne von Preußen (1785–1846), die von den Berlinern für ihr soziales Engagement verehrt wurde.

Da Reiser homosexuell war, glaubt die Linke nun, die Umbenennung über die Hintertür der Gendergerechtigkeit für Schwule rechtfertigen zu können. Um die Preußenprinzessin zu stutzen, kommt ausgerechnet einer, der davon sang, „König von Deutschland“ zu sein. Wie politisch opportun ist das denn? *H. Tews*

MELDUNGEN

China schafft Basis in Afrika

Dschibuti – Chinas Seestreitkräfte haben im ostafrikanischen Dschibuti ihre erste überseeische Militärbasis eröffnet und eine Großübung am Horn von Afrika durchgeführt. Die chinesische Marine ist dort schon seit einigen Jahren mit mehreren Kriegsschiffen im Kampf gegen die Piraterie präsent. Dabei hat sie unter anderem mit den Kräften der EU-Mission Atalanta und den US-geführten Vereinigten Marinestreitkräften in dem Seegebiet zusammengearbeitet. Beobachter gehen davon aus, dass es Peking mit dem neuen Marinestützpunkt weniger um den Kampf gegen die internationale Piraterie als vielmehr darum geht, eine Basis für militärische Einsätze zum Schutz chinesischer Interessen in Afrika zu schaffen. *J.H.*

Natürliche Grenzrevision

Moskau – Einen Sturm der Entrüstung hat in Russland die Nachricht hervorgerufen, dass der bisher zwischen beiden Ländern aufgeteilte Süße See (Sladkoje Ozero) an Kasachstan übergeben worden sei. Ursache für die Gerüchte war eine missverständliche Nachricht der russischen Gebietsverwaltung, die unter dem Titel „Sladkojer See jetzt in Kasachstan!“ über das Internet verbreitet wurde. Selbst die örtlichen Verwaltungschefs interpretierten deren Wortlaut als Darstellung einer territorialen Übergabe und beeilten sich zu bekräftigen, dass Russland damit nichts Wertvolles verloren habe. Schließlich konnten die Grenzbeamten die Situation aufklären und ihre Landsleute beruhigen: Man habe keinerlei Gebiet an Kasachstan „verschenkt“, der See hätte lediglich seit Festlegung der Grenze seine Lage verändert und befinde sich daher jetzt vollständig auf kasachischem Territorium. *T.W.W.*

Ganz großer Bahnhof

Saudi-Arabien und Russland bemühten sich beim Staatsbesuch um ein weitgehendes Einvernehmen

Saudi-Arabien stellt seit vielen Jahren einen großen, mächtigen einflussreichen und geostrategisch wichtigen Verbündeten der USA im Nahen Osten dar. Das Land stützt sich auf seine in der moslemischen Welt singuläre Rolle als Hüter der heiligen Stätten und ergänzt diese Machtstellung durch seinen märchenhaften Reichtum. Sollte sich dieses Saudi-Arabien dem Einfluss der USA auch nur ein wenig entziehen, dann sähe von Ostafrika bis Mittelasien die Welt anders aus.

Im State Department in Washington mag man sich solche und ähnliche Gedanken gemacht haben, als Anfang dieses Monats der saudische König Salman ibn Abd-Aziz Al Saud der russischen Hauptstadt Moskau einen hochoffiziellen Besuch abgestattet hat. Der König war mit einer 1500-köpfigen Entourage angereist, schließlich weiß man, was man sich schuldig ist. Doch trotz des pompösen Auftritts war der König gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zwar nicht in der Position eines Bittstellers, doch besaß im Vergleich mit seinem Gastgeber die schlechteren Karten.

Mittelbar ist die diplomatische Gefechtslage der beiden Länder, die in jüngerer Zeit Schwierigkeiten miteinander hatten, gekennzeichnet durch die Entwicklung in Syrien. Dort haben die Armee des Präsidenten Baschar al-Assad und die russische Luftwaffe den Islamischen Staat, die jetzt „Dschabhat Fatah asch-Scham“ heißende frühere al-Nusra-Front und was es sonst noch an Terroristen oder Söldnern geben mag, bis auf ein Zehntel des Landes vertrieben. Dieser Erfolg bedeutet gleichzeitig eine Niederlage für alle, welche die Extremisten unterstützt hatten, und dazu gehört neben den USA eben auch Saudi-Arabien.

Wer die strategische Lage in Nahost unvoreingenommen betrachtet, wird feststellen müssen, dass der Plan des Westens und der Golfstaaten, in Syrien dem Präsidenten Assad ein Schicksal wie im Irak dem Präsidenten Saddam Hussein oder in Libyen dem Oberst Muammar al-Gaddafi zu bereiten, mit größter Wahrscheinlichkeit jetzt schon gescheitert ist. Gleichzeitig schwindet der Einfluss der USA im Nahen und Mittleren Osten unübersehbar. Wer immer mit dem Spielstein Syrien Weltpolitik treiben will, muss weiterhin mit Assad und natürlich auch mit Russland rechnen. König Salman hat das eingesehen, und das ist der Hintergrund seiner Reise nach Moskau.

> Die Vereinigten Staaten könnten der weinende Dritte bei der neuen Harmonie zwischen Moskau und Riad sein

Deutlichster Ausdruck der Neuorientierung Saudi-Arabiens Russland gegenüber ist die in Moskau vereinbarte Zusammenarbeit im militärischen Bereich. Sollten zunächst noch in Washington Zweifel an der grundsätzlichen Bedeutung des Besuchs geherrscht haben, so dürfte es jetzt damit vorbei sein. Zwischen den Russen und den Saudis wurde unter anderem vereinbart, in Saudi-Arabien eine Lizenzfertigung von Kalaschnikow-Sturmgewehren einzurichten.

Der Großteil der 14 Dokumente, die Putin und König Salman unterzeichneten, bezieht sich freilich auf zivile wirtschaftliche Projekte. Die Araber wollen in mehr als 25 Vorhaben in Russland investieren. Dabei geht es um Produktion, Landwirtschaft, Immobilien, Infrastruktur sowie Öl- und Gas-Industrie. Der russische Minister für Industrie und Handel Denis Manturow und der saudische Energieminister Khalid al-Falih vereinbarten einen gemeinsamen Energiefonds der beiden Länder, der vom Russian Direct Investment Fund und dem saudischen Staatsfonds Public Investment gebildet werden soll. Dieser Fonds soll ein Volumen von einer Milliarde US-Dollar annehmen.

Überhaupt bildet der Energiesektor den wichtigsten und umfangreichsten Teil der Moskauer Beschlüsse. Die Saudis sprechen von „beispiellosen Deals“. Dazu gehört auch das Engagement der Araber sowohl beim russischen Öl-Service-Unternehmen Eurasia Drilling Company als auch in ein Projekt des Gaskonzerns Novatek, bei dem es um den Bau einer Anlage zur Verflüssigung von Gas geht.



Bild: imago

Protokollarisch ließen weder Gast noch Gastgeber einen Zweifel, welche Bedeutung sie dem Besuch beimaßen: Wladimir Putin empfängt am 5. dieses Monats Salman ibn Abd al-Aziz im Kreml

Nicht nur beim Waffenhandel oder auf dem Energiesektor hat eine internationale Zusammenarbeit eine weitreichendere Bedeutung als nur die rein wirtschaftliche. Auf russischer Seite wurde darauf hingewiesen: „Die Saudi-Araber versuchen mit uns die Wirtschaftsverbindungen zu verbessern, weil sie meinen, dass dies bei der Lösung der Probleme helfen wird, die mit der Politik in der Region verbunden sind“, so Grigori Kossatsch, Orientalist und politischer Berater.

Die Saudis zeigten das Bemühen, zu Russland ein Verhältnis herzustellen, das demjenigen zu China gleichkomme. Dieses sei „im Bereich Wirtschaft ausgezeichnet“, trotz politischer Kontroversen. Nach der Auffassung der Russen haben, was die Politik in Nahost angeht, die Saudis zwei vordringliche Anliegen an Moskau: dass sich Russland nicht in den Krieg im Jemen einmischt und in der Frage der Katar-Krise seine Neutralität bewahrt. Von Syrien war in diesem Zusammenhang keine Rede mehr – dort scheint Russlands Stellung mittlerweile unangefochten, jedenfalls von Seiten der Saudis.

„Bislang waren Saudi-Arabien und Russland zwei regionale Mächte, die im Clinch miteinander lagen“, bilanzierte Juri Barmin, ein ranghohes Mitglied des Russischen Rates für internationale Angelegenheiten, das Ergebnis der arabischen Visite in Moskau. „Das beeinflusste das russische Ansehen im Nahen Osten ungünstig. Die letzten Ereignisse, als Saudi-Arabien versuchte, eine neue Herangehensweise an Russland zu finden, spielen eine vorteilhafte Rolle, weil sie uns helfen, im Nahen Osten das Image einer globalen Macht zu gewinnen, welche die USA ersetzt, obwohl diese bemüht waren, ihrerseits ihre Präsenz in der Region auszubauen.“ Der saudische Außenminister Adel ad-Dschubeir bestätigte das indirekt: Die Beziehungen seines Landes zu Russland seien unabhängig von Washington und seinem Verhältnis zu Moskau.

Florian Stumfall

Steuern auf UN-Hilfsgüter

Türkische Politik erschwert Griechen in Nordzypern das Leben

Rizokarpaso auf der Halbinsel Karpasia ist eine der wenigen Enklaven in Nordzypern, in der noch Zyperngriechen leben. In der etwa 5500 Einwohner zählenden Stadt leben heute 310 meist hochbetagte Zyperngriechen. Sie blieben 1974, als die türkischen Siedler hereinstürmten und sich die Häuser der Griechen nahmen. 20000 christliche Griechen und Libanesen in den maronitischen Dörfern westlich von Kyrenia waren trotz der Invasion zunächst geblieben. Heute sind sie noch ein paar Hundert.

Die türkische Verwaltung hat ihnen das Leben immer schwerer gemacht. Ihre Kirchen wurden geschlossen und geschändet, das Recht, den eigenen Besitz zu nutzen, und das Erbrecht wurden beschnitten. Obwohl Menschenrechtsorganisationen dieses Vorgehen kritisierten, gehen die Repressalien bis heute weiter.

In Rizokarpaso stellen heute die türkischen Siedler, die nach der Besetzung des nördlichen Teils der Insel hauptsächlich aus den armen Gebieten Anatoliens kamen, die Bevölkerungsmehrheit – so wie überall in Nordzypern. Bis zu 300000 Türken hat die Türkei nach Zypern umgesiedelt, um das Gebiet endgültig zu türkisieren. Sogar die einheimischen Türkisch-Zyprer, die seit dem 16. Jahrhundert mit den osmanischen Eroberern auf die einst rein christliche Insel geströmt waren, sind heute eine Minderheit geworden. Ihre Zahl schrumpfte auf heute 80000, zum Zeitpunkt der Besatzung waren es noch 118000.

Seit der Teilung der Insel kam jede Woche ein Konvoi der Vereinten Nationen, um an die 350 noch verbliebenen griechischen Zyprer und Libanesen Lebensmittel und Medikamente zu verteilen. Dieser regelmäßige Konvoi entspreche einer seit mehr als 40 Jahren geltenden Vereinbarung beider Seiten, hieß es seitens der UNO. Jetzt wurde wegen erstmals erhobenen Zollforderungen der Konvoi abgesagt. Nur Medikamente wurden geliefert.

> Anastasiades kündigte Klagen bei der EU und der UNO an

Nach dem Scheitern der Gespräche zur Wiedervereinigung Zyperns im Juli dieses Jahres wegen der Weigerung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan seine Truppen aus dem Nordteil abzuziehen, hat sich die Lage auf der seit 1974 geteilten Mittelmeerinsel erstmals seit Jahren wieder verschärft. Es gibt kaum noch Kontakte zwischen den politischen Führungen der griechischen und der türkischen Zyprer. Die kleinste und am wenigsten geschützte Minderheit, die letzten Zyperngriechen im Norden der Insel, sollen jetzt dafür als Sündenböcke herhalten.

Der griechisch-zypriotische Präsident Nicos Anastasiades verurteilte das Verhalten, das die Bemühungen zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den beiden Gemeinschaften untergräbt. Aber Tahsin Ertugruloglu, der Außenminister der Türkischen Republik Nordzypern, die von keinem Staat außer der Türkei anerkannt wird, sagte in New York, seine Regierung lasse sich nicht davon abbringen, ab dem 1. dieses Monats Steuern auf Hilfsgüter zu fordern. Er begründete diesen Schritt mit der „Reisefreiheit“, welche die Zyperngriechen im Nordteil der Insel hätten.

Die letzten Griechen im Norden haben mehr als 40 Jahre Erfahrung mit Schikanen, Erniedrigungen und Entrechtung vonseiten der türkischen Besatzer erlebt. Sie werden ihre Heimatdörfer nicht mehr verlassen. Der Präsident der Republik Zypern kündigte bereits an, gegen diese Maßnahmen, die das letzte Vertrauen zerstören könnten, bei der EU, dessen Mitglied die Republik Zypern ist, und bei der UNO zu klagen. *Bodo Bost*

Sprachenstreit in Kamerun

Anglophone wehren sich gegen Dominanz der Frankophonen

In Kamerun hat es nach Angaben von Menschenrechtsgruppen etwa 100 Tote bei gewaltsamen Auseinandersetzungen um die separatistische englischsprachige Provinz Ambazonien im Westen des Landes gegeben. Der englischsprachige Teil Kameruns im Westen des Landes um die Hauptstadt der Region Nordwest, Bamenda, will sich vom Rest des Landes trennen, weil seines Erachtens seine Minderheitenrechte nicht anerkannt werden. Die Separatisten hatten anlässlich des Tages der Unabhängigkeit von Großbritannien zu einem „Tag der Volksmobilisierung“ eingeladen, bei dem Bürger gegen die Regierung in Yaoundé und die Diskriminierung der englischen Sprache und des angelsächsischen Rechts (Common Law) protestieren wollten. Viele englischsprachige Bürger des Landes fühlen sich als Bürger zweiter Klasse. Den etwa ein Fünftel der Bevölkerung ausmachenden anglophonen Bevölkerungsteil Kameruns geht der Einfluss der englischen Sprache und des französisch geprägten Rechts im offiziell zweisprachigen Kamerun zu weit.

Die Krise geht auf das Jahr 1918 zurück, als das deutsche Schutzgebiet Kamerun von englischen, französischen und belgischen Truppen besetzt worden war. 1919 wurde das Gebiet unter den angrenzenden französischen und englischen Kolonien aufgeteilt. Zu dem englischsprachigen Teil kamen die Provinzen Johann-Albrechts-Höhe und Bamenda, beide nach Orten benannt, die unter deutscher Verwaltung gegründet worden waren. Der französischsprachige Teil wurde 1960 unabhängig, 1961 folgte der Südteil des englischsprachigen Teils, der Nordteil hatte sich in einem Referendum für den Anschluss an das bereits unabhängige Nigeria ausgesprochen. Während das französische Kolonialsystem wie das Mutterland zentralistisch und auf Assimilation ausgelegt war und alle lokalen Sprachen und Kulturen bekämpfte wurden, war das englische Kolonialsystem indirekt und bezog einheimische Führer und einheimische Sprachen in das Kolonialsystem ein. Deswegen konnten im englischen Teil Kameruns die deutsche Sprache und die Traditionen, die aus der deutschen Kolonialzeit stammten, wesentlich länger überleben als im französischen Teil. Seit der Unabhängigkeit bilden die französischen Kameruner die Elite und ziehen die Fäden in allen Bereichen.

> Etwa 100 Tote beim »Tag der Volksmobilisierung«

Kameruns Zentralregierung hatte den „Tag der Volksmobilisierung“ im anglophonen Teil des Landes als Art Unabhängigkeitserklärung aufgefasst und dementsprechend hart militärisch reagiert, von daher gab es die vielen Toten. Die Zentralregierung unter dem seit 1982 regierenden 84-jährigen Präsidenten Paul Biya hat jede Form von Unabhängigkeit oder Autonomie der Region ausgeschlossen. Sogar eine Rückkehr zum föderalen System, das in Kamerun von 1961 bis 1984 existiert hatte, hat er abgelehnt. Zwischen 1961 und 1984 hieß die heutige Republik Kamerun „Vereinigte Republik Kamerun“ mit zwei gleichberechtigten Landesteilen. Bereits 1990 hatte sich eine Unabhängigkeitsbewegung Ambazonien gegründet, die für eine Unabhängigkeit der beiden englischsprachigen Provinzen kämpft. Lange blieb diese Bewegung im Exil oder im Untergrund. Erst als im November letzten Jahres die Regierung auch in den anglophonen Provinzen einen verpflichtenden Französischunterricht einführen wollte, begannen Lehrer und Rechtsanwälte mit einem Aufstand, der jetzt immer weitere Kreise zieht. *B.B.*

Kaum Arbeitslosigkeit bei Akademikern

Trotz anhaltend hoher Studentenzahlen haben Hochschulabsolventen gute Beschäftigungsaussichten

Lange Zeit schien durch den Trend, dass ein immer größerer Teil der Schulabgänger studiert, statt eine Lehre zu machen, Akademikerarbeitslosigkeit programmiert. Aktuelle Zahlen, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg in der vergangenen Woche veröffentlichte, lassen hingegen anderes vermuten.



Zurzeit scheinen ihre Berufsaussichten gut zu sein: Deutschlands Studenten

Bild: Imago

So lag die Arbeitslosenquote von Akademikern im Jahr 2016 bei gerade einmal 2,3 Prozent und damit unterhalb der Grenze bis zu der Volkswirte von Vollbeschäftigung sprechen. Noch niedriger war sie zuletzt vor über dreieinhalb Jahrzehnten gewesen, 1980, mit 1,8 Prozent. Die Aussichten für gut ausgebildete Menschen auf dem Arbeitsmarkt sind besser denn je. Hochqualifizierte können sich die Jobs sogar aussuchen. „Mehr denn je ist Bildung der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Das Arbeitslosigkeitsrisiko hängt sehr eng mit der Qualifikation zusammen“, erklärt der Ökonom Enzo Weber, Leiter des Forschungsbereich „Prognosen und Strukturanalysen“ beim IAB. Je niedriger die Qualifikation, desto schwieriger sei die Position auf dem Arbeitsmarkt.

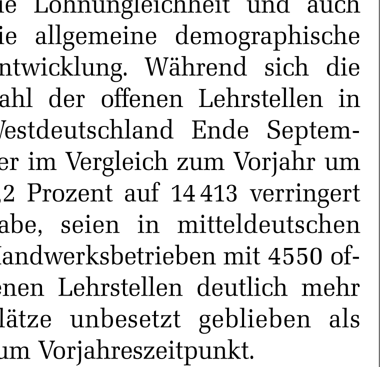
In der Tat sind Personen ohne Berufsabschluss von Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Bundesweit war 2016 in dieser Gruppe knapp jeder Fünfte ohne Arbeit. Im Vorjahresvergleich hat sich die Quote aber um einen guten Prozentpunkt verringert.

In den 70er Jahren lag die Arbeitslosenquote Geringqualifizierter noch bei rund sechs Prozent. Sie stieg dann Anfang der 80er Jahre auf rund 15 Prozent und im Verlauf der 90er Jahre auf das heutige Niveau.

Deutliche Unterschiede bestehen immer noch bei den Arbeitslosenquoten zwischen dem Osten und dem Westen der Bundesrepublik, wobei der Osten den Rückstand weiter verringern konnte. Die Gesamtquote liegt im Osten bei 8,1 Prozent (Vorjahr 9,0 Prozent), im Westen bei 5,7 Prozent (Vorjahr 6,0 Prozent). Insbesondere die beruflich Qualifizierten haben sowohl im Osten als auch im Westen von der positiven Arbeitsmarktlage profitiert. Während bei den beruflich Qualifizierten im Westen die Arbeitslosenquote bei 3,6 Prozent liegt, ist sie im Osten trotz eines erneuten Rückgangs um einen Prozentpunkt mit 6,5 Prozent noch deutlich höher.

„Die Arbeitslosenquote für Hochschulabsolventen beträgt im Westen, wie bereits im Vorjahr, 2,1 Prozent. Im Osten ist die Quote weiter gesunken und mit 3,3 Prozent niedrig. Dagegen bleibt die Quote für Geringqualifizierte in beiden Landesteilen sehr hoch. Sie ging im Osten und Westen zurück, liegt aber im Osten noch bei über 29 Prozent und im Westen bei knapp 18 Prozent“, heißt es in der Studie.

> Dem Handwerk mangelt es indes an Nachwuchs



„Der Arbeitsmarkt ist derzeit insgesamt sehr aufnahmefähig“, sagte Studienautor Weber. Daher sei die Arbeitslosenquote Geringqualifizierter trotz der hohen Asylsucherzahlen und trotz der Mindestlohneinführung zurückgegangen. „Die Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter bleibt allerdings hoch.“

Trotz teilweise sehr guter Bezahlung suchen viele handwerkliche Betriebe händeringend Nachwuchs. Laut dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) haben im laufenden Jahr zwar fast 4000 Jugendliche mehr als zum gleichen Zeitpunkt 2016 eine Ausbildung im Handwerk begonnen. Es gebe wieder mehr Jugendliche, die eine Ausbildung als Karriereweg wählten, so Handwerks-Präsident Hans Peter Wollseifer. Viele Firmen hätten aber dennoch Probleme, Nachwuchs zu finden. Bundesweit sind laut dem ZDH noch 18 963 Lehrstellen unbesetzt – etwa im Elektro-, Sanitär- und Heizungsgewerbe sowie bei Friseuren.

Vor allem im Osten suchen die Betriebe mit Nachdruck neues Personal. Ursachen hierfür seien die Lohnungleichheit und auch die allgemeine demographische Entwicklung. Während sich die Zahl der offenen Lehrstellen in Westdeutschland Ende September im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 Prozent auf 14 413 verringert habe, seien in mitteldeutschen Handwerksbetrieben mit 4550 offenen Lehrstellen deutlich mehr Plätze unbesetzt geblieben als zum Vorjahreszeitpunkt.

Im Hinblick auf die Koalitionsverhandlungen forderte Handwerkspräsident Wollseifer gegenüber der Deutschen Presse-Agentur, die Bemühungen politisch zu flankieren, um „mehr junge Menschen für eine berufliche Ausbildung zu begeistern“. Die Attraktivität der beruflichen Bildung müsse gestärkt werden. „Dazu gehört zwingend auch, die berufliche Bildung finanziell gleichwertig neben der akademischen Bildung zu fördern“, sagte der ZDH-Präsident: „Nach dem erfolgreichen Hochschulpakt, über den der Bund jährlich Milliardenbeträge in die Hochschulförderung gesteckt hat, brauchen wir endlich einen Berufsbildungspakt.“

In einigen Bundesländern setzt die Politik bereits gezielte Maßnahmen ein, um das Handwerk attraktiver zu machen. Die Handwerksbetriebe in Hamburg wollen beispielsweise künftig verstärkt um Abiturienten werben. Damit soll der anhaltende Fachkräftemangel zumindest teilweise gemildert werden, sagte Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) bei der Präsentation des Masterplans Handwerk in der vergangenen Woche.

Peter Entinger

MELDUNGEN

KBA wird genau prüfen

Berlin – Im Rahmen des „Nationalen Forums Diesel“ wurde zwischen Bund, Ländern und Herstellern die Nachrüstung von 5,3 Millionen Fahrzeugen der Hersteller Audi, BMW, Dacia, Daimler, Fiat, Opel, Porsche, Renault, Seat, Skoda, Suzuki und VW vereinbart. Wie die Bundesregierung jetzt in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion klargestellt hat, werden Freigaben für Software-Updates der Dieselhersteller durch das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) allerdings erst erfolgen, „wenn das KBA sich von der Wirksamkeit der optimierten Emissionskonzepte überzeugt hat und keine Zweifel an deren Zulässigkeit bestehen“. *J.H.*

79 Prozent sind online

Berlin – Laut ARD/ZDF-Onlinestudie gab es im Jahr 2016 in Deutschland rund 58 Millionen regelmäßige Internetnutzer. Die Anzahl der männlichen Nutzer lag demnach bei rund 29,7 Millionen, 28,3 Millionen Internetnutzer waren weiblich. Der von Kantar TNS (ehemals TNS Infratest) durchgeführten Gesellschaftsstudie D21-Digital-Index zufolge belief sich der Anteil der Internetnutzer in Deutschland im Jahr 2016 auf 79 Prozent der Gesamtbevölkerung. Zehn Jahre zuvor waren es nur rund 58 Prozent. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.977.926.563.347 €

Vorwoche: 1.977.891.243.244 €

Verschuldung pro Kopf:
24.042 €

Vorwoche: 24.042 €

(Dienstag, 17. Oktober 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Streit um Glyphosat

Weitere Zulassung in der EU hängt von den Mitgliedstaaten ab

Gegen Jahresende sollen die EU-Mitgliedstaaten entscheiden, ob das umstrittene Totalherbizid Glyphosat in der Europäischen Union weiter zugelassen bleibt. Pflanzenschutzmittel, die als Hauptkomponente den Wirkstoff Glyphosat enthalten, werden weltweit am häufigsten zur Unkrautbekämpfung eingesetzt, davon in der Landwirtschaft auf 134 Millionen Hektar, die mit herbizidresistenten Pflanzen wie Soja, Mais, Baumwolle oder Raps bestellt werden.

2015 hatte die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC), das Krebsforschungsinstitut der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ und „möglicherweise erbgutschädigend“ eingestuft. Hingegen halten die Europäische Chemikalienagentur, die Europäische Lebensmittelbehörde sowie das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) die Chemikalie für unbedenklich. Darauf beruft sich die EU-Kommission und schlägt den Mitgliedsstaaten eine Lizenzverlängerung für weitere zehn Jahre vor.

In der EU herrscht in dieser Hinsicht Uneinigkeit. Der französische Premierminister Édouard Philippe hat angekündigt, dass Frankreich den Gebrauch von Glyphosat im Alleingang vorerst bis 2022 verbieten wird. Auch Österreich, Italien und Luxemburg haben Einwände. Wie die künftige Bundesregierung sich in dieser Frage positionieren wird, ist noch völlig offen. Bisher hat sich Kanzlerin Angela Merkel nie gegen die Bauernlobby gestellt, welche die Interessen der industriellen Landwirtschaft vertritt. Bei einem Treffen von Vertretern der 28 EU-Staaten und der EU-Kommission in Brüssel am 5. Oktober wurde keine Annäherung in der Causa Glyphosat erreicht.

> Die Entscheidung für die EU soll bis Jahresende fallen

Indessen gibt es neue, ernstzunehmende Vorwürfe des Plagiatsprüfers Stefan Weber gegen das Bundesinstitut für Risikobewertung. In seinem Gutachten erhebt er den Vorwurf, das BfR habe in seiner Bewertung von Glyphosat ganze Textpassagen aus dem Antrag des Herstellers Monsanto übernommen. Dem Agrarkonzern wurde in der Vergangenheit immer wieder vorgeworfen, Einfluss auf Studien zur Toxizität des Herbizids genommen zu haben, um ein Verbot zu verhindern.

Das Pflanzengift ist allgegenwärtig in der Umwelt. Rückstände der Chemikalie wurden unter anderem in Bier, Obst, Gemüse, Brötchen, Nudeln, Speiseeis sowie Trinkwasser und Tierfutter nachgewiesen. Für Bier lagen die 2016 ermittelten Konzentrationen zwischen 0,46 und 29,74 Mikrogramm (Millionstel Gramm) pro Liter. In Deutschland gilt für die Aufnahme von Glyphosat ein Grenzwert von 0,3 Milligramm, in der EU von 0,5 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht. Wie viel Glyphosat ein Mensch in Deutschland täglich mit Nahrung und Trinkwasser aufnimmt, hat noch niemand untersucht.

Auf einer Pressekonferenz vorletzten Dienstag in Brüssel forderten britische und französische Wissenschaftler eine Revision der Grenzwerte. In Versuchen sei festgestellt worden, dass auch Glyphosatwerte, die zehnmal unter den festgestellten Konzentrationen lagen, bei regelmäßigem Verzehr ernste Leber- und Nierenerkrankungen auslösten. In den USA wird Monsanto derweil von Krebspatienten sowie Tausenden Farmern auf Schadensersatz verklagt. *Dagmar Jestrzemski*

Neue Regelverstöße der EZB

Draghi kaufte unverhältnismäßig viele französische Staatsanleihen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hält sich bei ihrem Anleihenkaufprogramm nicht mehr an die selbst aufgestellten Regeln. Die Zentralbank unter der Führung von Mario Draghi hat wiederholt mehr französische Staatsanleihen gekauft, als dies ursprünglich vorgesehen war. Wie verschiedene Medien berichteten, sammelte die EZB im September französische Staatsanleihen in Höhe von 11,1 Milliarden Euro an den Märkten ein. Legt man die bisherige Richtschnur des Kaufprogramms zugrunde, dann waren dies rund 1,6 Milliarden Euro mehr, als zu erwarten gewesen ist.

Bislang sollen die Anleihen gemäß den Anteilen der nationalen Notenbanken am Grundkapital der EZB, gekauft werden. Deutschland als größte Volkswirtschaft der Eurozone hält an der EZB einen Kapitalanteil von 25,6 Prozent, Frankreich liegt bei rund 20 Prozent. Dementsprechend soll der Anteil von deutschen und französischen Staatsanleihen beim EZB-Kaufprogramm ausfallen. Die Notenbank selbst wollte mit dieser Regel den Vorwurf entkräften, sie betreibe die Anleihenkäufe nicht im Interesse aller Euro-Staaten, sondern zugunsten einzelner Mitglieder. Nicht zuletzt mit Blick auf mögliche Klagen beim Bundesverfassungsgericht stellte die EZB noch eine weitere Regel auf: Sie wolle von einem bestimmten Schuldtitel nie mehr als ein Drittel aufkaufen. Dies soll den Vorwurf entkräften, die Währungshüter der Eurozone betrieben eine verbotene direkte Staatsfinanzierung.

EZB-Präsident Mario Draghi hat die Abweichung vom Kapitalschlüssel zugunsten Frankreichs inzwischen als rein technisch bedingt bezeichnet. Auf einer Pressekonferenz im September erklärte er: „Das hat mit vorübergehenden technischen Faktoren wie der Liquiditätssituation zu tun oder mit dem Rhythmus der Wiederanlage.“

> Deutliche Ausweitung der Anleihekäufe vor der Präsidentenwahl

Kritiker weisen allerdings darauf hin, dass die EZB bereits seit Monaten vom Kapitalschlüssel abweicht und deutlich mehr Anleihen aus Frankreich und Italien kauft, während Länder wie Deutschland bei den Käufen untergewichtet sind. Ausgerechnet im Vorfeld der französischen Präsidentenwahl hat die EZB den Erwerb französischer Anleihen deutlich ausgeweitet. Vor allem in Deutschland ist das Wertpapier-Kaufprogramm stark umstritten. Das Programm läuft mindestens noch bis Ende Dezember 2017, eine Verlängerung gilt als wahrscheinlich.

Draghi hat bereits erklärt, für ihn bleibe eine freizügige Geldpolitik für den konjunkturellen Erholungsprozess grundsätzlich weiter notwendig. Eine weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem IS-Dollar könnte der EZB weitere Argumentationshilfe geben, die bisherige Geldpolitik fortzusetzen. Schon jetzt ist allerdings absehbar, dass die EZB im Laufe des kommenden Jahres vor einem Problem stehen wird. So wies Robert Halver, Analyst bei der Baader Bank, darauf hin, dass bei einer Verlängerung des Anleiheaufkaufprogramms unter Beibehaltung der bisherigen Aufkaufrestriktionen und -volumina „spätestens im Sommer 2018 keine deutschen Staatspapiere mehr zum Ankauf zur Verfügung“ stehen. Die EZB wird dann den Markt leergekauft haben und entweder das Programm beenden, oder aber neue Kaufkriterien aufstellen müssen. *Norman Hanert*

Pure Heuchelei

Von Andreas Beck

Was wäre, wenn ein namhaftes Zeitungsorgan oder ein überregionaler Fernsehsender die Nachricht brächte, dass es innerhalb der Reihen der italienischen Mafia Kriminalität gebe? Aufregung, Betroffenheit und Empörung? Überraschung und tiefe Enttäuschung? Keineswegs – der Leser oder Zuschauer würde sagen, das war mir schon bekannt, das ist nichts Neues, das gehört zur Mafia wie welkes Laub zum Herbst.

Ganz anders, wenn einem der Oberbosse in Hollywood vorgeworfen wird, er habe sich Damen gegenüber, mit denen er rein beruflich zu tun hatte, auch auf der mehr privaten Ebene empfohlen, so, wie es nun dem Produzenten Harvey Weinstein geschehen ist. Nicht nur Hollywood ist aus dem Häuschen, nein, die ganze USA und mit ihr in treuer Gefolgschaft auch die europäischen Verbündeten. Hunderte von Journalisten zeigen sich in ihrer moralischen Haltung beleidigt, und wir dürfen uns in der sicheren Annahme wiegen, dass es sich ausschließlich um treue Ehemänner handelt. Und diese Empörung reicht hinauf in die Sphäre höherer Menschlichkeit, so zu dem Ehepaar Clinton, dem Leitstern des US-amerikanischen Familienbildes. Sie müssen auch noch die Schmach tragen, von Weinstein Geld erhalten zu haben – welch Verrat am unschuldigen Vertrauen!

Doch zurück in die Niederungen der Normalität. Hier aber steht fest: Weinstein verfügt ohne jeden Zweifel über einige Komponenten, die einen Kotzbrocken ausmachen. Was aber die Empörung angeht, die über ihn hereingebrochen ist, so stellt diese nichts anderes dar als ein Musterbeispiel hemmungsloser Heuchelei. Da wollen doch tatsächlich herausragende Exponenten des libertären, dekadenten und schamlosen US-Filmbetriebs den Eindruck erwecken, sie seien von der Nachricht, Weinstein habe die Besetzungs-Couch ein wenig überstrapaziert, in der Tat überrascht.

Um jedes Missverständnis zu vermeiden: Einer Frau Gewalt und Unrecht anzutun, ist überall abscheulich, auch dort, wo sich solche Fälle häufen. Aber wenn die Umgebung eines gestürzten Film-Magnaten sich derart lauthals über dessen widerliche Gewohnheiten aufregt, so reinigt sie damit alle anderen von ähnlichen Vorwürfen. Weinstein wird dargestellt als die große, in keinen Rahmen passende und völlig untypische Ausnahme eines Betriebs, in dem ansonsten Treu und Glaube sowie strenge Sittlichkeit und feine Manieren herrschen.

Weinstein auch nicht schlimmer als andere

Ein Gutteil der Medien, hier ebenso wie in den USA, hat sich an das Privileg gewöhnt, der Öffentlichkeit ungestraft und in einer gewissen Regelmäßigkeit Dinge zu präsentieren, die zur Wahrheit, sagen wir, in einem ähnlichen Verhältnis stehen wie Weinstein und seinesgleichen zum sechsten Gebot. Aber eine schmutzige Geschichte aus Hollywood so zu präsentieren, als trügen außer dem jetzt Angeklagten alle anderen ein reines, engelsgleiches Gefieder, das ist ein Stück, das für sich ganz alleine schon widerlich ist, wenn es auch unter ein anderes Gebot fällt, das ebenfalls in Vergessenheit geraten ist.

Kein antitotalitärer Konsens

Von Angelika Barbe

Der Kampf gegen den Linksextremismus war der Bundesregierung keine fünf Millionen Euro wert. „Ein aufgebauschtes Problem“ sei der Linksextremismus, findet Manuela Schwesig, ehemalige Bundesfamilienministerin und jetzige Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern. „Gekämpft“ wurde jahrelang mit 100 Millionen Euro nur „gegen Rechts“.

Als „linke Kriminelle“ definiert der Extremismusforscher Klaus Schroder die Gewaltverbrecher, die Hamburger Stadtteile in Schutt und Asche legten. Ein Jahr Vorbereitung und die Ankündigung von Gewalttaten waren dem linksextremistischen Treiben vorausgegangen.

Die SED-Rechtsnachfolger, die sich – sich ihrer verbrecherischen Vergangenheit entledigend – einfach nur Linke nennen, leugnen, dass es überhaupt Linksextremismus gibt. Was waren die Todesschüsse an der Grenze eigentlich? Nichts anderes als linksextremistische Verbrechen. Hamburg war keine neue Stufe der Gewalt, wie uns einige Medien einzureden versuchen. Im Gegenteil, wir beobachten eine Kontinuität linker Gewalt, wie sie auch in Berlin deutlich zu besichtigen ist – mit dem jährlichen 1.-Mai-Gefecht linker Krimineller gegen die Polizei (Vertreter des verhassten Staates), mit der jahrelangen illegalen Besetzung von Häusern (vom Staat toleriert), dem Straßenkampf (den bis heute unaufgeklärten Brandstiftungen an den Autos von Anwohnern). Wer an Demonstrationen mit Gewalttätern wie dem „Schwarzen Block“ teilnimmt und sich nicht von den Vermummten distanziert, schützt nicht nur diese Kriminellen, sondern muss sich nach der eigenen Glaubwürdigkeit und angeblichen Friedfertigkeit fragen lassen. Die Demonstrationen im Herbst 1989 blieben nicht nur gewaltfrei, weil Bürgerrechtler jede Gewalt ablehnten, sondern weil sie sich von jedem Gewalttäter distanzierten. Eingeschleuste Stasimitarbeiter versuchten dabei erfolglos zu provozieren.

Der Staat müsse bekämpft werden – nur nicht im eigenen Stadtteil, wie der „Rote Flora“-Anwalt Andreas Beuth zynisch in die Kamera giftete. Sind sie Nachfolger des Rotfrontkämpferbundes, in dessen Tradition sie sich sehen und dessen Symbole sie übernehmen, oder erinnern sie eher an Horden wie die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“?

Stephan Courtois, Verfasser des „Schwarzbuchs des Kommunismus“, meinte auf die Frage, was die Ursache des Wiederauflebens „linker Ideen“ sei, der Nationalsozialismus sei überall und zu Recht gesellschaftlich geächtet. Der Kommunismus und seine Verbrechen allerdings würden in Medien, Politik und Gesellschaft verharmlost beziehungsweise verschwiegen. Seine Vertreter sitzen in den Institutionen des Rechtsstaats, verbreiten mit Hilfe von „Staatsknete“ Lügen, laben sich an Steuergeldern und denunzieren ungestraft diejenigen, die sie zur Verantwortung ziehen wollen.

Wo bleibt die gesellschaftliche Ächtung der SED-Rechtsnachfolger und des von ihnen tolerierten Linksextremismus? Wo bleibt der antitotalitäre Konsens von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90?



Nicht alle Parteien distanzieren sich eindeutig von ihnen: Linke Gewalttäter, hier bei Ausschreitungen am Rande einer Demonstration in Hamburg

Bild: pa

Gegenwind



Nur das Volk darf das Grundgesetz abschaffen

Von Florian Stumfall

In Spanien nimmt eine Staatskrise derartige Formen an, dass nicht einmal mehr der Einsatz des Militärs durch die Zentralregierung in Madrid ausgeschlossen wird – und die Mutter der politischen Weisheit und Tatkraft, die EU, vor allem verkörpert in ihrer Kommission, erweist sich als unschlüssig, hilflos und schwach.

Dabei geht es in Spanien auch um den EU-Lebensnerv, der doch darin besteht, dass immer mehr Zentralismus Platz greife und alle verteilte Macht und strukturierte Ordnung ablöse. Wenn man sich schon, wie immer wieder und mehr oder minder klar angedeutet, den Kontinent-umgreifenden Überstaat als Ziel gesetzt hat, dann sollte man sich einer gegenläufigen Bewegung wie dem Separatismus der Katalanen zumindest eine Meinung haben. Denn der Separatismus ist der Gegenentwurf zu dem, was Brüssel will.

Doch so sonderbar es klingt: Beide, die EU und der Separatismus, haben eines gemeinsam. Dies ist das Ziel der Auflösung der Nationalstaaten, jedenfalls in der heutigen Form. Der Unterschied zwischen beiden: Die EU will das des Großmachtwahns wegen, der Separatismus, um den historischen kulturellen Einheiten zu mehr Lebenskraft zu verhelfen.

Weil das Schicksal einen deutlichen Zug zum Zynismus hat, wurden gerade um die Zeit des spanischen Aufruhrs neue Vorstöße in die Richtung des Einen Reiches mit Namen EU vorgetragen. Da war zunächst der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der für sämtliche EU-Länder neben der Zugehörigkeit zum Schengenraum auch noch den Euro fordert. Dabei scheut er weder das Beispiel Griechenlands noch die Gefahr, sich der Lächerlichkeit auszusetzen. Schlimmer noch: Er durfte seine aberwitzigen Forderungen in dem Bewusstsein stellen, dass er umgehend Unterstützung finden werde. Sie kam denn auch postwendend vom deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble.

Als Ergänzung in dieser Sache muss man die bald darauf erhobene Aufforderung des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron verstehen, der nach einem europäischen Finanzminister ruft. Auch er durfte des Zuspruchs und der Unterstützung aus Deutschland sicher sein, die in seinem Falle völlig standesgemäß von Bundeskanzlerin Angela Merkel kamen. Wenn auch Macron noch weitere Vorschläge zu weiterer Zentralisierung gemacht hat, so sollte man sich doch insonderheit die Sache mit dem EU-Finanzminister anschauen.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Dieser neue starke Mann – wahlweise eine Frau – soll vor allem ein eigenes Budget bekommen. Dieses würde dann kontrolliert von einem „Euro-Zonen-Parlament“. Eine neue Monster-Einrichtung, deren Schaffung indes hinfällig würde, wenn man Junckers Vorschlag, den Euro über alle EU-Länder auszugießen, vorab beherzigen wollte.

Wenn auch Einzelheiten noch nicht benannt sind, eines ist sicher: Es soll aufs Neue eine strategisch wichtige Zuständigkeit von den Mitgliedsstaaten auf die Zentrale verlagert werden. Da es sich dabei aber um die Finanzen handelt, ist das Haushaltsrecht der Parlamente berührt und mit ihm die entscheidende Machtposition einer Demokratie, in der es noch Reste der Gewaltenteilung gibt.

Wie kommt aber Kanzlerin Merkel dazu, einem solchen Vorhaben zuzustimmen? Wer hat sie beauftragt, den deutschen Parlamentarismus vollständig auszuhöhlen? Wer hat ihr das Recht oder gar den Auftrag gegeben, die Grundfesten unseres Staatsaufbaus anzurühren?

Im vielgeschundenen Grundgesetz gibt es einen Artikel 20, der uns erzählt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe und dass diese Staatsgewalt vom Volke durch Wahlen ausgeübt werde und zwar durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung. Und unter Absatz 4 wird das Gewicht dieser Bestimmung offenbar: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Ganz unabweislich drängt sich hier die Frage auf, wie viel von jener Staatsgewalt aus Deutschland in Richtung Brüssel abfließen muss, bis „diese Ordnung“ beseitigt ist, und der Artikel 20, Absatz 4 in Kraft tritt. Gehört es noch zu dieser Ordnung, wenn ein europäischer Finanzminister installiert wird, oder nicht? Wie verhält es sich, wenn morgen einer der EU-Granden den Vorschlag unterbreitet, man solle das Amt eines gemeinsamen Kanzlers oder Präsidenten einrichten? Wird dann Merkel ebenfalls zustimmen, gegebenenfalls in der Meinung, das wäre etwas für sie?

Aber haben denn nicht schon alle EU-Großmacht-Befürworter längst und öffentlich dem Nationalstaat abgeschworen und beteuert, man brauche die politische Union? Das bedeutet nichts anderes, als jene Ordnung des Artikels 20 GG abzuschaffen, ungeachtet des Rechts zum Widerstand aller Deutschen. Tatsächlich wird ja jeder, der sich gegen den Monster-Staat wehrt, in das finsterste Eck faschistoider Rückständigkeit verwiesen, wobei man ihm Wort und Meinung verbietet, als wäre er moralisch auswürfig.

Nein – das ewige Leben hat das Grundgesetz auch nicht, zugegeben. Aber es hat eine Regelung, die seine Abschaffung betrifft. Danach verliert es seine Gültigkeit, wenn eine andere Verfassung in Kraft tritt, die „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“. Es ist ausdrücklich nicht vorgesehen, dass die Verfassung ihre Gültigkeit verliere, wenn alle Macht von der EU-Kommission ausginge, mehr noch und vollständiger, als das heute schon der Fall ist. Damit mag es zusammenhängen, dass in Sachen EU-Entwicklung die Politiker entsetzt vor jedem Gedanken an eine Volksbefragung warnen. Sie scheinen Angst zu haben, dass ein Referendum in ihrem Sinne schiefgehen könnte. Wo also ist die Grenze? Wann wird der Artikel 20 bis zur völligen Unbrauchbarkeit beschädigt sein wie heute schon der zum Schutz der Familie oder derjenige, der die freie Meinung schützen sollte?

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Die Frage nach der Grenze berührt die Intensität und die Größe der EU. Seit vor genau 60 Jahren mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge die EWG gegründet wurde, hat nie auch nur einer der Verantwortlichen der Entwicklung Europas die Frage danach beantwortet, wie dieses Gebilde, heute also die EU, in ihrer endgültigen Form staatsrechtlich konstruiert sein soll – als Staatenbund, als Bundesstaat oder als Zentralstaat – und wo seine endgültigen Grenzen verlaufen sollen – am Ural, am Euphrat oder am Indus? Dass darüber nie gesprochen wird, weckt Misstrauen, mehr Misstrauen noch als ohnehin vorhanden ist. Welches Schicksal für rund eine halbe Milliarde Menschen von den Führern der EU geplant wird, das liegt im Dunkeln.

Wie war das damals, als noch das Grundgesetz Richtschnur war? Alle Gewalt ging vom Volke aus. Aber dieses Volk hat nie den Auftrag erteilt, die Politiker sollten sein Land unter fremde Kuratel stellen, seine Souveränität feilbieten, seine Macht weggeben – dieses, das deutsche Volk hat es nicht getan und die anderen taten es ebenso wenig. Wie kann aber geschehen, was geschehen ist und weiterhin geschieht? Die Antwort auf diese Frage gab bereits im Jahre 1999 der Mann, der wie kein anderer wissen muss, wovon er spricht, Jean-Claude Juncker: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter.“

Nicht ohne ihre Tochter

Bahnbrechende Serie in der ARD – In acht TV-Folgen macht sich eine Mutter auf die intensive Suche nach ihrem vermissten Kind

Die ARD-Serie „Das Verschwinden" ist Ausdruck einer neuen Epoche im Fernsehen: hochwertige Serienformate jenseits üblicher Normen und Gewohnheiten. Regisseur Hans-Christian Schmid sprach darüber mit der *PAZ*.

Täglich gehen in Deutschland bei der Polizei bis zu 300 Vermisstenanzeigen ein. Was nach einer dramatisch hohen Zahl klingt, relativiert sich durch die Tatsache, dass innerhalb eines Monats bereits 80 Prozent der Fälle aufgeklärt werden. Die meisten anderen als vermisst geltenden Personen kehren binnen eines Jahres aus der Versenkung zurück.

Meist sind Beziehungsstreitigkeiten die Ursache für das Verschwinden einer Person. Um beispielsweise wegen schlechter Schulnoten Ärger mit ihren Eltern aus dem Weg zu gehen, büxten in Deutschland im Jahr 2016 rund 8000 Kinder im Alter bis 13 Jahren von zu Hause aus. Laut Statistik des Bundeskriminalamts wurden bis zum Mai 2017 über 94 Prozent der Fälle aufgeklärt. Weil die meisten Kinder von selbst nach Hause zurückkehren, muss die Polizei oft nichts weiter tun als abzuwarten.

Eltern haben allerdings oft im Gefühl, ob ihrem Kind etwas zugestoßen ist oder nicht. In der Miniserie „Das Verschwinden", welche die ARD vom 22. Oktober an ausstrahlt, kann sich eine Mutter nicht damit abfinden, dass nach dem Verschwinden ihrer Tochter die Polizei die Hände einfach in den Schoß legt. Sie spürt, dass mehr als nur Beziehungsstress dahintersteckt, ein Verbrechen vielleicht. Deshalb kann sie zu Hause nicht einfach abwarten und Tee trinken, sondern macht sich auf eigene Faust auf die Suche nach ihrer Tochter.

Damit sticht sie aber in ein Wespennest. Denn durch ihre Schnüffeleien mischt sie eine ganze Kleinstadt in der bayerisch-tschechischen Grenzregion auf, denn in vielen ihr bekannten und benachbarten Familien deckt sie ungeahnte Abgründe auf.

Der chirurgisch präzise Blick hinter die Fassade einer wohlgeordneten sozialen Gemeinschaft ist eine der Stärken von Regisseur Hans-Christian Schmid. Das hat er schon mit einem seiner ersten Filme bewiesen: Die Komödie „Nach Fünf im Urwald", die 1995 zum Kinohit wurde, war so etwas wie ein komödiantischer Vorläufer von „Das Verschwinden" – mit Happy End. Darin läuft die Party einer Schülerin im Haus ihrer Eltern völlig aus dem Ruder. Schließlich büxt sie nach München aus, wohin sie von ihren spießigen Eltern verfolgt wird, die sich dann ihrerseits in dem Großstadtdschungel verirren.

Der Film war damals für die junge Franka Potente das Sprungbrett für eine große Karriere, die über den deutschen Kassenknüller „Lola rennt" bis nach Hollywood führte, wo sie mit Stars wie Johnny Depp und Matt Damon drehte und wo sie heute lebt.

In „Das Verschwinden" setzt Schmid auf eine erfahrene Schauspielerin. Julia Jentsch, die 2005 als Sophie Scholl im gleichnamigen Film brillierte, spielt die Mutter Michelle, die in vier Doppelfolgen am 22., 29., 30. und 31. Oktober jeweils um 21.45 Uhr eigene detektivische Ermittlungen zwecks Aufspürens ihrer 20-jährigen Tochter Janine durchführt.

Für den aus dem oberbayerischen Altötting stammenden Regisseur Schmid ist diese sechsstündige Serie sein erstes großes TV-Abenteuer. Außer „Nach Fünf im Urwald" schuf er bekannte Kinofilme wie das Hacker-Drama „23 – Nichts ist so wie es scheint", den Jugendfilm „Crazy" oder den Episodenfilm „Lichter".

Aus „Das Verschwinden" wollten er und sein Co-Drehbuchautor Bernd Lange aber keinen Kinofilm machen, „weil sich die Geschichte so, wie wir sie erzählen mit dem Blick auf die Familien in der Kleinstadt, eher für fünf oder sechs Stunden eignet", sagt Schmid.


Bild: Bild: ARD Degeto/BR/WDR/NDR/23/5 Filmproduktion/Yoshi Heimrath (Repro)

Hat keine guten Aussichten nach dem Verschwinden ihrer Tochter: Julia Jentsch als Mutter Michelle in „Das Verschwinden"

Der Regisseur selbst ist ein Serienfan. In den 80er Jahren saß er allabendlich vor dem Fernseher, als David Lynchs „Twin Peaks" lief. Später hat er sich leidenschaftlich die Mafiasaga „Die Sopranos" oder die deutsche Kriminalserie „Im Angesichts des Verbrechens" angesehen. Weil das Fernsehen inzwischen so komplexe Formate erzählen kann, wollte er es selbst einmal ausprobieren.

Eine kleine Zeitungsmeldung war Ausgangspunkt für sein bislang längstes Filmprojekt. Aus der Meldung ging hervor, dass eine Mutter auf eigene Faust nach ihrer vermissten Tochter ermittelt, ohne zu wissen, wie man Ermittlungen eigentlich anstellt. Den Rest mussten sich Schmid und Lange praktisch selbst aus den Rippen schneiden.

Dabei häuften sich Unmengen von Material an, das unmöglich in 90 Minuten fürs Kino hätte verarbeitet werden können. Hinzu kam der Ehrgeiz, nicht bloß einen Vermisstenfall vor dem Hintergrund der Drogenkriminalität an der tschechischen Grenze zu erzählen, sondern die Charaktere und alle in den Fall involvierten Familien differenziert auszuleuchten. Daraus ergab sich am Ende eine Geschichte von sechs Stunden.

Danach bot das Autorenduo den ARD-Sendeanstalten eine 120-seitige Drehbuchfassung an, die als Serie auf sechs mal 60 Minuten angelegt war. Als der Bayerische Rundfunk anbiss, kam nur die Frage auf, wie das in das starre Sendeschema passen sollte. Und sollten es nicht eher acht mal 45 Minuten sein? „Diese Fragen waren für uns neu", erinnert sich Schmid, „was bedeutet das für das Ende einer Folge? Wie wirkt sich das auf die Cliffhanger aus? Wie schaffen wir es, dass sie nicht wie aufgesetzt wirken?"

Also mussten neue „Cliffhanger" her, also Spannungshöhepunkte an den Enden der einzelnen Folgen, welche die Zuschauer bei der Stange halten. Das Problem wurde rasch gelöst. „Wichtig war uns auch", erzählt Schmid, „dass kein Kommissar als Ermittler im Mittelpunkt steht, sondern jemand wie du und ich, der mit dieser Aufgabe überfordert ist." Trotzdem kommt einem der Film wie ein „Tatort" in Langform vor, ohne dass darin ein Hauptkommissar seinen Seelenmüll ablädt.

Mit seiner Miniserie zollt Schmid auch der Tatsache Tribut, dass sich die Sehgewohnheiten des Publikums verändert haben. Serien, vor allem Internet-Streamingdienste wie Netflix oder Amazon Prime, werden immer beliebter. Trotzdem hält Schmid das herkömmliche TV wie auch das Kino nicht für Auslaufmodelle: „Sie können trotz Netflix oder Amazon gut nebeneinander existieren. Nur das Arthouse-Kino ist meiner Ansicht nach gefährdet, was ich schade finde, aber das lässt sich wegen der Sehgewohnheiten heutiger jugendlicher Zuschauer wohl nicht ändern."

Hoffentlich hält es Schmid nicht davon ab, wieder einen Film über die familiären Abgründe fürs Kino zu drehen. *Harald Tews*

Mecklenburger Florentiner

Der Künstler Otto Vermehren leitete als erster Deutscher die Uffizien von Florenz

Von Anfang an fungierten auch herausragende Künstler als Direktoren der Uffizien von Florenz, die als eines der bedeutendsten Kunstmuseen der Welt gelten. Der erste Deutsche in dieser privilegierten Stellung war ein Mecklenburger: Otto Vermehren, der außer durch seine Zeit als Chef der Uffizien auch als Restaurator, Maler, Zeichner und Kopist internationale Bekanntheit erlangte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Künstler zahlreiche Werke seines Schaffens seiner Vaterstadt als Schenkung überließ. Dazu kam ein Großteil seines Nachlasses. Diese Objekte sind heute im Museum von Güstrow zu bewundern. Damit erreichte Vermehren auch über seinen Tod vor 100 Jahren hinaus außer in Florenz auch in Güstrow eine Nachwirkung.

Vermehren wurde am 16. August 1861 in Güstrow geboren. Er entstammte einer Familie, die über mehrere Generationen Gelehrte, Beamte und Theologen hervorbrachte. Sein Großvater ist als Superintendent von Güstrow überliefert. Sein Vater fungierte am Güstrower Gymnasium als Oberlehrer. Seine Mutter entstammte der Familie Hennemann. Sohn Otto absolvierte das Gymnasium seiner Vaterstadt, offenbarte früh seine künstlerische Begabung und wurde von seinen Eltern nach Kräften gefördert. Bis dahin, dass er nach dem heimischen Schulabschluss 1879 nach Weimar wechseln durfte, wo er an der aufstrebenden Großherzoglichen Kunstschule seine erste künstlerische Ausprägung erhielt.

Die nächste Station war München. Dort studierte er an der Kunstakademie. Im Unterschied zur eher modernen Malweise in Weimar mit einer frühen Orientierung an der Schule von Barbizon fühlte sich der Mecklenburger jetzt mehr zu den alten Meistern hingezogen. Dazu gesellten sich in den Studienjahren mehrere Italienaufenthalte, wobei er seinen Bezug zu den alten Meistern intensivierte. Mehr noch: Vermehren fand Gefallen am Kopieren der alten Meister und an Restaurierungsarbeiten. Dabei entwickelte er eine große Meisterschaft, die er dann in München in der Obhut von Alois Hauser weiter vervollkommnete.


Bild: CF

Dandy und Uffizien-Direktor: Otto Vermehren um 1900

Hauser, der sich die ersten Lorbeeren bei der Betreuung der Gemäldesammlung des Fürsten Konstantin von Hohenzollern-Hechingen erwarb, erlangte dann von Bamberg aus einen internationalen Ruf als Restaurator und machte ab 1875 in München Karriere. Er übernahm die konservatorische Betreuung der Alten Pinakothek, wurde Professor und gehörte zu den international gefragtesten Gemäldekonservatoren der Gründerzeit. Dieser Könner gab Vermehren den letzten Schliff, der nun seinerseits, außer mit eigenen Arbeiten, besonders mit seinen Restaurierungen zunächst in Basel Erfolge feierte und dann in Italien auffiel.

> Der Künstler starb vor 100 Jahren

1900 kam die Berufung zum Chef der Uffizien in Florenz. Das kam einem Ritterschlag gleich. Denn bei den Uffizien handelt es sich um einen geschichtsträchtigen Gebäudekomplex, der von 1559 bis 1580 im Auftrag von Großherzog Cosimo I., dem Großherzog der Toskana errichtet wurde und für die Unterbringung der großherzoglichen Ministerien vorgesehen war. Doch Großherzog Francesco, der Nachfolger des Auftraggebers, brachte nach der Fertigstellung des Bauwerks hier seine Kunstsammlungen unter. Im Erdgeschoss waren Werkstätten für Kunsthandwerker wie Bartolomeo Cristofori, der in dem Gebäude um 1698 den Urtyp des Klaviers entwickelte. In den darüberliegenden Stockwerken wurden die Werke der Bildhauerei und Malerei untergebracht.

Der Künstler aus Mecklenburg erlangte als Direktor der Uffizien schnell einen internationalen Ruf. Vermehren, der seit 1887 mit der Florentinerin Margherita Papini verheiratet war, fühlte sich über viele Jahre in seiner Wahlheimat Florenz pudelwohl. Doch nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde sein Aufenthalt belastet. Deshalb kehrte der langjährige Uffizien-Chef 1916 in seine Vaterstadt Güstrow zurück, die er zudem mit einer großen Schenkung bedachte.

Das Wohnhaus der Familie Vermehren befand sich am Domplatz. Doch dem Künstler war nur noch wenig Zeit in seiner Heimat beschieden. Er starb am 25. Oktober 1917 mitten im Krieg bei einem Aufenthalt in Rostock-Gehlsheim. Seine letzte Ruhe fand er in Güstrow. *Martin Stolzenau*

Die Skandalnudel

Ferdinand Hodler in der Bundeskunsthalle

Ferdinand Hodler (1853–1918) gilt als der bedeutendste und erfolgreichste Schweizer Künstler des späten 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Er wird dem Symbolismus und Jugendstil zugerechnet.

Unter dem Titel „Ferdinand Hodler Maler der frühen Moderne" widmet ihm die Bonner Bundeskunsthalle eine eigene Ausstellung. Rund 100 zum Teil großformatige Bilder und 40 Zeichnungen stellen Leben, Werk und Skandale vor. Die Ausstellung beginnt chronologisch mit den „Lehrjahren" des Künstlers. Neben Texten zur Biografie finden sich Schwarzweißfotografien und gemalte Porträts aus verschiedenen Lebensphasen.

Der eigentliche künstlerische Teil beginnt in der mit „Fortkommen" übertitelten zweiten Station. Sie zeigt Ausstellungs- und Wettbewerbsbeteiligungen Hodlers sowie Landschaften und Figurenmalerei. Es folgen „Internationale Erfolge". Unterschiedlich große Löcher auf den Wandelementen ermöglichen es dem Betrachter, die Bilder auf der dahintergelegenen Wand zu erleben. Sie sollen Hodlers Zuneigung zum Parallelismus verdeutlichen.

Die Stationen „Monumentalität" und „Frühe Moderne" schildern abschließend die künstlerische Entwicklung des Schweizers an seinem Lebensende. Das großformatige Skandalbild „Auszug der deutschen Studenten in den Freiheitskrieg von 1813" aus dem Jahr 1908/09 wird vom Museum als Sensation angepriesen: Das Bild wurde für die Universität Jena als Auftragsarbeit erstellt. Erstmals seit mehr als 50 Jahren ist es außerhalb der dortigen Aula, die nur selten öffentlich zugänglich ist, zu sehen.


Hodlers Skandalwerk von 1908: „Auszug der deutschen Studenten" Bild: Friedrich-Schiller-Universität Jena

Die Zeichnungen sind in einem separierten Raum zu entdecken. Hier wird auch auf den Skandal um das Studentenbild eingegangen. Zeitungsausschnitte aus der damaligen Zeit wurden vergrößert, auf Bretter gespannt und ausgestellt und mit Hintergrundinformationen versehen.

Die Schau zeigt einen kunstwissenschaftlich und historisch interessierten Künstler, der in Deutschland nur selten ausgestellt wird. Ein Besuch lohnt sich auf jeden Fall. *Andreas Rüdig*

Hammerschläge, die die Welt erschütterten

Oder wollte Martin Luther mit 95 Thesen nur eine Debatte anregen?

Zweifel sind das täglich Brot professioneller Protestanten. Sie predigen den Glauben und stellen beherzt alles in Frage. Nichts ist gut in Luther-Land. Das große Jubiläum – 500 Jahre Thesenanschlag immerhin – verpufft, verschnarcht, verschlafen. Weil Zweifel aufgekommen sind, ob Martin Luther vor 500 Jahren, am 31. Oktober 1517, tatsächlich aus Protest seine Thesen an die Tür der Schlosskirche in Wittenberg nagelte.

Dabei stand die Geschichte vom Anschlag der Thesen so felsenfest, so ehern wie die Bronzetafeln am Portal der Schlosskirche, in die Luthers Worte inzwischen gegossen sind. An den Worten rüttelt auch niemand. Aber an der Geschichte von Luthers eigenhändigen Hammerschlägen. Die hatte etwa 450 Jahre Bestand. Die Tatsache war nicht umstritten, bis ein katholischer Kirchenwissenschaftler Zweifel anmeldete. Ein Autor namens Gerhard Prause griff das Thema auf, und seitdem wird gestritten und gezweifelt was das Zeug hält.

Nun war die Wissenschaft der Kirchengeschichte nicht unbedingt das Fachgebiet des Autoren Prause. Er verdiente sein Geld vornehmlich als Rätselautor bei der Zeitung „Die Zeit". Da war seine Rubrik „Tratschke fragt: Wer war es?" durchaus beliebt. Den Namen hatte er in leichter Abänderung von dem preußischen Historiker Heinrich von Treitschke übernommen, der für sein Faktenwissen bewundert wurde. Da lag es für Tratschke alias Prause nahe, Fakten zu bezweifeln. In seinem Buch „Niemand hat Kolumbus ausgelacht", deckte er Legenden der Geschichtsschreibung auf. Zu den solchermaßen überführten gehörte auch Luther. Seine Hammerschläge an der Kirchentür von Wittenberg verbannte Tratschke alias Prause in das Reich der Mythen. Die ganze Geschichte beruhe auf einem Irrtum.

Der einzige Zeuge des Vorganges habe in lateinischer Sprache „in bescheidener Weise" geschrieben, nicht, wie irrtümlich gelesen wurde, „wie ich bezeugen kann". Hätte der Zeitzeuge seinen Text nicht lateinisch verfasst, Jahrhunderte wären von einer Fehlinterpretation bewahrt geblieben. So aber lautete der Text des Zeitzeugen: „Im Jahre 1517 legte Luther in Wittenberg an der Elbe nach altem Universitätsbrauch gewisse Sätze zur Disputation vor, jedoch in bescheidener Weise und damit ohne jemand beschimpft oder beleidigt haben zu wollen." Damit war aus dem Tatmenschen, dem Hammerschläger Luther, endlich ein Suchender, ein Fragender gemacht. Ein dem Zeitgeist der 60er Jahre Angepasster.

Dagegen kommen Zeugen der Zeit schwer an. So ging es mit einer Notiz von Luthers Sekretär Georg Rörer. Der hatte gemeinsam mit Luther an der Übersetzung der Bibel gearbeitet. Auf der letzten Seite eines Arbeits-Exemplars hatte Rörer notiert: „Am Vorabend des Allerheiligenfestes des Herrn im Jahre 1517 sind von Doktor Martin Luther Thesen über den Ablass an die Türen der Wittenberger Kirchen angeschlagen worden." 2006 war diese Notiz gefunden worden. Sie gilt jedoch als zweifelhaft, vor allem weil bezweifelt wird, dass Luthers Sekretär Augenzeuge des Thesenanschlages war.

> Der Tatmensch und Hammerschläger wurde zum Suchenden, Fragenden, dem Zeitgeist der 60er Jahre Angepassten gemacht



Durfte auch in der Filmbiografie „Luther" (2003) mit Joseph Fiennes in der Titelrolle nicht fehlen: Der Thesenanschlag

Bild: action press

Nun wird bezweifelt, ob die Zweifel berechtigt sind. So ganz mag man davon nicht lassen. Wenn Luther schon die Thesen eigenhändig an die Kirchentür nagelte, dann nicht aus Wut über den schäbigen Ablasshandel, nicht weil er die Welt verändern wollte. Das sei „der Mythos des 19. Jahrhunderts", erklären Kirchenwissenschaftler. Luther habe lediglich nach allgemeinem Brauch ein paar Gedanken zur akademischen Diskussion stellen wollen.

Immerhin wird nicht bezweifelt, dass Luther Verfasser der Thesen war, obgleich weder eine Handschrift noch ein Wittenberger Druck vorhanden sind. Gesichert ist jedoch, dass Luther am 31. Oktober 1517 einen Brief an den Erzbischof von Mainz und Magdeburg schrieb, dem er seine Thesen beifügte. Da er ohne Antwort blieb, gab Luther die Thesen einigen Bekannten. So gelangten sie an die Öffentlichkeit.

Die Thesen sind eine Abrechnung mit der kirchlichen Geldschneiderei. Vor allem gegen den Ablasshandel wütete Luther. Immer weniger Mitglieder der Gemeinde ließen sich seit dem Frühjahr 1517 in Wittenberg die Beichte abnehmen. Sie zogen es vor, in Jüterbog oder Zerbst einen Ablassbrief zu kaufen, der sie oder verstorbene Angehörige von ihren Sünden freisprach und ihnen damit das Fegefeuer ersparte. Der Ablasshandel war ein lukratives Geschäft. Die Hälfte der Einnahmen stand dem Papst zu, der damit den Bau des Petersdomes finanzierte. Die andere Hälfte teilten sich der Erzbischof und der Ablassprediger. Der Erzbischof beglich damit seine Schulden bei den Fuggern. Besonders übel trieb es der Ablassprediger Johann Tetzel, der wie ein Marktschreier durch die Lande zog und versprach: „Sobald der Gülden im Becken klingt im huy die Seel im Himmel springt." Oder er behauptete: „Wenn ihr mir euer Geld gebt, dann werden eure toten Verwandten auch nicht mehr in der Hölle schmoren, sondern in den Himmel kommen."

Gegen dieses schamlose Geschäft mit der Angst der Menschen um ihr Seelenheil verfasste Luther die 95 Thesen. Er verurteilte die von der Kirche geschürte Angst, nannte den Ablasshandel „ein gutes Geschäft" ganz ohne Wirkung „auch die geringste läßliche Sünde wegzunehmen". Nachdem er „spitzfindige Fragen der Laien" ankündigt, fragt er selbst: „Warum baut der Papst, der heute reicher ist als der reichste Crassus, nicht wenigstens die eine Kirche St. Peter lieber von seinem eigenen Geld als dem der armen Gläubigen?"

Das waren starke Worte, viel stärker, als Luther wahrscheinlich geahnt hat. Er hatte eine theologische Debatte anregen wollen, das Volk aber verstand seine Thesen anders. Es griff die Thesen auf, übersetzte den lateinischen Text und druckte die Übersetzung immer wieder auf Handzetteln nach. Die Kirche aber verweigerte Luther die erhoffte Debatte. Sie eröffnete 1518 den Ketzerprozess gegen ihn und verhängte den Kirchenbann. Doch die Geschichte ließ sich nicht mehr aufhalten. Mit der Veröffentlichung der 95 Thesen begann die Reformation, eine der gewaltigsten Veränderungen in der Neuzeit. *Klaus J. Groth*

»Bindeglied zwischen Glauben und Wissenschaft«

Vor 25 Jahren, im Pontifikat Johannes Pauls II., wurde der frühneuzeitliche Gelehrte Galileo Galilei vom Vatikan rehabilitiert

Die Rehabilitierung des Universalgelehrten Galileo Galilei, der 1633 wegen seiner Art und Weise der Verbreitung des kopernikanischen Weltbildes von der Inquisition gemaßregelt worden war, gut dreieinhalb Jahrhunderte nach dessen Tod am 8. Januar 1642 gilt heute als Meilenstein im Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und den Naturwissenschaften. Gleichzeitig wandte Rom sich aber auch gegen den Mythos vom „Rebellen", der gegen „dumpfe Dogmatiker" hätte kämpfen müssen.

Basierend auf jahrzehntelangen Himmelsbeobachtungen und Berechnungen veröffentlichte der angesehene Hofmathematiker des Großherzogs der Toskana Galileo Galilei im Februar 1632 ein Buch mit dem Titel „Dialog über die zwei wichtigsten Weltsysteme, das ptolemäische und das kopernikanische". Darin schlug er sich auf die Seite von Nicolaus Copernicus, der um 1509 zu der Erkenntnis gelangt war, dass die Erde um die Sonne kreise – was den Übergang vom geo- zum heliozentrischen Weltbild markierte.

Fünf Monate später ordnete der für Zensurfragen zuständige oberste Inquisitor Niccolò Riccardi an, die Verbreitung des Werkes zu stoppen. Anschließend wurde Galilei nach Rom bestellt und mehreren Verhören unterzogen. In deren Verlauf gestand er sowohl wissenschaftliche Irrtümer als auch Verstöße gegen Vorgaben der katholischen Kirche. Deshalb verurteilte ihn ein aus insgesamt zehn Kardinälen bestehendes päpstliches Gericht am 22. Juni 1633 zu lebenslanger Kerkerhaft sowie der wöchentlichen Rezitation aller sieben Bußpsalmen für die Dauer von drei Jahren, wonach der Gelehrte



Johannes Paul II. Bild: CF

trotzig „Eppur si muove" (Und sie dreht sich doch) gemurmelt haben soll.

Dieser Vorgang wurde lange Zeit dahingehend interpretiert, dass Galilei für die Propagierung der Lehre des Copernicus hätte büßen müssen. In Wirklichkeit lag der Fall aber um einiges anders, wie der Präsident des Päpstlichen Komitees für Geschichtswissenschaft von 1998 bis 2009, Walter Kardinal Brandmüller, nachweisen konnte. So hatte sich der Gemaßregelte die Druckerlaubnis für den 1630 vollendeten „Dialog über die zwei wichtigsten Weltsysteme, das ptolemäische und das kopernikanische" auf unfeine Weise erschlichen, indem er den dafür zuständigen Riccardi umgangen und das Imprimatur stattdessen beim subalternen Florentiner Inquisitor eingeholt hatte. Darüber hinaus war es Galilei auch keineswegs untersagt gewesen, das heliozentrische Weltbild zu vertreten – nur eben als wissenschaftliche Theorie und nicht als unumstößliches Dogma. Schließlich lagen eindeutige Belege dafür, dass Copernicus tatsächlich richtig lag, noch nicht vor. Insofern befand sich die päpstliche Inquisition vom wissenschaftstheoretischen Standpunkt aus gesehen im Recht, während Galilei vorschnell, also unprofessionell geurteilt hatte.

Außerdem fiel die Strafe für den Gelehrten deutlich milder aus, als es auf den ersten Blick scheint. Letztlich saß er nämlich keinen einzigen Tag im Kerker, denn das Urteil wurde sehr bald in Hausarrest umgewandelt, den er in seiner Villa in Arcetri bei Florenz verbüßen konnte. Desgleichen durfte Galileis Tochter Suor Celeste die fälligen Gebete übernehmen. Ansonsten passt es auch nicht zur Legende von dem seitens der Kirche jahrhundertelang verfemten Wissenschaftler, dass bereits 1741 und damit keine 100 Jahre nach seinem Tod am 8. Januar 1642 die Inquisition auf Bitte des von 1740 bis 1758 amtierenden Papstes Benedikt XIV. das Imprimatur auf die erste Gesamtausgabe der Werke Galileis gewährte.

Allerdings erfolgte die offizielle Rehabilitierung durch die katholische Kirche erst 1992. Den Anstoß hierzu gab Papst Johannes Paul II. mit seiner Rede vom 10. November 1979 aus Anlass des 100. Geburtstages von Albert Einstein. Damals verwies das Kirchenoberhaupt vor den Mitgliedern der vatikanischen Akademie der Wissenschaften auf die „tiefe Harmonie, die zwischen der Wahrheit der Wissenschaft und der Wahrheit des Glaubens existiert", und gestand ein, dass Galilei seitens der Kirche Unrecht widerfahren sei. Dem folgte zum 3. Juli 1981 die Bildung einer interdisziplinären Studienkommission mit vier Arbeitsgruppen, deren Tätigkeit vom Erzbischof und späteren Kardinal Paul Poupard koordiniert wurde. Das Gremium hatte zur Aufgabe, den Fall Galilei in aller Gründlichkeit zu untersuchen. Dabei ging es Johannes Paul II. aber weniger um die formelle Entlastung des Gelehrten als vielmehr um eine „distanzierte und objektiv begründete Reflexion im Kontext der heutigen historisch-kulturellen Epoche".

Die Kommission benötigte für ihre Arbeit über elf Jahre. Erst am 31. Oktober 1992 konnte Poupard den Abschlussbericht der Kommission vorstellen, in dem es hieß, die päpstlichen Inquisitoren hätten damals fälschlicherweise angenommen, das kopernikanische Weltbild werde „die katholische Tradition aushöhlen". Deswegen



Galileo Galilei Bild: CF

sei es zu unangemessenen „Disziplinarmaßnahmen" gegen Galilei gekommen. Dieser Fehler gehe auf das Konto des Vatikans.

Hieran anknüpfend mahnte Johannes Paul II. in seiner unmittelbar danach folgenden Dankesrede an Poupard und dessen Mitstreiter: „Es ist eine Pflicht der Theologen, sich regelmäßig über die wissenschaftlichen Ergebnisse zu informieren, um eventuell zu überprüfen, ob sie ... ihre Lehre anders formulieren müssen." Das habe man 1633 leider versäumt.

Andererseits tadelte der Papst all die zahllosen Versuche, den Fall Galilei „zum Symbol für die angebliche Ablehnung des wissenschaftlichen Fortschritts durch die Kirche" zu stilisieren. Dieser „Mythos" vom „dogmatischen Obskurantentum" des Vatikans habe „in der Kultur eine erhebliche Rolle gespielt und dazu beigetragen, zahlreiche Männer der Wissenschaft in gutem Glauben denken zu lassen, der Geist der Wissenschaft und ihre Ethik der Forschung auf der einen Seite sei mit dem christlichen Glauben auf der anderen Seite unvereinbar". Die Angelegenheit solle somit nicht nur der Kirche zur Ehre gereichen, sondern auch deren Kritikern.

Komplettiert wurde das dergestalt relativierte vatikanische Schuldeingeständnis durch eine große Messe für den Universalgelehrten, die im Februar 2009 aus Anlass seines 445. Geburtstages in der Kirche Santa Maria degli Angeli im Rom abgehalten wurde. Die Predigt hielt mit dem Erzbischof Gianfranco Ravasi der Präsident des Päpstlichen Kulturrates. Er bescheinigte Galilei, ein wichtiges „Bindeglied zwischen Glauben und Wissenschaft" gewesen zu sein. *Wolfgang Kaufmann*

Zwei Jahre für 1000 Totenköpfe

Die SPK erforscht mit großem Aufwand die Herkunft von Schädeln aus Deutsch-Ostafrika

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) ist seit 2011 im Besitz von etwa 1000 Schädeln aus dem ehemaligen Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika. In einem aufwendigen Pilotprojekt wird nun über zwei Jahre deren Herkunft ermittelt. Von dem Ergebnis soll dann deren weiteres Schicksal abhängen.

Getretene Hunde bellen. Das zeigt die heftige Reaktion auf den Sprecher der AfD Thüringen und AfD-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag, Björn Höcke, nach einer 180-Grad-Wende in der bundesrepublikanischen Geschichtspolitik. Unabhängig davon, wie man zu dieser Forderung steht, hat er den Finger in die Wunde gelegt. Normale Staaten versuchen, ihre Bevölkerung und deren Geschichte gegenüber der Welt positiv darzustellen. Bei der Bundesrepublik ist das umgekehrt. Prinzipiell unterscheidet sich die auf Geheiß der westlichen Sieger- und Besatzungsmächte gegründete Bundesrepublik von normalen Staaten dadurch, dass sie im Vergleich zu denen weniger die Interessen ihrer Bevölkerung gegenüber dem Ausland vertritt und dafür eher ausländische Interessen gegenüber der eigenen Bevölkerung. So spionieren Auslandsgeheimdienste normaler Staaten im Interesse der eigenen Bevölkerung und deren Wirtschaft im Ausland, während der Bundesnachrichtendienst seine Aufgabe eher darin sieht, der ausländischen NSA bei dem Ausspionieren der eigenen Bevölkerung und deren Wirtschaft zu unterstützen.

Diese Prioritätensetzung zeigt sich auch auf dem Felde der Beutekulturgüter. Wäre die Bundesrepublik ein normaler Staat, hätte es für ihre Vertreter Priorität, die deutschen Kulturgüter, die kriegsbedingt in ausländischen Besitz gelangt sind, aufzuspüren und zurückzuführen. Stattdessen hat es für sie Vorrang, die Herkunft, die sogenannte Provenienz, dessen, was den deutschen Museen nach dem Zweiten Weltkrieg noch verblieben ist, zu erforschen auf der Suche nach fremdem Eigentum.

Analog ist der Umgang mit menschlichen Überresten im Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Gemäß den von ihr dazu entwickelten Grundpositionen steht vor jeder anderen Forschung die Provenienzforschung. „Der Erwerbungsvorgang muss eindeutig geklärt sein um so sicher zu gehen, dass die menschlichen Überreste nicht durch einen Unrechtskontext in die Sammlung des Museums kamen“, heißt es diesbezüglich.

Doch nicht nur „Unrechtskontexte“ will man ausschließen, sondern auch, dass die menschlichen Überreste aus Kulturkreisen stammen, in denen die Körper Verstorbener mit mehr Würde behandelt werden als im christlichen Abendland, damit mit den Leichenteile gegebenenfalls respektvoller umgegangen wird als mit den profanen sterblichen Überresten irgendeines Deutschen. Ist die Herkunftsgesellschaft ermittelt, soll diese dann auch mitentscheiden können, wie mit den entsprechenden menschlichen Überresten weiter zu verfahren ist.

Diese Thematik hat für die SPK dadurch an praktischer Bedeutung gewonnen, dass sie 2011 von der Charité anthropologische Sammlungen übernahm, zu denen auch etwa 1000 menschliche Totenköpfen gehören, die aus dem damaligen Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika stammen. „Die Schädel gehören zu einer größeren Sammlung, die im späten 19. und 20. Jahrhundert von dem Mediziner und Anthropologen Felix von Luschan zusammengetragen wurde. Ursprünglich bestand diese Sammlung aus etwa 6300 Schädeln. Heute sind noch knapp 5500 davon in Berlin vorhanden“, so Bernhard Heeb. Heeb muss es wissen, denn der Wissenschaftliche Mitarbeiter am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen zu Berlin ist der Leiter des Pilotprojektes zur Erforschung ihrer Provenienz.

In säurefreien Archivschachteln verwahrt: Die Schädel der sogenannten S-Sammlung Bild: SPK / Birgit Jöbstl

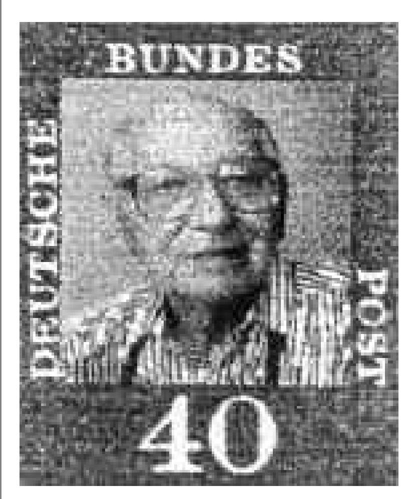
Nachdem die SPK die Schädel übernommen hatte, waren sie zunächst aufwändig gereinigt, konservatorisch behandelt und dann mit allen vorhandenen Informationen erfasst worden. Seit Anfang Oktober wird nun die Provenienz erforscht. Das geschieht interdisziplinär. Ein Ethnologe ist ebenso daran beteiligt wie eine Anthropologin und eine Museologin, und wenn es um die zeitliche Einordnung geht, kommt auch die Archäologie ins Spiel. Neben Interdisziplinarität wird auch Internationalität angestrebt. So soll ein Netzwerk mit Wissenschaftlern aus den betroffenen ostafrikanischen Herkunftsländern aufgebaut werden.

Auf zwei Jahre ist das Projekt angelegt. Das Pilotprojekt soll als Vorbild für die zukünftige Erforschung der Provenienz der übrigen menschlichen Überreste dienen, die sich in der Obhut des Museums für Vor- und Frühgeschichte befinden. Von dem Ergebnis wird dann abhängen, was mit den Schädeln geschieht, ob sie den Herkunftsgesellschaften beziehungsweise deren Staaten übergeben, ob sie der Forschung zugeführt oder ob sie ungenutzt in den Depots bleiben werden.

Ermöglicht wird das Projekt von der 1976 gegründeten Gerda-Henkel-Stiftung, die bislang weltweit mehr als 6600 Forschungsprojekte mit rund 160 Millionen Euro unterstützt hat. Aus dem mit der Förderung verbundenen politischen Ziel macht ihr Vorstandsvorsitzender, Michael Hanssler, kein Geheimnis: „Das Projekt bietet die große Chance, exemplarisch zu zeigen, wie man gemeinsam mit Wissenschaftlern der Zielregionen Rückgabekonzepte auf Augenhöhe erarbeitet. Aus Sicht der Stiftung wäre es wünschenswert, dass dieses Pilotprojekt Maßstäbe für einen – lange überfälligen und fairen – Dialog mit Partnern aus ehemaligen Kolonien über den künftigen Umgang mit deren kulturellem Erbe setzen wird.“ *Manuel Ruoff*

Rätselhafte Briefmarke

Bis zum heutigen Tage rätselhaft ist die im Jahre 1961 in der DDR produzierte Fälschung der bundesdeutschen Lessing-Briefmarke der Serie „Bedeutende Deutsche“, auf der statt Gotthold Ephraim Lessing ein damals enttarnter gefährlicher KGB-Agenten im Bundesnachrichtendienst zu sehen ist. Sie sollte zum Frankieren der vielen Publikationen dienen, welche die von der Spionage-Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) aufgebaute sogenannte Selbständige Abteilung zur „Masseninfiltration in die Truppenteile der Bundeswehr“ in die Bundesrepublik verschickte (siehe *PAZ* Nummer 25). Der Probedruck erbrachte knapp 20 dieser Postwertzeichen.



DDR-Fälschung Bild: Schlomann

Die Marke wurde allerdings nie der ursprünglich vorgesehenen Verwendung zugeführt und ging auch nie in die Massenproduktion. Der Grund hierfür war wahrscheinlich ein Einschreiten seitens der Sowjetunion, die den Erfolg ihres Spions in Vergessenheit geraten lassen wollte, um die angestrebte Verstärkung des Handelsverkehrs mit der Bundesrepublik nicht zu gefährden.

Abgesehen von dem geänderten Motiv weist die Fälschung noch einen weiteren Unterschied zum Original auf. Während das Original einen hellen Hintergrund aufweist, hat die DDR-Fälschung – fast symbolhaft – einen dunklen. *F.W.S.*

Das preußische Uniformteil schlechthin

Vor 175 Jahren löste König Friedrich Wilhelm IV. den Tschako als militärische Kopfbedeckung durch die Pickelhaube ab

Am 23. Oktober 1842 hatte sich die preußische Arme an eine neue Kopfbedekkung zu gewöhnen. Im Amtsgebrauch wurde sie „Helm mit Spitze“ genannt, doch im Alltag hieß das Ding schnell „Pickelhaube“ – und wurde von Heinrich Heine in seinem „Deutschland. Ein Wintermärchen“ bespöttelt: „Ja, ja, der Helm gefällt mir, er zeugt / Vom allerhöchsten Witze! / Ein königlicher Einfall war's! / Es fehlt nicht die Pointe, die Spitze! / Nur fürcht ich, wenn ein Gewitter entsteht, / Zieht leicht so eine Spitze / Herab auf euer romantisches Haupt / Des Himmels moderne Blitze!“

Heine lag allerdings falsch: Der neue Helm war keine Entwicklung von König Friedrich Wilhelm IV., sondern von der Metallwarenfabrik Wilhelm Jaeger in Elberfeld. Mit Augenschutz und Nackenschirm sowie aus Metall gefertigt schützte er die Köpfe von Kürassieren und machte sie für den Gegner fast unangreifbar. Der Haken war nur, dass der Metallhelm schwer war – zu schwer für Fußtruppen.

Also musste man sich etwas anderes einfallen lassen – und das war dann die Spitze, die auf einen aus gepressten Büffelleder gefertigten Helm aufgeschraubt wurde. Um die zu umgehen, hätte der Gegner sehr präzise zuschlagen müssen – und selbst dann hätte eine kleine Kopfbewegung gereicht und die Waffe wäre entweder von der Spitze oder ihrem Aufbau abgelenkt worden. Gleichzeitig wog die Spitze aber weniger als ein Metallhelm und war in Herstellung und Lagerung günstiger.

Wie gut die Pickelhaube funktionierte, sieht man wohl am besten daran, wie schnell und wie weit sie sich verbreitete. 1842 wurde sie in Preußen eingeführt, in der Kaiserzeit wurde sie dann zur Kopfbedeckung aller deutschen Heere.

Um unterscheiden zu können, wer zu welchem Regiment in welchem Land gehörte, stattete man die Pickelhauben mit entsprechender Montierung aus. Unter der Spitze wurden Metallembleme angebracht. Da gab es zum Beispiel eine Version, die den preußischen Adler mit Krone zeigte. Über seine Flügel zog sich ein Band, in dem „Mit Gott für König und Vaterland“ stand. Bei den Bayern gab es einen von zwei Löwen gehaltenen Wappenschild und den Leitspruch „In Treue fest“. In Württemberg hielten ein Löwe und ein Hirsch das Wappenschild und statt der Spitze saß auf dem „Pickel“ ein weißer Helmbusch.



Bild: Peter Haas

Im Ausland überlebt: Pickelhaube auf dem Haupt eines Livgarde-Soldaten

Ein weiteres Erkennungsmerkmal der Pickelhaube und der Zugehörigkeit ihres Trägers waren die Kokarden, die links und rechts am Knopf für den Riemen beziehungsweise die Schuppenkette der Pickelhaube angebracht waren. Die zeigten auf der einen Seite die Reichs- und auf der anderen die jeweiligen Landesfarben.

Im Ausland galt die Pickelhaube damals schon als Symbol für preußisch beziehungsweise deutsch. In der deutschen Gebärdensprache hat sich das bis heute erhalten: Der über der Stirn nach oben weisende Zeigefinger symbolisiert den Helm mit Spitze und steht für „deutsch“ und „Polizei“.

Der Erste Weltkrieg machte der Pickelhaube den Garaus, denn der Krieg hatte sich entscheidend verändert. Der Kampf Mann gegen Mann fand praktisch nicht mehr statt. Man blieb auf Distanz, weil man inzwischen Waffen hatte, die auch weitere Abstände überwinden konnten.

Die Pickelhaube war nun kein Vorteil mehr. Die Messingbeschläge reflektierten Licht und verrieten den Helmträger bei Nacht. Also musste ein Schutzüberzug über den Helm. Der allerdings verhinderte ein anderes Problem nicht: Die hohen Aufbauten der Pickelhauben – also ihre Spitzen – ragten oft genug aus dem Schützengraben und machten die Soldaten darin zu wandelnden Zielscheiben. 1915 ordnete die Oberste Heeresleitung an, dass die Helmspitzen im Fronteinsatz abzuschrauben seien. Zudem wurde der beige Überzug durch einen steingrauen ersetzt. Weniger kampfwertsteigend wirkte, dass wegen Ledermangels die Helme schließlich aus Pappe und Filz hergestellt wurden. Das bot noch weniger Schutz gegen Granatsplitter. Darum wurde 1916 ein Helm aus heißgepresstem Chromnickelstahl eingeführt, ohne Spitze.

Wenn die Pickelhaube auch in Deutschlands Streitkräften abgeschafft wurde, so doch nicht weltweit. In Chile ist sie heute noch Teil der Galauniform von Garderegimentern. In Kolumbien trägt eine Militärkapelle Pickelhaube und in Schweden gehört sie zur Uniform der Svea Livgarde, die das Königshaus bewacht. Und schließlich haben sich diverse Varianten der Pickelhaube bei den traditionsbewussten Engländern erhalten: Die Bobbys tragen eine Abwandlung, sodass die Pickelhaube im heutigen englischen Straßenleben immer noch ein vertrautes Bild ist. *Sibylle Luise Binder*



Foto: Action Press

Hurra, Deutschland bekommt seinen Horizont zurück. Die Maisernte ist in vollem Gang. Die bis zu drei Meter hohen „Weitblick-Sperren" werden abgeerntet und als sogenannter Energiemais vielfach zur Befeuerung von Biogasanlagen genutzt. Für die Landwirte ein lukratives Geschäft. Die Fachzeitschrift „Topagrar" meldet: „Trotz erheblicher Ausdehnung der Anbauflächen erreichen die Preise für Energiemais dieses Jahr erneut Rekordniveau." Die „Vermaisung" der Landschaft wird von vielen allerdings auch kritisch gesehen. „Die Pflanze ist enorm energie- und nährstoffhungrig, die Böden müssen intensiv gedüngt werden", mahnt beispielsweise Axel Don vom Braunschweiger Institut für Geoökologie. Für die Natur-schutzorganisation BUND darf der Mais schlicht und einfach „keine Energiepflanze der Zukunft" sein. *FH*

Grantlertum gegen Gesinnungsdressur

Ein preußisches Loblied auf Österreich? Das ist heuer, nach den Wahlen, absolut angebracht

Klug und vernünftig agieren die Wähler Österreichs. Haben sie doch bei den Parlamentswahlen den konservativen Kräften von ÖVP und FPÖ einen deutlichen Wahlsieg beschert. „In Österreich gibt es ein politisches Gegenmilieu, das die Demokratie nicht hat verkommen lassen", erklärt Günter Scholdt (71). Der Autor („Literarische Musterung") und emeritierte Germanistik-Professor aus Saarbrücken berichtet von seiner jüngsten Reise ins erstaunliche Nachbarland.

In der *Preußischen Allgemeinen* ein Loblied auf das „glückliche Österreich" zu singen, hat etwas Pikantes. Doch mögliche historische oder weltanschaulich-mentale Rivalitäten verblassen aktuell angesichts der zunehmenden McDonaldisierung unserer Welt und einer gemeinsamen Großkrise ohnehin zu folkloristischen Frotzeleien.

In diesem Bewusstsein ziehe ich ein positives Fazit meines jüngsten Aufenthalts in Wien, wo ich zwei politische Vorträge gehalten und anregende Gespräche geführt habe. Bereits im Zug genoss ich das Gespräch mit einem Wiener Ehepaar über aktuelle Absurditäten. Denn beide äußerten sich mit einem unverkrampften Freimut, wie man ihn bei uns, wo Korrektheitsnormen schon von der Kita an eingepflanzt werden, kaum noch antrifft. Es setzte sich fort bei der Österreichischen Landsmannschaft, wo man frisch von der Leber weg diskutierte, und endete im Publikum, das unter anderem vom Kreis „Pro Occidente", einer katholischen Laienorganisation, gestellt wurde.

Wie ich aus jahrzehntelangen Österreich-Kontakten weiß, waren solche Eindrücke keineswegs zufällig-unrepräsentativ. Zwar herrscht bei unseren Nachbarn durchaus kein politisches Arkadien mit reinrassiger Demokratie und selbstverständlich praktizierter Meinungsfreiheit. Durch Kungeleien häufiger Großer Koalitionen etablierte sich eine postdemokratische Clique, die für den Machterhalt manche Deformation in Kauf nimmt. Auch dort sind die Medien strukturell links-grün dominiert, und der Wiener „Rotfunk" bestrahlt seine geplagten Hörer mit gutmenschlichem Eifer. Auch dort straft man „rechte" Unbotmäßigkeit „zivilgesellschaftlich" durch Kündigung von Bankkonten oder treiben vom System gehätschelte „Antifanten" ihr gewaltsames Unwesen.

Der Oppositionsgeist ist im Volk verankert

Darüber hinaus hat sich die Universitäts-, Kultur- oder Unterhaltungsbranche weitgehend gleichgeschaltet. In Sachen Multikulti, Gender, Nation oder Inklusion leisten sich die wenigsten eine vom Mainstream abweichende Meinung. Der erfolgreiche Alpenrocker Andreas Gabalier ist eine seltene Ausnahme. Der große Rest hängt meist am Tropf staatlicher Subventionen beziehungsweise Auftrittschancen. Im Gegenzug erhalten die politisch korrekten „Kulturschaffenden" durch üppige öffentliche Unterstützung weithin künstlerische Narrenfreiheit. Auch hier herrschen alle Unarten eines Regietheaters (Die vulgäre Slapstick-Primitivität einer medial gefeierten Goldoni-Aufführung lieferte wieder einmal überzeugende Beweise).

Doch fraglos gibt es in Österreich ein politisches Gegenmilieu, das die Demokratie nicht ganz so verkommen ließ wie bei uns. Es gibt trotz aller Gesinnungsdressur einen viel stärker im Volk verankerten Oppositionsgeist, der vom Grantlertum über Traditionalismus bis zur demonstrativen Heimatliebe reicht. Die bei uns verbreitete unsägliche Praxis, die öffentliche Präsentation ungeliebter Meinungen rein physisch zu verhindern, indem man Wirte und Buchhandlungen bedroht, kennt man dort in diesem Ausmaß nicht. Und es gelang, trotz mächtiger Seilschaften bis ins Ausland hinein, nie, rechtskonservative Kräfte der FPÖ oder der ÖVP aus den Parlamenten fernzuhalten.

Die mediale Infrastruktur ist für alternative Kräfte günstiger. Im von Linken befehdeten Stocker- beziehungsweise Ares-Verlag finden auch Konservative Publikationsmöglichkeiten. Der Karolinger Verlag hält sich mit einem anspruchsvollen Programm. Der Red-Bull-Produzent Mateschitz etablierte mit „Servus-TV" sogar einen Fernsehsender, der für ein Massenpublikum auch mal Gegenrede erlaubt. Und zum Entsetzen deutscher Blockmedien ist er im Internet gerade mit der Recherche-Plattform „Addendum" an den Start gegangen. Erstes Projekt der Addendum-Rechercheure: ein kritischer Blick auf das Asylrecht in Österreich (siehe *PAZ* 41, Seite 24).

Vor allem durch Blogs machen prominente Rechtsintellektuelle wie Martin Lichtmesz, Sprachartist und Pressekritiker in der Nachfolge von Karl Kraus, Caroline Sommerfeld oder Martin Sellner, Kopf der österreichischen Identitären, von sich reden.

Genug davon: Alle, die sich hierzulande angewöhnt haben, über Österreich ein wenig abschätzig zu reden (von Königgrätz über die Fußballekstase von Cordoba bis zu Joschka Fischers bösartiger Moralintervention), seien in einem kardinalen Punkt korrigiert. In Sachen Meinungsfreiheit nämlich haben wir Deutsche unserem Nachbarn gegenüber Nachholbedarf.

Wunderschöne, bunte Arbeitswelt

Auch viele Großunternehmen bekennen sich fleißig zu Multikulti. Was wirklich dahinter steckt, zeigt ihre Charta der Vielfalt

Es lebe der Unterschied! Schwul oder heterosexuell, Mann, Frau oder irgendetwas dazwischen. Moslem oder Mormone, Deutsch-Türke oder Russland-Deutscher: Die Wirtschaft feiert die Multikulti-Gesellschaft und preist sie als Garanten für wirtschaftlichen Erfolg. Das gipfelt in der „Charta der Vielfalt", einer Aktion, zu der sich über 2000 Großunternehmen und andere Organisationen zusammengeschlossen haben. Wer das „bunte" Treiben genauer betrachtet, erkennt allerdings, wie scheinheilig es dabei zugeht.

Bunt und vielfältig hat das neue Deutschland zu sein. An dieses Credo des etablierten Kultur- und Politikbetriebes hat man sich zwischenzeitlich schon gewöhnen müssen. Diejenigen, die den Kritikern von Masseneinwanderung und anderen Sozialexperimenten gerne intellektuelle Eindimensionalität, fehlendes Verständnis für komplexe gesellschaftliche Sachverhalte und einen Hang zu einfachen Lösungen vorwerfen, haben selbst keinerlei Probleme damit, sich dieser simplen Schlagworte zu bedienen. Zu erklären ist dies wohl nur mit dem hohen Wohlfühlfaktor eines solchen Vokabulars. Wer denkt beim Wort „Vielfalt" nicht an das reichhaltige Angebot auf der Speisekarte eines guten Restaurants. Tatsächlich wird dem autochthonen Fernsehzuschauer durch die Qualitätsmedien häufig der Eindruck vermittelt, man könne sich nicht einerseits gegen einen millionenfachen Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen aus aller Welt wenden und sich andererseits einmal im Monat guten Gewissens in der griechischen Taverne um die Ecke bewirten lassen.

Anders als das von den Sozialingenieuren in diesem Land heraufbeschworene Bild einer üppigen Speisekarte sieht das tatsächliche Begriffsverständnis von sozialer und kultureller Vielfalt allerdings gänzlich anders aus. Im Gegensatz zu dem Gast eines Speiselokals kann der deutsche Bürger sich nämlich nicht frei aus einem bestehenden Angebot etwas ihm passend Erscheinendes auswählen, sondern mit jeder Bestellung wird ihm stattdessen zwangsweise immer auch etwas serviert, was er so gar nicht geordert hat.

Dennoch: Mit der Forderung nach noch mehr Vielfalt lassen sich nicht nur die Besucher von evangelischen Kirchentagen oder die Delegierten von Parteikonferenzen der Grünen in Verzückung bringen. Längst ist das Thema auch in den Vorstandsetagen der großen Konzerne angekommen. Bereits 2006 schlossen sich verschiedene deutsche Großunternehmen zusammen, um die sogenannte „Charta der Vielfalt" aus der Taufe zu heben. Dabei orientierten sie sich an einer ähnlichen Initiative, die einige Jahre zuvor in Frankreich gestartet war. Die Federführung übernahmen die Deutsche Telekom, die Deutsche Bank und

McDonalds: Genormte Gurken, unangepasste Mitarbeiter?

der britische Ölkonzern BP. Erklärtes Ziel der Charta war es, „einen produktiven Umgang mit Vielfalt" sowie „vorurteilsfreie Arbeitsumfelder" in den jeweiligen Unternehmen zu schaffen. In den Folgejahren unterzeichneten zahlreiche weitere in Deutschland tätige Konzerne, wie etwa der amerikanische Fastfood-Riese McDonalds oder der Sportbekleidungshersteller Adidas, das Dokument. Aber auch viele Gemeinden, Universitäten sowie etliche Bundes- und Landesbehörden haben sich zwischenzeitlich auf die Charta verpflichtet. Insgesamt gehören heute über 2500 Arbeitgeber zu deren Unterzeichnern.



Bei BP, Bayer, Telekom und anderen Großunternehmen: Gemeinsames Singen, Tänze und Kissenschlachten sollen das Miteinander fördern Bild: dpa

Sieht man sich die recht knapp gehaltene „Charta der Vielfalt" in ihrem Wortlaut an, so fällt vor allem ihre fehlende inhaltliche Bestimmtheit auf. Neben einigen Allgemeinplätzen, wie etwa der Selbstverpflichtung zu einem respektvollen Umgang mit den eigenen Mitarbeitern und der Berücksichtigung von deren unterschiedlichen Talenten und Fähigkeiten, lässt sich vor allem ein Bekenntnis zur Globalisierung herauslesen. Als eigentliches Ziel wird die Vermittlung von Wertschätzung unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexueller Orientierung oder Identität benannt.

Interessant dabei ist, dass die genannten Persönlichkeitsmerkmale zugleich als Potenziale bezeichnet werden, die einen wirtschaftlichen Vorteil bieten sollen. Es handelt sich also nicht primär um ein Instrument, dass die Belegschaft vor Benachteiligungen schützen soll. Auffallend ist auch, dass es sich bei den Mitgliedsunternehmen häufig um solche Organisationen handelt, die ihre Arbeitsprozesse so stark standardisiert haben, dass es für einen Außenstehenden schon höchst erklärungsbedürftig ist, wie ein Mitarbeiter hier überhaupt „Vielfalt leben" können soll. So dürfte es der mit einer einheitlichen Arbeitsbekleidung ausgestatteten arabischstämmigen Fachkraft für Systemgastronomie in einem McDonalds-Restaurant außerordentlich schwerfallen, den eigenen Immigrationshintergrund adäquat in die Unternehmenskultur einzubringen, wo doch der Arbeitgeber bereits im Vorfeld genau normiert hat, mit wie vielen Gurkenscheiben das industriell vorgepresste Hacksteak eines Hamburgers zu belegen ist.

Dass man es mit den Lippenbekenntnissen zur Vielfalt tatsächlich nicht so genau nimmt, zeigt auch, dass einige der Unterzeichner der Charta nach wie vor nicht die gesetzlich vorgegebene Schwerbehindertenquote von fünf Prozent innerhalb der eigenen Belegschaft einhalten und sich stattdessen lieber mit der Zahlung einer entsprechenden Ausgleichsabgabe an die zuständigen Integrationsämter freikaufen. Ähnlich verhält es sich bei der Frauenquote. Als 2015 ein Bundesgesetz die deutschen Großkonzerne von Staats wegen dazu verpflichtete, ihre Posten in Aufsichtsräten und Vorständen zu mindestens 30 Prozent mit Frauen zu besetzen, wurde dieser Vorstoß vom damaligen Personalvorstand des Bayer-Konzerns heftig kritisiert. Obschon auch die Bayer AG die Charta der Vielfalt unterzeichnet hat, ist aktuell von den sieben Vorstandsmitgliedern der Bayer AG nur ein einziges weiblich.

Dass man von den angeblichen Vorzügen einer möglichst vielfältigen Mitarbeiterschaft auch ansonsten nicht besonders überzeugt zu sein scheint, zeigt sich in den übrigen Aktivitäten des hinter der Charta stehenden Vereins. Ein wichtiger Bestandteil der eigenen Arbeit ist die alljährliche Ausrichtung des sogenannten Diversity-Tages. Hier fokussiert man sich auf die Umsetzung oder Unterstützung von Veranstaltungen und stellt interessierten Organisationen zahlreiche Aktionsideen zur Verfügung, die sich vor allem durch ihren geringen geistigen Tiefgang und das weitgehende Fehlen von Inhalten auszeichnen. Als Anregung empfehlen die Initiatoren etwa das Durchführen öffentlicher Kissenschlachten, das gemeinsame Singen und Tänze aus unterschiedlichen Kulturkreisen.

Auch ohne Multikulti sind deutsche Unternehmen gut

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Vereinsarbeit besteht darin, den Gedanken des Diversity-Managements zu verbreiten. Dabei handelt es sich um einen theoretischen Ansatz, der zum einen Antidiskriminierungsregelungen in einem Betrieb durchsetzen und zum anderen die Heterogenität der Mitarbeiterschaft für diesen nutzbar machen soll. Auf der Netzseite des Vereines wird dabei beklagt, dass in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten immer noch viel zu wenige Unternehmen über ein kulturelles Diversity-Management verfügen. Auf den naheliegenden Rückschluss, dass der hohe wirtschaftliche Erfolg deutscher Firmen im internationalen Wettbewerb möglicherweise auch darauf zurückzuführen sein könnte, dass sie noch über eine vergleichsweise homogene Mitarbeiterstruktur verfügen und sie ihre Angestellten bislang eben noch nicht dazu verpflichten, regelmäßig an Workshops zur Gendersensibilität teilzunehmen, wird dabei mit keiner Silbe eingegangen.

So lässt sich die Charta der Vielfalt nur als Ergebenheitsadresse an den politischen Zeitgeist verstehen. Dies kann kaum verwundern, denn viele der unterzeichnenden deutschen Unternehmen zeichneten sich schon immer durch eine besondere Staatsnähe aus, die weit über das Knüpfen und Halten von guten Kontakten zu politischen Entscheidungsträgern hinausgeht. Nicht wenige der 20 institutionellen Mitglieder des Charta-Vereines beziehungsweise ihrer Vorgängerunternehmen wie Volkswagen, Daimler oder Henkel ließen sich schon während der Zeit des Dritten Reiches zu nationalsozialistischen Musterbetrieben küren.

Verliehen wurde dieses Prädikat seinerzeit von dem von Robert Ley ins Leben gerufene „Amt für die Schönheit der Arbeit". Ebenfalls mit einem ausgesprochen wohlklingenden Namen versehen, ging es auch dieser Institution darum, das Arbeitsleben von Beschäftigten zu verbessern. Wie der Verein „Charta der Vielfalt" gab das „Amt für die Schönheit der Arbeit" hierzu Broschüren und Musterpläne heraus, veranstaltete Betriebsfeste oder Schulungen. Zu haben waren diese Verbesserungen freilich nur zu dem Preis einer massiven politischen Indoktrination. *Dirk Pelster*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 42 – 20. Oktober 2017

MELDUNGEN

100-prozentig zufrieden

Königsberg – Der amtierende Gouverneur Anton Alichanow hat dem Ministerium für die Entwicklung der Infrastruktur eine Dokumentation über den Zeitplan für den in Bau befindlichen Autobahnring vorgelegt und umgerechnet rund 60 Millionen Euro für den weiteren Ausbau der Straße bewilligt. Jelena Djatlowa, die Leiterin des Ministeriums, äußerte sich sehr zufrieden, indem sie mitteilte, dass in diesem Jahr bereits alle Verkehrsprojekte zu 97 Prozent erfüllt wurden. Bis Jahresende dürften es 100 Prozent sein. *MRK*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S22: Mühlhausen, Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing – Jazowa, Baustelle; Osterode – Hohenstein, Baustelle; Bergheim – Schwenteinen, Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut, Baustelle. Straße Nr. 16: Groß Kosarken – Slomowo, Baustelle; Mathildenhof – Lyck, Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein – Fittigsdorf, Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein, Baustelle; Allenstein – Pagelshof, Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde – Klaukendorf, Baustelle; Friedrichshof, Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein, Baustelle. Straße Nr. 59: Lötzen, Baustelle; Friedrichshof, Baustelle. Straße Nr. 63: Angerburg, Baustelle. *PAZ*

Rauschen bald wieder mit Strand

Promenade des beliebten Seebads wird erneuert – Landgewinnung nach holländischer Methode

Im Kurort Rauschen finden zurzeit umfangreiche Bauarbeiten an der Promenade statt. Sorgen bereitet seit Jahren allerdings der Schwund des Strandes, der nun mit einer vorgelagerten Buhne zurückgewonnen werden soll.

Rauschen ist der angesehenste Kurort an dem zum Königsberger Gebiet gehörenden Abschnitt der Ostsee. Deshalb erfolgen alle Baumaßnahmen dort in großem Stil. Als vor einigen Jahren die Promenade in Cranz neu gebaut wurde, war schon die Rede davon, dass auch Rauschen eine neue benötige. Die Frage wurde mit großem Schwung angegangen, und so beschloss man, eine neue Flaniermeile von über einem Kilometer Länge zu errichten.

Ein entsprechendes Konzept und Entwurfsunterlagen wurden bereits in den Jahren 2012 bis 2013 vorgelegt, aber damals fehlten die notwendigen finanziellen Mittel. Deshalb konnten die Bauarbeiten nicht früher beginnen. 2015 begann die Stadt Rauschen, zunächst die Hänge des Ufers vor dem Abrutschen zu schützen, bevor mit dem Promenadenausbau begonnen werden konnte. Geplant ist auch, einen 70 Meter breiten künstlichen Strand anzulegen.

Nach den Bauplänen soll die Promenade insgesamt einen Fußweg von 1,25 Kilometern Länge erhalten, der von dem Platz mit der Sonnenuhr bis zum Abstieg zum Strand beim Kinderferienhaus „Gajdar“ führt. Im Gegensatz zur Promenade in Cranz wird der Großteil des Neubaus in Rauschen nicht auf Pfählen, sondern auf einer Erdschicht und auf Sand stehen. Die Böschung entlang des Strandes wird mit Rasen befestigt. Von der Promenade werden neue Treppen zum Meer hinabführen. Es sind zum Beispiel welche in der Nähe des Theaters geplant.

Ursprünglich war die Baufirma „Pallas Athene“ Auftragnehmerin für die Arbeiten. Sie sollte bis Ende 2016 die Bauarbeiten beendet haben. Jedoch war die Promenade weder Ende 2016 noch Anfang 2017 fertig. Im Frühjahr dieses Jahres versprach der Gouverneur



Groß angelegtes Bauvorhaben: Die Arbeiten an der neuen Promenade haben begonnen Bild: J.T.

Verzögerung durch Wechsel der Baufirma

Anton Alichanow, dass bis Ende 2017 die Bürger die neue Promenade in voller Pracht betrachten könnten. Darüber hinaus versicherte er, dass bis Jahresende auch ein Aufzug gebaut würde, damit auch Ältere und Menschen mit Behinderungen an den Strand gelangen könnten. Nachdem der berühmte Lift beim Militärsanatorium demontiert worden war, hatte es für sie keine solche Möglichkeit mehr gegeben, bequem ans Meer zu gelangen.

Der Ankündigung des Gouverneurs und allen Planungen zum Trotz ist die Promenade bis jetzt noch nicht fertig. Im Juli 2016 wurde der Bauauftrag einer Firma aus St. Petersburg übertragen, aber es kam dennoch immer wieder zur Verzögerung der Arbeiten. Die angekündigte Strandverbreiterung auf 70 Meter wird erst 2018 erfolgen. Die Regionalbehörde bemüht sich um eine Lizenz zum Abtrag von Sand vom Meeresboden, um ihn nicht von den benachbarten Küsten der Republik Polen und der Republik Litauen her transportieren zu müssen.

Das Hauptmerkmal des Bauprojekts ist, dass der größte Teil der Promenade auf Sand gebaut wird und es eine besondere Herausforderung sein wird, die Breite des Strands nach den jährlichen Herbst- und Winterstürmen zu erhalten. Spezialisten wollen sich dabei der in Deutschland und Holland gängigen Praktiken bedienen. Vor allem in Holland wird ein sogenannter Sandmotor eingesetzt. Dabei wird vor dem Ufer eine künstliche Sandinsel aufgeschüttet. Durch die vorherrschenden Winde verteilt sich der Sand entlang des vorgelagerten Landes am Strand. So will man den durch Strömungen entstehenden Sandverlust verhindern.

Die staatliche russische Tourismusagentur hat im Rahmen des Programms zur Tourismusförderung in diesem Jahr umgerechnet 4,2 Millionen Euro für den Bau der Rauschener Promenade bereitgestellt. Insgesamt hat der Staat Rauschen 21 Millionen Euro für den Bau der Promenade zugeteilt. *Jurij Tschernyschew*

Zu wenig Auslastung

Wizz Air streicht Flugverbindung nach Schiemanen

Vor Kurzem gab der Flughafen „Olsztyn Mazury“ (Allenstein Masuren) bekannt, dass die ungarische Fluggesellschaft „Wizz Air“ die Flüge von Schiemanen nach Oslo aussetzt. Als Grund wurde die niedrige Frequenz angegeben, und so wird die Verbindung nach Oslo ab dem 8. November eingestellt. Das bedeutet, dass Passagiere aus Schiemanen bald nur nach London fliegen können.

Die Entscheidung und Begründung der ungarischen Fluglinie kam für die Flughafenleitung sowie für die Mitarbeiter und die Fluggäste völlig überraschend, war das Interesse an der Verbindung mit Oslo doch stets gestiegen. Die Auslastung lag bei 68 Prozent. Auf dem Facebook-Profil des Flughafens hat eine lebhafte Diskussion über die Zukunft von Schiemanen und die weiteren Flugverbindungen begonnen. Die Fluggäste wünschen sich Flüge in Richtung Irland und Bundesrepublik Deutschland.

„Solch eine Situation, dass nur eine Verbindung nach London bleibt, ist natürlich nicht gut. Wir sind damit nicht zufrieden“, sagte der Marschall der Woiwodschaft Ermland und Masuren, Gustaw Marek Brzezin, „deswegen führen wir Gespräche über neue Verbindungen, beispielsweise mit einer



Modern, aber wenig ausgelastet: Flughafen Schiemanen Bild: CF

der deutschen Städte im Ruhrgebiet. Es werden Fluggäste gebraucht.“

Bis zum 23. September hat der Flughafen in Schiemanen 83 500 Passagiere abgefertigt. Die Ausgaben der Selbstverwaltung der Woiwodschaft Ermland Masuren für den Flughafen betrugen in diesem Jahr 29 Millionen Zloty (sieben Millionen Euro).

Die Gesellschaft „Warmia i Mazury“ (Ermland und Masuren), die den Flughafen betreibt, informierte darüber, dass sie mit Wizz Air über neue Destinationen sowie über die Wiederherstellung der Verbindung nach Oslo für die Sommersaison 2018 verhandelt. Im kommenden Jahr sollen auch Charterflüge von Schiemanen nach Burgas in Bulgarien und nach der Bundesrepublik Deutschland (Paderborn) für Reisebüros sowie für einzelne Fluggäste verfügbar sein.

Der Flughafen in Schiemanen hat sehr gut gestartet. Am Anfang konnte man nach Berlin, München, Warschau und Krakau fliegen. Diese Flüge wurden jedoch mit Kleinflugzeugen des Typs Saab 340 bedient, die jeweils 30 bis 37 Passagiere beförderten. Später wurde das Verbindungsnetz um London und Oslo erweitert. Obwohl ein Teil der Flüge ausgebucht war, erwiesen sie sich als unrentabel und wurden aus dem Flugangebot wieder gestrichen.

Wizz Air stellt nicht nur die Flüge aus Schiemanen ein. Es werden auch Verbindungen aus Kattowitz nach Belfast, Maastricht-Aachen und Paris-Beauvais, aus Warschau nach Glasgow und Bristol sowie aus Danzig nach Brüssel Charleroi gestrichen. Grund dafür ist die niedrige Rentabilität. Vor Kurzem hat auch Ryanair, der größte Konkurrent von Wizz Air, über 2000 Flüge bis zum 28. Oktober abgesagt, angeblich wegen schlechter Urlaubsplanung, sowie dem Mangel an Piloten. *Edyta Gladkowska*

In ostpreußischem Stil

Königberger Zoo ließ einen Lese-Pavillon nach alten Plänen bauen

Der Königsberger Tiergarten hat eine neue Sehenswürdigkeit, die bereits von Erwachsenen und Jugendlichen gut angenommen wurde. Es handelt sich um einen Lese-Pavillon, mit dem die Zooleitung einen weiteren Beitrag zur Rekonstruktion des historischen Erscheinungsbildes des Zoos geleistet hat, denn ein solcher Pavillon stand vor dem Krieg an gleicher Stelle.

Das äußere Erscheinungsbild des Häuschens wurde sorgfältig den erhaltenen Archivaufnahmen angepasst. Trotzdem entschied man, ein Detail auszulassen: Es gibt jetzt keine hohen Türme mehr auf dem Dach, weil die hohen Bäume ringsum im Wege standen. Der neue Pavillon befindet sich neben dem Löwengehege.

Ein großer Teil der Arbeiten galt der Stärkung des Fundaments. Es war der einzige Teil, der vom alten Vorkriegsgebäude erhalten geblieben ist. Beim Bau der Grundkonstruktion der Laube wurde nur Material verwendet, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts typisch war: Lärche und Zinn für die Bedachung. Bald wird das Gebäude noch eine Beleuchtung und eine Rampe erhalten.

Die Wiedererrichtung des historischen Pavillons war dank der Tatsache möglich, dass ein Projekt der Zooleitung beim diesjährigen



Eine neue Sehenswürdigkeit im Tiergarten: Lese-Pavillon Bild: J.T.

Wettbewerb des regionalen Ministeriums für Kultur und Tourismus gesiegt hatte. Der Wettbewerb mit dem Titel „Schaffung von Bedingungen zur Erholung für die Bewohner der Gemeinden des Königsberger Gebiets“ wird jährlich ausgeschrieben. Der Tiergarten erhielt einen Preis in Höhe von umgerechnet 21 000 Euro. Nach den Wettbewerbsregeln wurde der Großteil der Summe, etwa 15 000 Euro, vom Gebietshaushalt zugeteilt, und den Rest steuerte die Stadt Königsberg bei. Für die Wiedererrichtung des Pavillons gab der Tiergarten auch eigene Mittel aus. Auf eigene Kosten bezahlte der Zoo die Arbeiten am Fundament, die Anlage der Umgebung und die Rampe für Rollstuhlfahrer.

Der Pavillon ist sechs Meter hoch. Im Inneren wurden Buchregale aufgestellt. Jeder kann sich von dort Bücher nehmen oder eigene hineinstellen. Es soll ein Ort für den Tausch von Büchern werden. „Bookcrossing“ ist eine weltweite Bewegung zur kostenlosen Weitergabe von Büchern an Bekannte und Unbekannte. Die Tschechow-Bibliothek unterstützt diese Aktion. Außerdem sollen im Pavillon Veranstaltungen für Kinder angeboten werden, etwa Fremdsprachenunterricht oder verschiedene Wettbewerbe. *J.T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist eine unendliche Geschichte, und sie wird es auch bleiben, trotzdem wir uns große Mühe gegeben haben, etwas Licht in die leibliche Herkunft der Königsbergerin Gerda Waltraud Reimitz zu bringen. Dreimal sind wir auf das Ansuchen ihres Enkels **Björn Sobota** eingegangen, dreimal vergeblich. Es handelte sich auch um eine sehr schwierige Suchfrage, da die Angaben – soweit überhaupt vorhanden - unvollständig waren, andere wichtige Unterlagen fehlten gänzlich und konnten trotz der großen Bemühungen von Herrn Sobota nicht besorgt werden, obgleich er sogar die Staatsarchive in Moskau und Königsberg und die deutschen Suchinstitutionen angeschrieben hatte. Letzte Station seiner Hoffnung war unsere Ostpreußische Familie – aber auch sie erbrachte nichts. Kurze Rückblende: **Gerda Waltraud Reimnitz** wurde am 25.09.1934 in Königsberg als Tochter von Berta Schug geboren – hier kommt schon das erste Fragezeichen, denn die genaue Schreibweise des Nachnamens steht nicht fest, von dem Vater ist der Vorname unbekannt. Er soll eine gut gehende Kohlenhandlung auf dem Steindamm gehabt haben. Gerda hatte noch drei Schwestern, die alle getrennt in Heime gegeben und später adoptiert wurden wie auch Herrn Sobotas Großmutter, die noch vor ihrer Einschulung von dem Königsberger **Emil Adolf Schulz** und seiner Frau adoptiert wurde. Das gut situierte Ehepaar konnte dem Mädchen eine behütete Kindheit bieten, aber die Frage nach ihrer leiblichen Familie hat Gerda Reimnitz ein Leben lang beschäftigt – bis zu ihrem Tode. Denn der ist nun leider eingetreten, wie Björn Sobota mitteilt:

„Ich möchte mich für Ihre Bemühungen zum Auffinden von Familienangehörigen, ehemaligen Freunden und Schulkameraden meiner Großmutter bedanken. Auch Unterlagen, Urkunden und Aufzeichnungen konnte ich in keinen Archiven und Behörden in Deutschland und Russland finden. Alles durch den Krieg für immer vernichtet. Leider hat sich bis heute niemand auf die Berichte im Ostpreußenblatt gemeldet. Alle Bemühungen meinerseits, meiner Großmutter bei der Suche zu helfen, waren ergebnislos. Nun ist meine Großmutter am 02.10.2017 in Görlitz im Alter von 83 Jahren verstorben. Es wäre für mich ein Herzenswunsch gewesen, meiner Großmutter Auskunft über ihre gesuchten Familienmitglieder zu geben. Sie hatte bis zuletzt ganz wache Erinnerungen an die Königsberger Zeit bis 1945 und weiter an die Zeit der Zwangsarbeit in Kalgen bis 1948. Ihre Erinnerungen hat sie ausführlich bis zu ihrem Ableben in einem Tagebuch festgehalten. Das Familiengeheimnis um die Vorfahren und leiblichen Eltern wird wohl nicht mehr gelöst werden können." Damit müssen wir wohl auch dieses Kapitel unserer Familiengeschichte ungelöst abschließen, denn wir haben ja alle Möglichkeiten ausgeschöpft und hatten immer noch gehofft, dass sich wenigstens auf die letzte Veröffentlichung in Folge 12/17 jemand melden würde, da wir in dieser einige weitere Angaben machen konnten. Aber auch die haben nichts genützt, leider. Wir versichern Herr Björn Sobota unser Mitgefühl, das auch die traurige Tatsache, dass alle Bemühungen bis zu letztmöglichen Nachforschungen vergeblich waren, miteinschließt. Aber Sie haben, lieber Herr Sobota, Ihrer Großmutter das Gefühl vermitteln können, dass sich jemand mit großer Sorge und Sorgfalt um sie und ihre Lebensfrage kümmert. Und das wird sie doch sehr getröstet haben.

Hoffen wir, dass wir für die nächsten Suchfragen wenigstens einige Spuren aufdecken können, die weiterhelfen, Schicksale zu klären. Da kommen wir noch einmal auf das Anliegen von Herrn **Rüdiger Schaub** aus Herscheid zurück, dass wir in Folge 36 veröffentlichten. Er war sehr positiv von der ausführlichen Veröffentlichung überrascht und will die Suchfrage noch mit einigen Angaben ergänzen, die vielleicht nützlich sein könnten. Es handelt sich um das ungeklärte Schicksal seiner Tante **Ursula Kowski**, die nach der russischen Invasion in ihrer Heimatstadt Königsberg verblieb und dort bis zu ihrem Tod im Februar 1947 gelebt haben soll. „Tante Ulla", wie sie von der Angehörigen und Freunden genannt wurde, hat noch längere Zeit in der Wohnung der Familie Kowski im Vorderhaus der Selkestraße 13 gewohnt. Ulla war das erste Kind aus der Ehe von **Margarete Kowski geb. Eisenblätter** und ihrem Mann (?) Kowski, das zweite war die Mutter von Herrn Schaub, **Dora Kowski**. Die Ehe wurde Anfang der 30er Jahre geschieden. Margarete heiratete noch einmal, und aus dieser Ehe mit dem Ofensetzer **Emil Krebs** gingen drei Kinder – Gerda, Dieter und Hans – hervor, die alle mit der Oma **Henriette Eisenblätter** in der Wohnung im ersten Stock des Hauses in der Selkestraße wohnten. Sie wurden nach den Bombenangriffen 1944 evakuiert bis auf den zum Volkssturm eingezogenen Emil Krebs und Ulla, die als Rote-Kreuz-Helferin in Königsberg bleiben musste. 1946 soll sie erkrankt in ein Seuchenkrankenhaus gekommen und im Februar 1947 verstorben sein. Das beweist ein Brief, den die Eltern an die alte Adresse in Königsberg geschrieben hatten und der mit dem Vermerk „im Februar 1947 verstorben" zurückkam. Wer diesen Brief ungeöffnet und mit dem in Deutsch gehaltenen Vermerk zurückgesandt hat, konnte nicht festgestellt werden. Auch alle anderen Erkundigungen nach Ursula Kowski und ihrem Ableben verliefen ergebnislos, deshalb ergänzt Herr Schaub seine ersten Ausführungen mit einigen Angaben. Da das Haus in der Selkestraße weder von Bomben noch durch Kriegseinwirkung zerstört wurde und heute noch steht, könnten sich ehemalige Bewohner oder Nachbarn an die Rote-Kreuz-Helferin erinnern. Ullas Großmutter hatte früher in einem naheliegenden Damenstift geputzt, Ulla war ab und zu dabei. Ihre Ausbildung zur PTA erfolgte mit großer Wahrscheinlichkeit in der Luisenapotheke auf den Hufen. Konkreter wird die Sache nun durch eine Suchanzeige, die vor einiger Zeit erschien, und zu der Herr Schaub Folgendes vermerkt:

„Es handelt sich um eine Suchanzeige von einer **Elli Prusseit** aus Pinnow. Sie sucht ihren Bruder **Hans Joachim Federmann**, *1935 in der Selkestraße 13. Der Vater Hans ist im Königsberger Adressbuch von 1941 unter dieser Adresse als Pferdehändler gemeldet. Im Adressbuch ist auch mein Opa Emil Krebs verzeichnet. In der Ausgabe von 1931 ist auch meine Oma Henriette Eisenblätter vermerkt. Vielleicht kennen sich die Familien Krebs und Federmann?" Es dreht sich also alles um dieses Haus in der Selkestraße, die auf dem Unterhaberberg vom Korinthendamm zur Tamnaustraße führte. Herr Daub würde sich freuen, wenn er alte Aufnahmen von der Selkestraße bekäme, möglichst von dem Haus Nr.13, das einer Witwe Prang gehörte. Das sind nun einige Namen, die vielleicht weiterhelfen könnten, das Leben und Schicksal von Ursula Kowski zu erhellen. (Rüdiger Schaub, Niederholte 7 in 58849 Herscheid.)

Immer wieder entdecken Leser in alten *Ostpreußenblatt*-Jahrgängen Namen, die für sie wichtig sein könnten wie Herr **Oskar Schönweitz** aus Zail am Main. Er ist dabei, eine Familienchronik zu erstellen, und sucht in diesem Zusammenhang nach dem Sterbedatum von **Hans Rydzik**, der in Doren bei Johannisburg geboren wurde. Der Masure kam während des Krieges nach Bamberg und wurde dort in der Nervenklinik St. Getreu Anstaltsschneider. In dieser Zeit befand sich in der Klinik ein Kriegsgefangenenlazarett, in dem der Vater von Oskar Schönweitz Krankenpfleger war. In welcher Beziehung dieser zu Hans Rydzik stand, erläutert er nicht, ist auch in Bezug auf den Grund seines Anliegens unwichtig. Die Spur, die zu uns führt, zeigt sich bei der Jahreswende 1974/75, denn in dem betreffenden *Ostpreußenblatt* befand sich unter den Weihnachts- und Neujahrswünschen auch der von Hans Rydzik. Es ist anzunehmen, dass er damals Bezieher unserer Zeitung war, und hier setzt der Suchende an und bittet uns, ihm weiterzuhelfen. Da bleibt nur der Weg über unsere Ostpreußische Familie in der Hoffnung, dass sich jemand aus der Familie oder dem Umkreis des damals Glückwünschenden meldet, der Herrn Schönweitz das Sterbedatum von Hans Rydzik übermittelt. (Oskar Schönweitz, Karl-Link-Straße 15 in 97475 Zeil am Main.)

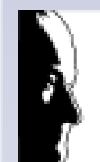


Ein letzter Gruß des Sommers aus Georgenswalde Bild: Kunst

Eine erste, uns übermittelte Reaktion auf die Veröffentlichung seiner Lebensfrage hat unser Suchfreund Dr. **Valery Sewastianow** erhalten, und auch wenn sie nicht zur Klärung seiner deutschen Herkunft beigetragen hat, ist für ihn jede Anteilnahme an seinem Schicksal wichtig und stärkt die Hoffnung. Unser Leser Herr **Martin Kunst** aus Ganderkesee hat ihm mitgeteilt, dass er mit ihm in Verbindung treten will, denn ihm sind die örtlichen Gegebenheiten vertraut, und so ist auch ihm das Dorf nicht unbekannt, in dem Sewastianow mit seiner Frau heute lebt: es handelt sich um Illowajskoje, dass ursprünglich Jucknaten hieß und 1938 in Meißnersrode umbenannt wurde. Allerdings hat der heutige Wohnsitz des russischen Wissenschaftlers nichts mit seiner ungelösten Herkunftsfrage zu tun, doch auf diese geht Herr Kunst auch ein, indem er ihm Aufnahmen aus Otradnoje übersandte. In dem früheren Georgenswalde an der Samlandküste soll der damals einjährige, vermutlich elternlose Junge in einem Kinderheim gelebt haben, aus dem ihn seine russischen Adoptiveltern herausholten. Auch uns übermittelte Martin Kunst einige Aufnahmen aus Georgenswalde vor allem aus dem sich dort befindenden Brachert-Museum. Das Bild, das wir heute bringen, zeigt die einzige Straße, die durch Georgenswalde führt, rechts geht es zum Brachert-Museum, geradeaus nach Warnicken und Gr. Kuren. Mit diesem Foto nehmen wir zugleich Abschied von der wärmeren – nicht warmen – Zeit dieses Jahres, denn die nächsten Aufnahmen werden den stillen Gedenktagen im November gelten. Übrigens weist Herr Kunst darauf hin, dass demnächst ein Lyrik-Band der in Groß Wersmeningken beheimateten Dichterin Johanna Ambrosius in russischer Sprache erscheint. Er steht mit der russischen Übersetzerin in Verbindung, da die Herausgabe durch eine Spendensammlung ehemaliger Ostpreußen ermöglicht wird.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Liebe im polnischen Vernichtungslager

Ein polnischer Spielfilm thematisiert die »Oberschlesische Tragödie«

Unter dem Begriff „Oberschlesische Tragödie" versteht man in Oberschlesien die schicksalhaften Ereignisse, welche die regionale Bevölkerung nach 1945 unter den neuen Machthabern zu erdulden hatte. Dieser regional eingeführte Begriff soll nun auch landesweit Beachtung finden. Während Vertreibungen die unzweifelhaft bürgerliche deutsche Bevölkerung in großer Mehrheit betrafen, waren von Internierungen, Verschleppungen, Deportationen und anderen Gewalttaten vielfach auch Menschen betroffen, die sich – nicht untypisch in dieser Region – national schwer kategorisieren ließen oder die sogar zu Polen neigten.

Einen Aspekt der Tragödie, nämlich dem des polnischen Lagers Zgoda (Eintrachthütte) in Schwientochlowitz (Swietochlowice) widmet sich ein polnischer Kinofilm. Am 2. Oktober hatte „Zgoda" (Eintracht) in Kattowitz Vorpremiere, der offizielle Kinostart folgte am 13. Oktober.

Der Film handelt von der neuen polnisch-kommunistischen Verwaltung, die im ehemaligen Eintrachthütter Außenlager von Auschwitz-Birkenau ein Internierungslager für Oberschlesier einrichtet. Der polnische Sicherheitsdienst will die Region von angeblichen Verrätern säubern, egal ob man damit nun bekennende Deutsche oder auch Antikommunisten egal welcher nationalen Option meint. Der Oberschlesier Franek meldet sich zum Lagerdienst, um so seine Geliebte Anna zu retten. Im Lager wird sein Freund Erwin, ein deutscher Oberschlesier, festgehalten, der ebenfalls in Anna verliebt ist. Franek schließt sich den Kommunisten an, er hofft, dass er so das „System" überlisten kann. Bald schon wird ihm klar, dass er für die Freiheit seiner Anna alles opfern muss.

Der Film wurde für den Wettbewerb des diesjährigen 42. Festivals des Polnischen Spielfilms im westpreußischen Gdingen nominiert, das Ende September stattfand. „Zgoda", über den im Vorfeld des wichtigsten polnischen Filmfestivals kaum berichtet wurde, bekam auch „nur" eine Auszeichnung in der Kategorie „beste Kostüme". Das Regiedebüt von Maciej Sobieszczanski erntete jedoch weltweit Anerkennung, denn „Zgoda" wurde mit dem ersten Preis für Regie beim 41. Internationalen Filmfestival von Montreal ausgezeichnet.

„'Zgoda' ist mein Manifest gegen Krieg und Grausamkeit. Es ist ein Film über die Machtlosigkeit der Liebe gegenüber dem Bösen", so der Regisseur gegenüber der Zeitung „Dziennik Zachodni" nach der Kattowitzer Vorpremiere. Die Drehbuchvorlage für den Kinofilm war das Buch „Zgoda – ein Ort des Schreckens" von Gerhard Gruschka, einem deutschen Oberschlesier, der als 14-jähriger für zehn Monate im Lager Zgoda durch die Hölle ging. „Als ich dem weit über 80-jährigen Mann, der als 14-Jähriger in Zgoda saß, die Frage stellte, warum er ins Lager kam, weinte er. Man hat diesem Menschen alles genommen, man nahm ihm seine Würde und hat ihm diese nie zurückgegeben. Die Kommunisten haben von den Häftlingen, als sie das Lager schlossen, eine schriftliche Verpflichtung unter Strafandrohung verlangt, nie über die Geschehnisse zu sprechen. Diese Schweigen hielt 70 Jahre und wir brechen es nun", so Sobieszcza ski gegenüber Radio Kattowitz.

220 solcher Lager gab es 1945 innerhalb Polens neuen Machtbereichs. Darüber sprachen die Filmemacher während einer Pressekonferenz in Gdingen als auch bei der Vorpremiere in Kattowitz. Hier konnten Filmkritiker, Journalisten und Zuschauer erfahren, wie die jungen Darsteller sich dem Thema, über das keiner von ihnen zuvor etwas gehört hatte, näherten und auch über die Schwierigkeiten des Produzenten, an Gelder für einen Film heranzukommen, der „nicht sein darf". Der Film wurde in nur 22 Tagen gedreht, die Lagerszenen entstanden im in einem Kuhstall bei Warschau und einige in der Hindenburger Guidogrube. „Uns fehlte das Geld, um das Lager so nachzubauen, wir es war", sagte Filmproduzent Zbigniew Domagalski. So gab es anstelle des stromgeladenen Doppelzauns am Set nur einen Stacheldrahtzaun. „Die relativ ansprechenden Pritschenreihen mit Decken sind ebenfalls Fiktion", so der in der Bundesrepublik lebende Gerhard Gruschka. Er kennt bislang nur den Trailer, doch die darin gezeigten Gewaltszenen wirkten nachhaltig auf ihn. Gruschka schrieb einen Brief an den Regisseur, den dieser bei der Vorpremiere verlas. „Es ist ja Tatsache, dass es sich um ein schwieriges Thema handelt, dessen filmische Darstellung einen gewissen Mut erfordert. Umso größer ist meine Hochachtung vor Ihnen und allen, die am Film ‚Zgoda' mitgewirkt haben, und auch mein Dank an Sie, den ich als Vertreter der ehemaligen Häftlinge des Lagers Zgoda auch für diese aussprechen darf", so der Überlende.

„Der Film ist kein Dokument. Wir gehen eher der Frage nach, was bringt einen Menschen dazu, böse zu werden. Der Film zeigt nicht oberschlesische Geschichte allein, er erzählt von der menschlichen Tragödie und das ist die gigantische Stärke dieses Streifens. Das politische Element kann hier jeder für sich selbst interpretieren", betont Julian Swiezewski, einer der Hauptdarsteller.

Chris W. Wagner



ZUM 99. GEBURTSTAG

Naruhn, Frau, geb. Salomon, aus Wehlau, am 26. Oktober
Wiedenhöft, Frieda, geb. Strauß, aus Nalegau, am 23. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bogumil, Heinz, aus Lötzen, am 24. Oktober
Lang, Frieda, geb. Schuran, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 29. Oktober
Schwarzin, Hildegard, aus Lyck, am 20. Oktober
Sowa, Otto, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 24. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Baumgart, Erwin, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, am 24. Oktober
Bonitz, Gertrud, geb. Juschka, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Holweck, Irmgard, aus Königsberg, am 24. Oktober
Kock, Elsbeth, geb. Kinski, aus Lyck, am 24. Oktober
Macht Veronika, aus Ortelsburg, am 25. Oktober
Volz, Luise, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 21. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Friz, Lieselotte, geb. Schwabe, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Gregorzewski, Albert, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Grube, Christel, geb. Meier, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Heitmann, Irmgard, geb. Rehra, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Schulz, Ruth, geb. Lamprecht, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Eberhardt, Gertrud, geb. Gnosa, aus Treuburg, am 23. Oktober
Herrmann, Martha, geb. Krappa, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Riekers, Herta, geb. Fröhlich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hartel, Irmgard, geb. Schmidt, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Oktober
Kalkowski, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Konopatzki, Werner, aus Wissowatten und Milken, Kreis Lötzen, am 25. Oktober
Lerche, Dr. Margarete, geb. Räuscher, aus Ortelsburg, am 26. Oktober
Schmalfeldt, Helene, geb. Schulz, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 20. Oktober
Weber, Irma, geb. Twardy, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 117, am 21. Oktober
Welsch, Bruno, aus Altginnendorf, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Zwirlein, Elfriede, geb. Radzuweit, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 22. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Ahrens, Günther, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 20. Oktober
Goritzki, Klaus, aus Lötzen, am 24. Oktober
Klein, Gisela, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Malinka, Helmut, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Packhäuser, Hertha, geb. Kuberka, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Rußland, Greta, geb. Adam, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Soth, Irmgard, geb. Kukowski, aus Lyck, Bismarckstraße 57, am 23. Oktober
Storck, Leni, aus Walden, Kreis Treuburg, am 21. Oktober
Sturm, Charlotte, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Corleissen, Eva-Maria, aus Lötzen, am 26. Oktober
Pankuweit, Heinrich, aus Bonn, am 23. Oktober
Peter, Herta, aus Lyck, am 26. Oktober
Seifert, Elfriede, geb. Kledtke, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bondzio, Dr. Wilhelm, aus Lyck, am 22. Oktober
Frommberg, Gerhard, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Grünberg, Alfredo, Kreisgruppe Kassel, am 21. Oktober
Heinemann, Annemarie, geb. Moselewski, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Kotowski, Dr. Hartmut, aus Lyck, am 25. Oktober
Krüger, Hildegard, geb. Koß, aus Treuburg, am 20. Oktober
Loeper, Helmut, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Maak, Luci, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Neumann, Ernst, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 26. Oktober
Ziegler, Ursula, geb. Staschik, aus Lötzen, am 20. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bergmann, Ursula, geb. Monsehr, aus Treuburg, am 23. Oktober
Huebner, Irmgard, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 22. Oktober
Luft, Dr. Volker, aus Lötzen, am 22. Oktober
Koslowski, Dieter, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 22. Oktober
Kowalski, Helga, geb. Holz, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 24. Oktober
Koyro, Friedhelm, aus Lisken, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Miertsch, Hilde, geb. Bialluch, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adam, Alfred, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Begunk, Waltraut, geb. Niedzwetzki, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 22. Oktober
Bittermann, Elisabeth, geb. Buttkus, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Bretthorst, Gertrud, geb. Allary, aus Neidenburg, am 25. Oktober
Grabowski, Ella, aus Sabreau, Kreis Neidenburg, am 20. Oktober
Gusko, Helmut, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 26. Oktober
Hansen, Eva Maria, Kreisgruppe Düsseldorf, am 23. Oktober
Heimann, Elli, geb. Stern, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Itjen, Dorothea, geb. Kislat, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 20. Oktober
Krashinski, Otto, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 23. Oktober
Lamczyk, Elfriede, geb. Rosa, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Ludwig, Helmut, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Nikolajuk, Irmgard, aus Lyck, am 23. Oktober
Orlowski, Maria, geb. Barwinski, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 22. Oktober
Schulz, Werner, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 22. Oktober
Thun, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Waldhecker, Gisela, aus Lyck, am 22. Oktober
Zieziulewicz, Käte, geb. Scherotzki, aus Thomken, Kreis Lyck, am 20. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bromberg, Ursula, geb. Kiemann, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 23. Oktober
Burtscheidt, Barbara, geb. Grübler, Kirchspiel Weidenau, Kreis Elchniederung, am 21. Oktober
Florian, Erika, geb. Hoffmann, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Franke, Christel, geb. Zimmerling, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Führer, Hildegard, geb. Jortzki, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Joswig, Eitel, aus Klein Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 22. Oktober
Koldeweyh, Irmgard, geb. Loch, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Krause, Waltraut, geb. Rudatus, aus Walden, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Krüger, Renate, geb. Weylo, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Kruwinnus, Elfriede geb. Westphal aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Laskawy, Horst, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 20. Oktober
Mai, Irma, geb. Seiffert, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Meier, Elisabeth, geb. Wischniewski, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Nothnagel, Inge, geb, Kuhn, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 23. Oktober
Nowak, Konrad, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Peterson, Klaus, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Reczio, Erika, geb. Tilner, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 26. Oktober
Sallach, geb. Rogowski, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Schäpler, Brigitte, geb. Sendtko, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 25. Oktober
Schubert, Hans, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Streueck, Helmut, Kreisgruppe Bremen, am 25. Oktober
Stuckmann, Ilse, geb. Fuchs, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 20. Oktober
Tornow, Helgard, geb. Pogodda, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 25. Oktober
Wilke, Renate, geb. Dronz, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 22. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Brandt, Gerhard, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 22. Oktober
Grubert, Hannelore, geb. Wissmann, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Henning, Irmgard, geb. Nasner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Korell, Fritz, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 25. Oktober
Nadrowski, Fritz, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 26. Oktober
Samulowitz, Klaus, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 22. Oktober
Ulrich, Anneliese, geb. Jackstadt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
von Glasow, Georg, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 26. Oktober
Wennesz, Marianne, geb. Brassat, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 21. Oktober



TERMINE DER LO

2017

21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

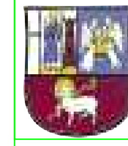
2018

17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Wandmalereien in Kirche entdeckt

Als Sensation wurde im Herbst 2003 die Entdeckung von Fresken in der Neu Kockendorfer Kirche, eins der ältesten Gotteshäuser des Landkreises Allenstein gefeiert. Die Wandmalereien wurden links von der Orgel gefunden und von Fachleuten teilweise freigelegt. Das Vorhandensein von Wandbildern in der Kirche war aber nur für die Polen eine Sensation denn bereits vor 75 Jahren schrieb Hansheinrich Trunz in einem Aufsatz mit dem Titel „Die Kirchen im Kreise" folgendes: „Die alten Kirchen besaßen auch Wandmalereien, die jedoch nirgends erhalten sind. Stellenweise kommen sie unter der abblätternden Tünche wieder hervor, wie in Neu-Kockendorf links von der Orgel am Aufgange. Jetzt sind die Wände überall verputzt und einfach geweißt." Die Angaben im Aufsatz gehen auf Nachforschungen von Trunz aus dem Jahr 1928 zurück. Er besuchte sämtliche Kirchen des Kreises und zeichnete auch davon die Grundrisse.

Im August 2017 wurden weitere Wandmalereien, die aus der Zeit um 1500 stammen, entdeckt. Unter anderem eine Darstellung des Heiligen Georg der gegen den Drachen kämpft. Dieses Fresco befindet sich zwischen dem Seiteneingang und der Sakristei. Wegen dieser Lage ist die Malerei nun dem Verfall preisgegeben sodass bald keine Sicherungsmaßnahmen durchgeführt werden. In der polnischen Presse beziehungsweise dem Internet wurde bisher über diesen Fund nicht berichtet.

Andreas Galenski

Freske freigelegt: Die Wandmalerei entstand um 1500 Bild: Galenski



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Vorstandssitzung

Einen Tag vor den Angerburger Tagen 2017, traf sich der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg am 8. September zur letzten Sitzung des Jahres am Weicheler Damm 11 in Rotenburg (Wümme). Der Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski konnte den kompletten Vorstand der Kreisgemeinschaft begrüßen. An der Sitzung nahmen auch die Ansprechpartnerin der Geschäftsstelle Ludmilla Mischok und Michael Meyer vom Landkreis Rotenburg teil. Nach der Feststellung der satzungsgemäßen Einladung und der Anwesenheit überbrachte Michael Meyer die Grüße von Landrat Hermann Luttmann.

Als nächstes galt es den Ablauf der Angerburger Tage abzustimmen, damit möglichst ein Vorstandsmitglied an den verschiedenen Veranstaltungsorten als Ansprechpartner zur Verfügung stehen konnte, und wer sonst entsprechende Aufgaben übernehmen konnte. Da wären: Transporte, Kassieren, Fotos, Berichte für die Öffentlichkeitsarbeit und andere. Ein Tagesordnungspunkt war der Angerburger Heimatbrief; denn er ist die Grundlage für die Finanzierung der Kreisgemeinschaft Angerburg. So war es bei der Gründung der Kreisgemeinschaft gedacht und so ist es auch heute. Nur ändern sich die Zeiten! Es wird immer schwieriger einen vielseitigen Heimatbrief zu gestalten. Ein gewisses Potential ist noch vorhanden, aber oft scheitert es an den Möglichkeiten der Berichterstatter, Erlebnisse weiterzugeben.

Gleich mit dem Punkt Heimatbrief wurde unsere Internetseite besprochen, die seit einigen Jahren von Michael Kukis betreut wird. Interessant war die Statistik über die monatlichen Aufrufe der Seite und welchen Ländern die sie zugeordnet werden konnten.

Der Kassenbericht der Schatzmeisterin, Brigitte Junker, ist unweigerlich ernüchternd. Der Trend, der seit zwei Jahren unaufhaltsam ist, wird ständig stärker. Es sind zwar schon einige Sparmaßnahmen getroffen worden, aber es muss auf Rücklagen zurückgegriffen werden. Dennoch steht die Kreisgemeinschaft relativ gut da und kann satzungsgemäß ihre Aufgaben erfüllen, wie zum Beispiel die humanitären Hilfen für Angerburg, die Unterstützung der Deutschen Gesellschaft Mauersee, der Schüleraustausch und anderes.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Die Heimatkreisdatei wurde über Jahrzehnte von Günther Kuhn betreut. Jetzt kann er aus gesundheitlichen Gründen diese Arbeit nicht fortführen. So stellte er auch seinen Platz im Vorstand zur Verfügung. Die Versanddatei wird weiterhin von Frauke Rosin betreut und um den Versand der Glückwünsche kümmert sich Uschi Grisar.

Ludmilla Mischok berichtete dem Vorstand über die Arbeit in der Geschäftsstelle und im Archiv. Zu erfahren war, welche Anfragen an die Geschäftsstelle gerichtet werden und das deren Beantwortung oft viel Zeit in Anspruch nimmt. Unterstützt wurde sie bei ihrer Arbeit von Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski, der im Jahr 38 Wochen (meistens Mittwoch) in der Geschäftsstelle als Ansprechpartner für Anrufer und Arbeiten im Archiv zur Verfügung stand.

Es ging auch um die Vorbereitung der 60. heimatpolitischen Tagung am 17. und 18. Februar 2018 in Rotenburg. Es war erfreulich zu hören, dass die Zusagen der Referenten für die Tagung schon vorlagen. Wie uns mitgeteilt wurde, plant unser Patenschaftsträger, der Landkreis Rotenburg, zu diesem Jubiläum am 17. Februar einen Sektempfang zu geben.

Des Weiteren wurden die Aktivitäten in und für Angerburg besprochen. Dazu gehörte auch die Aktion des „Vereins Tschernobylhilfe in Rotenburg", der jährlich nach Angerburg und Rastenburg Hilfsgüter unter anderem an Krankenhäuser, Seniorenheime, Sozialstationen liefert. Alles ist nur mit viel ehrenamtlicher Arbeit möglich.

Ein Tagesordnungspunkt drehte sich um die 1. Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Angerburg am 9. September und deren Ablauf. Nach der Satzungsänderung, gültig ab dem 1. Oktober 2016 (siehe AHB 157, Seite 6) findet keine Delegiertenversammlung mehr statt, sondern eine Mitgliederversammlung, die nach wie vor Kreistag genannt wird. Anregungen, Anfragen und Mitteilungen wurden ebenfalls diskutiert; denn so sollte es schließlich sein in einem Gremium. *Susanne Hagen*



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Heimattreffen

Zu dem vorweihnachtlichen 50. Gesamtdeutschen Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen laden wir alle Landsleute und daran interessierte Teilnehmer herzlich in das an der B 191 gelegene Landhotel in Spornitz, nahe Parchim, ein.

Es wird Wissenswertes über das weihnachtliche Ostpreußen zu hören sein. Ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die alte Heimat sind vorgesehen und werden die Vergangenheit zur Gegenwart werden lassen, sodass der Landsmann und auch der Nichtostpreuße hiervon beeindruckt sein und gerne zu Nachfolgetreffen kommen werden.

Das Hotel kann entweder mit dem PKW über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden.

Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden.

Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze. Es bietet dem Weitgereisten eine Unterkunft an.

Eine Übernachtung sollte aber rechtzeig mit Frau Thiedt unter der Telefonnummer (038726) 880 vereinbart werden.

Auskunft erteilt Friedrich-Eberhard Hahn, John- Brinkman-Str. 14 b, 19370 Parchim, Telefon und Fax (03871) 226238, E-Mail: friedelhahn@arcor.de.



HEYDEKRUG

Kreisvertreter: Gerhard Schikschnus, Hinnenberg 23, 44329 Dortmund, Telefon (0231) 291568, Mobil: 0162-3402064, E-Mail: g.schikschnus@web.de

Treffen der Coadjuthen-Gruppe

Zum 2. Mal durfte sich die Coadjuthen-Gruppe im Hotel „Amadeus", Isernhagen, verwöhnen lassen. Die ersten Gäste reisten bereits am Freitag an, um miteinander ins Gespräch zu kommen und sich schon auf das gemeinsame Wochenende einzustimmen.

Wie gewohnt startete das Treffen offiziell am Samstag mit der Begrüßung der Gäste. Es fanden wieder einige neue Interessierte den Weg zu unserem Treffen. Darunter eine Litauerin, die Forschungen zum Flüchtlings-Thema betreibt und hier viele aufschlussreiche Gespräche mit Betroffenen führen konnte. Gedacht wurde auch einiger Jubilare anlässlich des 80. beziehungsweise 90. Geburtstages mit guten Wünschen für den weiteren Lebensweg.

Nachdem bereits das Treffen vor einem Jahr durch den unerwarteten Tod des bisherigen Leiters, Günter Uschtrin, überschattet wurde, konnten leider auch in diesem Jahr wieder einige Heimatfreunde aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Zusammenkunft teilnehmen. Deshalb freuen wir uns sehr, dass trotzdem um die 30 Gäste anwesend waren. Zwei davon waren schon 1997 – vor nunmehr 20 Jahren – dabei!

Besonders bedauerten wir, auf die Anwesenheit von Josef und Ruth Schöntag – die „gute Seele" der Coadjuthen-Gruppe – verzichten zu müssen. Es wäre das 20. Treffen gewesen, an dem sie gern persönlich teilgenommen hätten, aber krankheitsbedingt absagen mussten. Wir dürfen aber gewiss sein, dass sie an allen Tagen in Gedanken bei uns waren!

Ihr Sohn verlas das Grußschreiben seiner Mutter, in dem sie sich für die gemeinsame Zeit bei allen bedankte. Sehr gern möchten wir ihre Grüße erwidern und den Beiden von Herzen für ihren umsichtigen und fürsorglichen Einsatz in der Heimatgruppe danken. Dazu lag ein Gruß bereit, auf dem alle Teilnehmer des Treffens unterschreiben konnten.

An dieser Stelle wünschen wir allen erkrankten Heimatfreunden gute Genesung und eine baldige Besserung des derzeitigen Befindens. Im weiteren Verlauf berichtete Friedhelm Karpowitz über seine Reise mit seiner Frau Helga in die Heimat im Juni. Mit Sorge und Herzklopfen, wie er sagte, wurde die von Sabine Hummerich besorgte Vitrine (für die Bewahrung der beiden Gesangbücher aus dem Nachlass der Vorfahren von Herrn Manfred Hofer) nach Coadjuthen transportiert. Erst nachdem alles wohlbehalten übergeben war, konnte für ihn der Urlaub richtig beginnen. Der jetzt in Coadjuthen amtierende Pfarrer, Miliauskas, ist sehr aktiv und hat viele Pläne. Beispielsweise möchte er die Kirche außen mit Hilfe von Bodenstrahlern beleuchten; besonders auch um „dunkle Gestalten" von ihrem Tun abzuhalten.

Von einem Besuch bei Walter Wallenschuß in der Moorkolonie „Bismarck" wurde ebenfalls berichtet. Danach schilderten uns mehrere Heimatfreunde von ihren schweren Erlebnissen aus ihrer Kindheit; auch ein sogenanntes „Wolfskind". Diese Menschen haben jetzt wohl Anspruch auf eine kleine Entschädigung, aber aus Unkenntnis oder Scheu vor den zu bewältigenden Formalitäten verzichten sie oft darauf. Sie wissen meist nicht, wo sie dabei Hilfe bekommen könnten. Es ist wichtig, dass die junge Generation Kenntnis von den Erlebnissen ihrer Vorfahren erhält. Zeitzeugen gibt es nur noch sehr wenige.

Nach dem Gehörten bestand gelegenheit für persönliche Gespräche. Der lebhafte Gedankenaustausch wurde teils bis zum späten Abend, fortgesetzt. Am Sonntag trafen sich die noch anwesenden Gäste zum gemeinsamen Frühstück um im Anschluss mit dem Lied „Land der dunklen Wälder" das informatives Zusammensein enden zu lassen. Alle hoffen nun auf ein gesundes Wiedersehen im nächsten Jahr. *Gerda Herrenberger*



Heydekrug: Die Coadjuther-Gruppe in Altwarmbüchen Bild: privat



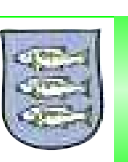
INSTERBURG – STADT UND LAND

Vors,: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land, Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Osnabrück – Sonnabend, 21. Oktober, 14 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu", Blumenhaller Weg 43: Treffen der „Insterburger Teutonen".

Hamburg – Mittwoch, 1. November, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125: Treffen. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



LÖTZEN

Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Kreistagssitzung

Neumünster – Sonnabend, 21. Oktober, ab 10 Uhr, Lötzener Hei-

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Noch Plätze frei

Kulturhistorisches Seminar

Vom 5. bis 8. November veranstaltet die Landsmannschaft Ostpreußen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt ein Kulturhistorisches Seminar. Unter dem Thema „Ostpreußen und die Reformation – Martin Luther und seine Zeit" werden unter anderem Vorträge über Luther und den Beginn der Reformation, die Einführung der Reformation im Preußenland durch Albrecht von Brandenburg, den Deutschen Bauernkrieg und das heutige evangelisch-lutherische Gemeindeleben im Königsberger Gebiet angeboten. Die Übernachtung im Zweibettzimmer mit Dusche, WC und Vollverpflegung kostet 150,00 EUR. Einzelzimmer sind gegen Zuschlag erhältlich.

Die Anmeldeunterlagen können bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Frau Hanna Frahm, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826; Fax (040) 41400819, E-Mail: frahm@Ostpreussen.de angefordert werden.

Bier und Brauereien in Ostpreußen

Die Ausstellung „500 Jahre Reinheitsgebot" eröffnet in Allenstein

Allenstein – In den Räumen der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) im Haus Kopernikus hat das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen die Ausstellung „500 Jahre Reinheitsgebot – Bier und Brauereien in Ostpreußen damals und heute" eröffnet. Die zahlreichen Gäste konnten bei der Vernissage regionale Bierspezialitäten verkosten.

Dazu begrüßte die Vorsitzende der AGDM, Krystyna Płocharska, den Direktor des Kulturzentrums Ellingen, Wolfgang Freyberg, der für die zweisprachige Ausstellung verantwortlich zeichnet. Sie freue sich, dass die Wanderausstellung erstmals in Ostpreußen, in Allenstein, gezeigt werde. Anwesend war zudem Domherr André Schmeier, der römisch-katholische Seelsorger der deutschen Volksgruppe in der Archidiözese Ermland, für die deutsch-polnische Übersetzung sorgte Deutschlehrer Dawid Kazanski.



Wolfgang Freyberg erläutert den Ortelsburger Doppelbock Bild: Manfred Fritsche

Wolfgang Freyberg ging in seiner Einführung auf die Schwierigkeiten ein, Belege zu finden, mit denen sich eine Alltagsgeschichte wie „Bier" historisch darstellen lasse. Allerdings sei es erstaunlich, welche Gegenstände gesammelt werden und mit welcher Freude diese Sammler dann ein derartiges Unternehmen unterstützen würden. So konnte zu den teilweise bis zu 100 Jahre alten Fotodokumenten aus Archivbeständen des Kulturzentrums eine große Anzahl von Bierdeckeln, Brauereiaktien, Flaschenverschlüsse und Werbung für Bier aller Art in der Schautafeln eingearbeitet werden. Vor allem bei Flaschenetiketten aus der Zeit vor 1945 handelt es sich um hochwertige grafische Werke, die sich bis in die Gegenwart weiterentwikkelt haben, so Wolfgang Freyberg.

In Ostpreußen hat das Braugewerbe eine lange Tradition. Seit dem Mittelalter stand das Bierbrauen im Preußenland in hoher Blüte, welches sich mit der Entstehung der Städte entwickelte. Auf den 32 mehrfarbig gestalteten Tafeln mit Beschriftung in deutscher und polnischer Sprache ist die Geschichte der wichtigsten Braustätten sowie die Entwicklung der früheren Hausbrauereien mit den am Grundstück verankerten Braurechten mit zahlreichen historischen Fotos und Ansichtskarten beschrieben.

Gerade in Königsberg musste man ein entsprechendes Grundstück besitzen, um Bier herstellen zu können. Um 1750 gab es dort 253 derartige Grundstücke, 1781 existierten 224 Brauhäuser, die bis 1855 auf 30 zusammenschmolzen. Beschrieben sind die Brauereien Ponarth, Schönbusch und Ostmark, ferner Wickbold und Hufen.

Aber nicht nur auf die Hauptstadt Ostpreußens konzentrierte sich das Brauwesen: Kinderhof in Gerdauen, Bürgerliches Brauhaus in Insterburg, Vereinigte Brauereien Gumbinnen, Memeler und Tilsiter Actien-Brauerei sowie weitere Betriebe in Heiligenbeil, Labiau, Fischhausen, Palmnicken, Eydtkuhnen, Frauenburg, Heilsberg und Osterode hatten zumindest einen Bierhersteller.

Ein weiteres Kapitel ist der „Bierstadt" Elbing gewidmet, die im 14. Jahrhundert 150 Braustätten zählte. Dort wird die Geschichte der „Brauerei Englisch Brunnen", wohl einer der bekanntesten Betriebe dieser Sparte, ausführlich erläutert. Die Bergschlösschen-Brauerei in Braunsberg und die Waldschlösschen-Brauerei in Allenstein runden das Thema ab.

Viele dieser Braustätten sind in den Kriegswirren verschwunden, aber einige von ihnen existieren noch in den alten Mauern. Švyturys-Utenos alus ist die ehemalige Memeler Aktien-Brauerei. Sie ist die größte Brauerei Litauens und hat mit „Memelbräu" sogar ein Traditionsbier im Angebot. Die ehemalige Ostmark-Brauerei in Königsberg, die der Heineken-Gruppe aus den Niederlanden gehört, braut Bier mit dem Namen „Königsberg" und auch in Elbing ist die der gleichen Unternehmensgruppe angehörige Elbrewery aktiv. *Manfred E. Fritsche*

In der zur Ausstellung erschienenen Begleitbroschüre wurden die vielen Sammlerstücke in einer Neuauflage berücksichtigt. Die Publikation kann beim Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440 oder info@kulturzentrum-ostpreussen.de für acht Euro plus Porto/Verpackung erworben werden.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

matmuseum, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung): „Von Nordfriesland bis Nidden – Küstenbilder von Axel Jezewski und aus privater Sammlung“. Diese Ausstellung ist zu besichtigen. Um 15.30 Uhr beginnt die Veranstaltung mit Angelika Rischer, der Märchenerzählerin aus Hamburg. Sie hat ganz speziell für die Lötzener Einrichtung wieder ein besonderes Programm erarbeitet. Unter dem Titel „Erzähl mir nuscht vom Storch sine Hinterbeene“ erzählt sie Storchenmärchen aus Pommern, Ostpreußen und von anderswo. Ein Märchennachmittag nicht nur für Erwachsene! Eintritt – wie immer –frei.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

9. Lycker-Treffen in Bremen

Donnerstag, 9. November, 13 bis 18 Uhr, Best Western „Hotel zur Post“, Bahnhofsplatz 11, **28195 Bremen:** 9. Treffen der in Bremen und „umzu“ wohnenden ehemaligen Lycker Landsleute, deren Nachkommen, beziehungsweise deren Freunde. Da dem Hotel vorher die genaue Teilnehmerzahl verbindlich mitgeteilt werden muss, bitte bis spätestens bis zum 10. Oktober telefonische Mitteilung, ob eine Teilnahme erfolgt oder nicht.

Das Treffen beginnt auch in diesem Jahr bereits um 13 Uhr, da mehrere Landsleute die Zeit für persönliche Gespräche bei den bisherigen Veranstaltungen als zu kurz empfanden. Der offizielle Teil mit der Begrüßung beginnt um 14 Uhr. So hat jeder, der möchte, schon vor dem offiziellen Beginn eine Stunde Zeit, um mit Landsleuten ins Gespräch zu kommen.

Nach der Begrüßung und einigen Vorträgen findet, wie auch bei den vorhergehenden Treffen, gegen 15.30 Uhr das Kaffeetrinken statt. Ein Stück Torte und Kaffee oder Tee kosten 6,90 Euro. Dafür brauchen wir dann auch keine Saalmiete zu zahlen. Weitere Getränke können geordert werden. Jeder Teilnehmer ist Selbstzahler.

Das „Hotel zur Post“ liegt rechts, schräg gegenüber vom Hauptausgang des Bremer Hauptbahnhofes. Wer jemanden mit dem Auto zum Hotel bringen muss, fährt zum Aussteigen bis zum Eingang vor. Gegebenenfalls kann man sich bei der Rezeption auch erkundigen, ob in der Hotelgarage neben dem Hotel gegen Entgelt ein Parkplatz frei ist. Parkplätze befinden sich auch in der Hochgarage am Hillmannplatz, auf der Bürgerweide und am ehemaligen Güterbahnhof.

Das diesjährige Treffen soll uns weiter miteinander bekannt machen und den Zusammenhalt der ehemaligen Lycker Landsleute (und gern auch deren Nachkommen) fördern. Es soll nicht als Ersatz zum Kreistreffen in Hagen gelten. Zahlreiches Erscheinen in Hagen ist dringend erforderlich, denn dort findet weiterhin das jährliche Haupttreffen statt.

Vom Vorstand wird Heidi Mader, unter anderem Kassenwartin unserer Kreisgemeinschaft und Sprecherin der „Mittleren Generation“, über die vielfältigen Aktivitäten der Mittleren Generation berichten. Michael Mader wird wieder einen Büchertisch aufbauen, wo man vielleicht auch schon ein kleines Weihnachtsgeschenk erwerben kann. Auch über die nächste Busreise unserer Kreisgemeinschaft nach Lyck, im Juni 2018, unter der Leitung von Bärbel Wiesensee werden Sie etwas erfahren.

Unser diesjähriges Treffen soll wieder eine harmonische Zusammenkunft sein. Wichtig ist, dass Sie, liebe Landsleute, untereinander Gespräche führen können. Gern können auch Sie etwas Interessantes oder Heiteres für alle Anwesenden vortragen.

Wilhelm Norra, Telefon (0421) 820651.



MEMEL-STADT MEMEL-LAND

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesnheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: 0174-9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. Gst. Für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim.

Jubiläumsfeier

Memel – Donnerstag, 26. Oktober: Jubiläumsfeier zum 25-jährigen Bestehen des Hermann-Sudermann-Gymnasiums.

Treffen der Memelländer

Wismar – Freitag, 27. Oktober, 14 Uhr, Restaurant Gleisbett, Bahnhofstraße 12 A: Treffen der Memelländer.



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Hauptkreistreffen, Teil II der Rede

Kreisvertreter Burghard Gieseler hielt zur Feierstunde des Hauptkreistreffens in Osterode am Harz am 17. September eine Begrüßungsrede. Hier nun der zweite und letzte Teil:

Darüber hinaus ist aber für eine vertiefte Völkerverständigung auch der richtige Umgang mit der gemeinsamen Geschichte zwingend erforderlich. Das gilt besonders für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen.

Geschichte ist die gewordene Gegenwart. Ihre Kenntnis ist die Voraussetzung für die Gestaltung der Zukunft. Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft kann man durchaus an ihrem Umgang mit der Geschichte festmachen. Doch wie geht man mit der Geschichte um, damit diese ihre friedensstiftende Wirkung für die Völker entfaltet?

Zunächst ist natürlich die Kenntnis der Geschichte notwendig. Erlauben Sie mir an dieser Stelle den Hinweis, dass der Stellenwert des Schulfaches ‘Geschichte’ in unserem Land zweifellos zu niedrig ist. Doch Geschichtskenntnisse allein reichen nicht. Ich behaupte sogar, dass der falsche Umgang mit der Geschichte, nicht nur nicht friedensstiftend wirkt, sondern im Gegenteil zu innerem und äußerem Unfrieden führt.

Diese Aussage belege ich mit folgendem Beispiel: Nach dem Ersten Weltkrieg definierten sich die Deutschen einseitig als Opfer und aus der Geschichte griffen sie das heraus, was sie in ihrer Opferrolle bestätigte. Wohin die historische Entwicklung dann weiter geführt hat, ist bekannt... Friedensstiftend war dieser Umgang mit der Geschichte jedenfalls nicht.

Im Grunde ist jeder selektive Umgang mit der Geschichte, der darauf hinausläuft, dass man nur das zur Kenntnis nehmen will, was ohnehin der eigenen Einstellung entspricht, nicht friedensstiftend. Nur wenn wir bereit sind, uns für die ganze Geschichte zu öffnen, sehen wir das Leid auf allen Seiten, empfinden wir Empathie für alle Menschen – unabhängig von ihrer Nationalität. Nur dann entfaltet der Umgang mit der Geschichte seine friedensstiftende Wirkung.

Genau diesen Ansatz legt Freya Klier ihrem Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens“ zugrunde. Mit derselben schonungslosen Offenheit, mit der sie den letzten Massenmord an den europäischen Juden am Strand von Palmnicken beschreibt, schildert sie das Schicksal von sieben ostpreußischen Kindern, die – von der Front überrollt und getrennt von ihren Eltern – im besetzten Ostpreußen um ihr nacktes Überleben kämpfen. Gleichermaßen spricht die Autorin das an, was Deutsche anderen angetan haben, und das, was Deutschen von anderen angetan wurde. Wer nur das eine oder das andere zur Kenntnis nehmen will, sollte dieses Buch besser nicht lesen. Wer aber bereit ist, sich vorbehaltlos für die ganze Geschichte zu öffnen, dem empfehle ich dieses Buch dringend. Im Mittelpunkt stehen, wie gesagt, sieben ostpreußische Kinder, die in den Jahren 1945 bis 1948 – zumeist auf sich selbst gestellt und stets der Willkür der Sieger ausgeliefert – jeden Tag aufs Neue den Kampf gegen Hunger und Kälte aufnehmen. Das Buch ist in einem drehbuchartigen Stil geschrieben, die imaginäre Kamera schwenkt beständig von einem Kind zum anderen und man denkt zunächst: „Die halte ich ja nie auseinander.“ Aber schon nach kurzer Zeit kennt man die einzelnen Kinder gut und sie wachsen einem ans Herz. Dies dürfte vor allem daran liegen, dass die Autorin die damaligen Kinder ihre Erinnerungen selbst erzählen lässt. Freya Klier gibt, wo es nötig ist, Hintergrundinformationen, erläutert Zusammenhänge, leitet über. Erstaunlicherweise schildern die sieben damaligen Kinder ihre Erlebnisse ohne Verbitterung und ohne Hass. Selbst als Karla Browarzyck, die sich in den Trümmern von Königsberg vor Hunger die Haut von den Lippen saugt, erzählt, wie sie als Achtjährige von einem russischen Offizier vergewaltigt wurde, geschieht dies ohne Hass und Verbitterung, aber mit einer tiefen Traurigkeit.

Alle sieben Kinder haben diese schwere Zeit überlebt und sind an dem unendlichen Leid nicht zerbrochen. Sie erzählen ihren Lebensweg bis in die Gegenwart hinein. Sie sind ihren beruflichen Weg zum Teil sehr erfolgreich gegangen. Zwei von ihnen wurden sogar bedeutende Musiker. Doch die schweren seelischen Wunden aus der Vergangenheit sind geblieben und schmerzen bis zum heutigen Tag. Karla Browarzyck aber verstarb im Frühjahr 2014.

Dieses Buch rechnet nicht auf, klagt nicht an. Es erzählt – oder es lässt erzählen – die Erinnerungen einer vergessenen Generation.

Viele hier im Saal, die Ähnliches erlebt haben wie „Ihre“ sieben Kinder, liebe Frau Klier, sind Ihnen unendlich dankbar, dass Sie mit Ihrem Buch dazu beitragen, das grausame Schicksal der ostpreußischen Kriegskinder dem Vergessen zu entreißen. Wir alle sind Ihnen dafür dankbar!

Sehr verehrte Anwesende, abschließend möchte ich Ihnen von einem Projekt berichten, dem ebenfalls der Gedanke zugrunde liegt, dass nur der vorbehaltlose Zugang zu der ganzen Geschichte friedensstiftend wirkt.

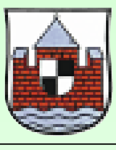
Im Jahr 2005 hat unsere Kreisgemeinschaft eine Dokumentation über Flucht und Vertreibung aus dem Kreis Osterode Ostpreußen herausgegeben, in der Zeitzeugen über ihre Erlebnisse aus dem Frühjahr 1945 und den Jahren danach berichten. Auch wenn das Interesse an dem Thema ‘Flucht und Vertreibung’ zweifellos in den letzten Jahren zugenommen hat, so ist das, was damals geschehen ist, sicherlich nur wenigen bekannt. Dies gilt umso mehr für die heutigen Einwohner Osterodes, die bislang keine Möglichkeit hatten, sich über die damaligen Ereignisse zu informieren. Kaum jemand weiß dort, welch eine Hölle am 21. Januar 1945 über seine Stadt hereingebrochen ist. Deshalb hat die Kreisgemeinschaft beschlossen, ihre Dokumentation in einer zweisprachigen Ausgabe auf Deutsch und Polnisch herauszugeben. Wir sind sehr froh darüber, dass es uns gelungen ist, den renommierten polnischen Historiker Dr. Leszek Chaburski für die Redaktion, die wir für dieses Buchprojekt zusammengestellt haben, zu gewinnen.

Auch dieses Buch soll nicht aufrechnen, soll nicht anklagen. Im Gegenteil. Denn jeder – ob Pole oder Deutscher –, der die erschütternden Erlebnisberichte vorbehaltlos liest, kann nur zu einer Schlussfolgerung kommen: So etwas darf nie wieder geschehen. Nie wieder Flucht und Vertreibung! Nie wieder Krieg!

Tilsit: Beim Bürgermeister

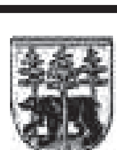


Freundschaftliche Begegnung: Stadtvertretungsmitglied Franz Stenzel und Nikolaj Voischev Bild: privat



Franz Stenzel, Mitglied der Tilsiter Stadtvertretung, wurde von Oberbürgermeister Nikolaj Voischev zu einem Freundschaftsbesuch empfangen. Stenzel berichtete über humanitäre Hilfe für Tilsiter Einrichtungen, das Sanatorium, das Kinderheim und die Internatsschule, die er im Rahmen der „Freunde für Rußland“ organisiert hat. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen der weiteren humanitären Zusammenarbeit. Nikolaj Voischev überreichte Franz Stenzel zum Abschluss einen Bildband „Tilsitskie Domninanty“.





Die Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Rheinland-Pfalz nimmt Abschied von ihrem Vorstandsmitglied.

Kurt Windt

1. Juni 1931 Rastenburg – 3. Oktober 2017 Altenkirchen

Landsmann Kurt Windt hat sich über Jahrzehnte für seine Landsleute, für Ostpreußen und sein kulturelles Erbe eingesetzt. Wir sind ihm von Herzen dankbar. Er hat sich um Ostpreußen verdient gemacht. Möge er fern der Heimat in Frieden ruhen.

In stiller Trauer

Dr. Wolfgang Thüne
Landesvorsitzender

„Die Elsässer“ Filmvorführung in Elmshorn

Am 30. Oktober zeigt der Filmclub des Elmshorner Veranstaltungszentrums „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ die ersten beiden Teile des vierteiligen Episodenfilms „Die Elsässer“. Beginn ist 15 Uhr. Es gibt Kaffee und Kuchen. Der Termin für die Vorführung der zwei weiteren Teile wird noch bekannt gegeben.

Nähere Informationen und Tickets sind zu erhalten beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

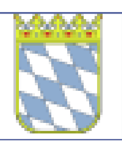
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – 25. Oktober, 18 Uhr, Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36: 142. Preußische Tafelrunde. Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert Helga Preußner über „Katharina von Bora – die Lutherin“. Für das Abendessen sind 20 Euro zu überweisen an: LM Ostpreußen, Landesgruppe, IBAN: DE39 6425 1060 0000 1332 21, BIC: SOLADES1FDS. Anmeldungen bitte an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093 oder E-Mail: uta.luettich@web.de.

Ludwigsburg – Dienstag, 24. Oktober, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Stammtisch.

Stuttgart – Mittwoch, 22. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92: Treffen der Frauengruppe. Helga Preußler aus Stuttgart spricht über das Thema: „Katharina von Bora – die Lutherin“. Die Referentin ist Historikerin und in Arnswalde/Neumark geboren. Sie ist durch ihre Vorträge zu „historischen Frauengestalten“ bekannt geworden. Die junge sächsische Adlige Katharina von Bora floh im Jahr 1523 mit elf Gefährtinnen aus dem Kloster Marienthron in Nimbschen bei Grimma nach Wittenberg. 1525 heiraten Katharina von Bora und Martin Luther. Tatkräftig nimmt von Bora das Anwesen und die Finanzen in ihre Regie. Sie stirbt am 20. Dezember 1552 in Torgau.

Informationen erteilt Uta Lüttich, Telefon (0711) 854093.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ellingen – Sonnabend, 28. Oktober, 9.30 bis 17.30 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloss: 2. Landeskulturtagung. Das Tagungsprogramm:

9.30 Uhr: Eröffnung der Tagung durch Jürgen Danowski, Landeskulturreferent, Ansbach,

9.45 Uhr: „Martin Luther und die Reformation in Preußen“, Pfarrer Klaus Plorin, Rückersdorf,

– Kaffeepause –

11 Uhr: „Agnes Miegel – neu entdeckt“, Dr. Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft, Augsburg,

– Tagungspause, Möglichkeit zum Mittagessen –

14 Uhr: Gemeinsames Singen Ost- und westpreußische Volkslieder, Rüdiger Stolle, Stellvertretender Landesvorsitzender, Eggolsheim,

14.30 Uhr: „Käthe Kollwitz: Ich will wirken in dieser Zeit“, Klaus Weigelt, Vorsitzender Stadtgemeinschaft Königsberg,

– Kaffeepause –

16 Uhr: Konzert: „Ostdeutsche Volks- und Heimatlieder“ Vortrag und Gesang: Isabelle Kusari, Mezzosopran, Meerbusch Begleitung am Piano: Jun Zhao,

Tagungsende gegen 17.30 Uhr.

Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Wie üblich wird Kaffee, Kuchen und Herzhaftes in den Pausen gereicht; dafür tragen Sie Ihre Fahrtkosten bitte selbst. Ein gutes und preiswertes Mittagessen wird im „Schlossbräustübl“ gegenüber dem Schloss angeboten. Wir haben die Freude eine starke Abordnung von Landsleuten aus dem südlichen, polnischen Ostpreußen begrüßen zu können, die auf Einladung unserer Landesgruppe für einige Tage in Bayern weilt. Versäumen Sie nicht die Gelegenheit, unsere Landsleute aus der Heimat persönlich kennenzulernen und sich mit ihnen auszutauschen.

Da mit einem großen Zuspruch für unsere 2. Landeskulturtagung 2017 gerechnet werden darf, bitten wir Sie um Ihre rasche Anmeldung bis spätestens 21. Oktober. Bitte beachten Sie, dass nur rechtzeitig angemeldete Teilnehmer freien Eintritt in das Kulturzentrum Ostpreußen, Schloss Ellingen, haben. *Jürgen Danowski, Landeskulturreferent*

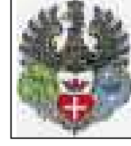
Landshut – Donnerstag, 2. November: Gedenken der verstorbenen Landsleute mit Gräberbesuch in den Achdorfer-, Nord- und Hauptfriedhöfen, anschließend Treffen im Café „Himmel“.

Nürnberg – Dienstag, 24. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Gegenüber der U1-Haltestelle): Treffen unter dem Motto „Wir feiern das Erntedankfest“.

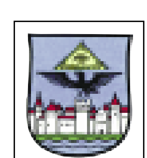


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



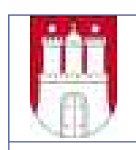
Königsberg – Freitag, 20. Oktober, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10: Erntedankfest mit Tombola. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 21. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee, 102, Anfragen beantwortet Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Frauengruppe – Mittwoch, 8. November, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstr. 116-117, 10963 Berlin: Totenehrung. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

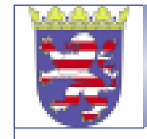


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Donnerstag, 26. Oktober, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Gruppenleitertreffen mit anschließender Kulturreferatssitzung.

Frauengruppe – Freitag, 27. Oktober, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1, Bergedorf: Kaffeetafel mit Luthertorte.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wetzlar – Die preußische Ostbahn galt als einer der bedeutendsten Teile der Preußischen Staatseisenbahnen. Ab März 1880 umfasste sie ein Streckennetz von insgesamt 2210 Kilometer. Darauf wies Roland Virnich in einem historischen Vortrag vor der Kreisgruppe Wetzlar der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Wetzlar hin. Zu dem gut besuchten Abend konnte der Vorsitzende Kuno Kutz auch Ulrich Bonk begrüßen, den Vorsitzenden der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Hessen und Bundesvorsitzenden der Westpreußen.

Die Ostbahn, so Virnich, verband die östlichen preußischen Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen, Westpreußen und Ostpreußen mit Berlin. Begonnen hatten die Planungen zum Ausbau 40 Jahre früher. Die preußische Armee wollte aus strategischen Gründen eine Eisenbahnverbindung bis zur russischen Grenze. Aber auch wirtschaftlich hatte die Strecke Bedeutung. Die Ostbahn führte zur Erschließung der strukturschwachen pommerschen und ostpreußischen Gebiete. 1845 nahm König Friedrich Wilhelm IV. die Vorarbeiten in die Hand, da es kaum private Interessenten gab. Allerdings verweigerten die Landtagsabgeordneten dem König die Zustimmung zur Kreditaufnahme, so dass der Bau gleich wieder eingestellt werden musste. Erst die Märzrevolution 1848/1849 und die Berufung des Bankiers August Freiherr von der Heydt zum preußischen Handelsminister, zuständig auch für die Eisenbahnen, brachten Bewegung in die Sache.

Bei Baubeginn stand bereits die 1848 fertiggestellte Strecke Stargard–Posen der privaten Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft. Von Königsberg aus wurde ab 1860 die Strecke nach Insterburg über Gumbinnen, Trakehnen und Stallupönen und weiter über Eydtkuhnen zur Reichsgrenze gebaut. An der gegenüberliegenden Grenzstation Wirballen erfolgte das Umsteigen und Umladen, später für durchgehende Züge die Spurweitenumstellung der Wagen auf der Breitspurgleise der Russischen Eisenbahn.

Das Güterverkehrsaufkommen überstieg die prognostizierten Mengen um ein Vielfaches. Hauptsächlich waren es landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Vieh, Getreide und Gemüse. Die häufig niedrigen Wasserstände der Flüsse Oder, Weichsel oder Warthe oder deren Einfrieren in den Wintermonaten sorgten für eine regelmäßige Belebung des Güterverkehres der Ostbahn.

Die Ostbahn wurde selbst zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor. Bedeutsam war für die damalige Zeit mit der herrschenden Wirtschaftskrise, dass mit dem Bau der Ostbahn in großem Umfang Arbeitsplätze geschaffen wurden. So waren im Juni 1851 auf dem Höhepunkt der Entwicklung 12 000 Arbeiter beim Streckenbau beschäftigt. 1880 umfasste ihr Fahrzeugbestand unter anderem 265 Personen- und Schnellzugloks, 320 Güterzugloks sowie 93 Tenderlokomotiven.

Durch den Bedarf der Ostbahn etablierte sich eine einheimische Eisenbahnindustrie. Verkehrsmäßig war die Hauptstrecke der Ostbahn seinerzeit eine der wichtigsten Eisenbahnwege Europas und eine der Hauptachsen des Ost-West-Verkehrs. Durch den Ausbau mit Hauptbahnen und Nebenbahnen wuchs das Netz bis 1895 auf 4833 Streckenkilometer. Am 22. Januar 1945 fuhr der letzte Zug von Königsberg nach Berlin, danach gab es bis heute keinen durchgehenden Eisenbahnverkehr mehr auf dieser Strecke.

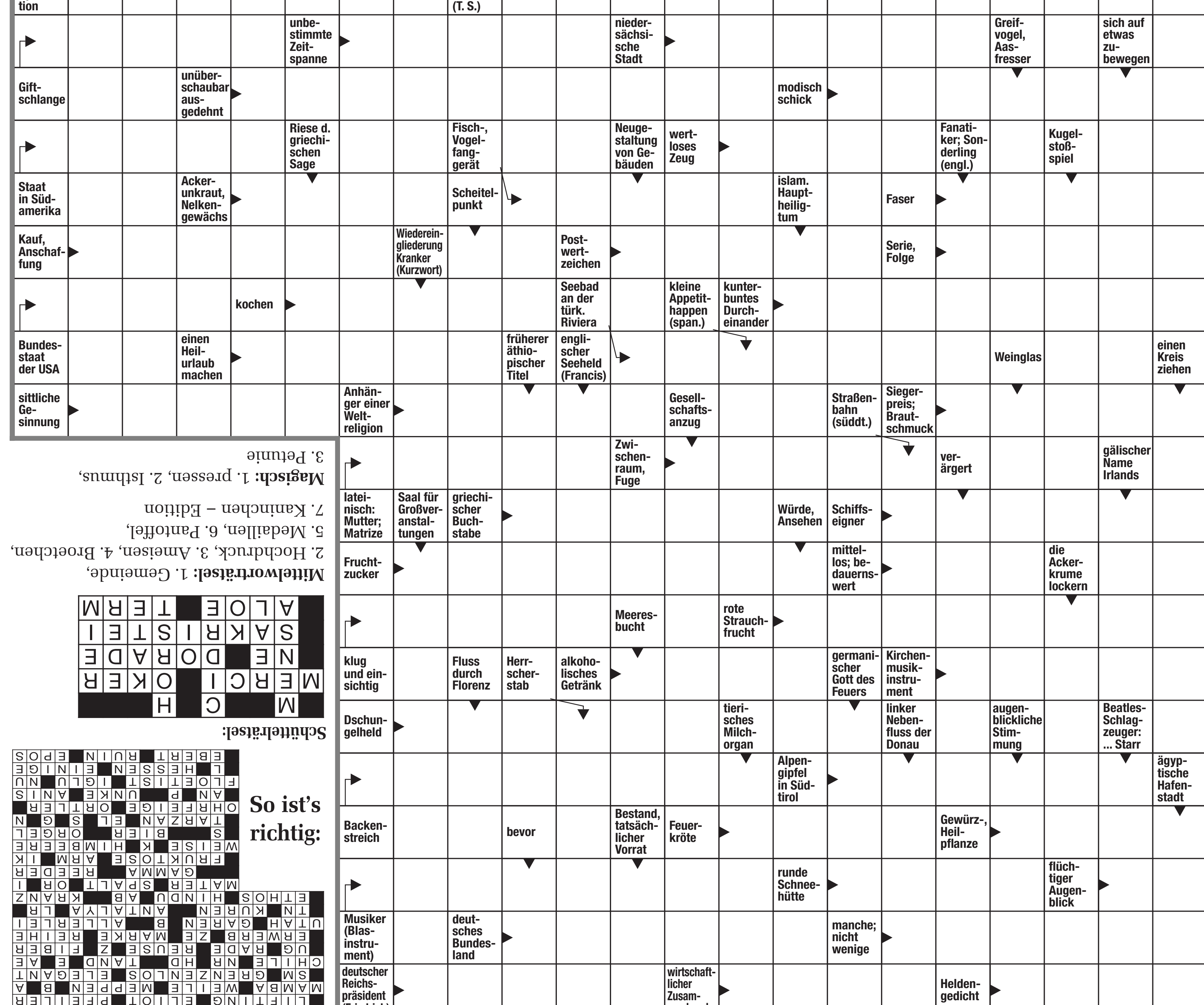


MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 21. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt): großes Herbsttreffen der Ostpreußen. Themen sind Erntedank auf Ostpreußisch und das 22. Landestreffen in Schwerin. Festlich umrahmt wird der Tag von den Jagdhornbläsern Ueckter-Randow. Aus Königsberg kommt das Folklore-Ensemble „Russisches Lied“. Ehrengast ist die Erste Vize-Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Beate Schlupp. Zugleich mit dem Herbsttreffen startet am 21. Oktober die Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen 2017“. Wie jedes Jahr zum 2. Advent geht von

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Schüttelrätsel

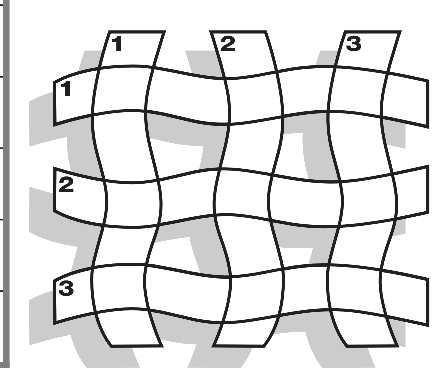
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEMNS – AELR – CDEIR – HORST – AEKT – DEER – EIMR – EKOR – CEIMR – ADDE OR – AEIIK RSST – AELO – EMRT

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für eine Buch-, Werkausgabe.

1	SAMT		RAT
2	BLUT		GEBIET
3	WALD		STAAT
4	MOHN		KORB
5	GOLD		REGEN
6	FILZ		HELD
7	WILD		STALL



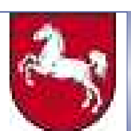
Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 drücken
2 Landenge
3 Zier-, Balkonpflanze

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Anklam aus ein Hilfstransport zu den deutschen Vereinen im Memelland, das heute zu Litauen gehört. Päckchen im Wert von 10 bis 15 Euro können im Volkshaus abgeben werden. Bitte keine leicht verderblichen Lebensmittel einpacken.



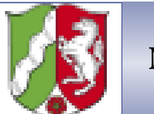
NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 8. November, 15. Uhr, Stadthotel Eversten: Gemeinsames Treffen mit einem Vortrag zum Thema „Wie die Reformation nach Preußen kam" von Dr. Gisela Borchers mit Bildern und Texten.

Osnabrück – Freitag, 20. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu", Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Braunschweig – Mittwoch, 25. Oktober, 15 Uhr, Eingang Sozialverband, Jasperallee 42: Treffen im Stadtpark, bunter Herbstnachmittag mit heiteren und besinnlichen Vorträgen aus den Reihen der Mitglieder.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 21. Oktober, 10 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße 13, 46047 Oberhausen: Landes-Kultur- und Frauentagung. Die Tagungsgebühren von 15 Euro sind wie immer am Eingang zum Tagungsraum zu entrichten. Anreise: Mit der Straßenbahn vom Bahnhof in Richtung Sterkrade bis Station „Feuerwache" von dort zwei Minuten Fußweg. Das Programm:

10 Uhr: Begrüßung durch den Kreisverband Oberhausen (Alfred Nehrenheim), Eröffnung und Begrüßung, Annahme der Tagesordnung (Wilhelm Kreuer), Ehrungen (Wilhelm Kreuer), Nachwahl eines Bezirksreferenten West,

10:45 Uhr: War die alte Ostpolitik sinnvoll? Wie wollen wir Europas Zukunft gestalten? (Frank Elbe),

11:45 Uhr: Alfred Lau – vorgetragen von Klaus Lemke.

12 Uhr: Mittagspause,

13 Uhr: Deutschland nach der Wahl, Aussicht auf ein Land im Umbruch (Hans Heckel),

14 Uhr: Glaubensflüchtlinge in Preußen von Dr. Bärbel Beutner, gelesen von Wilhelm Kreuer,

14:30 Uhr: Kaffeepause,

15 Uhr: Schlussworte und Ostpreußenlied (Wilhelm Kreuer).

Bonn – Dienstag, 24. Oktober, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises, Interessierte sind herzlich willkommen. – Dienstag, 7. November, 18 Uhr, „Haus am Rhein", Elsa-Brändström-Straße 74: Vortrag von Elimar Schubbe „50 Jahre Zeitzeugenschaft eines Journalisten im 20ten Jahrhundert". – Mittwoch, 8. November, 15 Uhr, Erkerzimmer der Stadthalle Bad Godesberg: Treffen des Freundeskreises der Ost- und Westpreußen.

Dortmund – Sonnabend, 21. Oktober, 15 Uhr, Heimatstube: Erntedankfeier der Memlländer.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 9: Chorprobe der Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland. – Sonnabend, 21. Oktober, 10 Uhr: Herbsttagung der LMO-Landesgruppe NRW in Oberhausen. – Sonntag, 22. Oktober, 17 Uhr, GHH: Heimatabend. – Sonnabend, 28. Oktober, 15 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Erntedankfest, Einlass ab 14 Uhr. – Sonnabend – 4. November, 15 Uhr, GHH: Vortrag von Dr. Sabine Grabowski und Professor Winfreid Halder „Reformationsjahr 2017", „Mein Luther – Zwei Perspektiven auf den Reformator". – Mittwoch, 8. November, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutscher Stickkreis. – Mittwoch, 8. November, 19 Uhr, GHH: „Schlesien" – Liebesgedichte von Barock bis Gegenwart mit Frank Schwablewski und Dr. Jürgen Nelles

Iserlohn – Sonnabend, 21. Oktober ab 14 Uhr, „Haus Potthoff", Kampstraße 113: 50-jähriges Bestehen der Landsmannschaft Ostpreußen Iserlohn. Bitte bis spätestens Mittwoch, 18. Oktober anmelden bei Lilli Janßen, Friedrich-Ebertstraße 30, 58642 Iserlohn, Telefon (02374) 12503.

Neuss – Sonntag, 29. Oktober, 11 Uhr (Einlass ab 10 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Feierlichkeiten 65 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

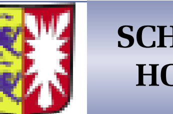
Mainz – Sonnabend, 4. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatnachmittag mit Ostpreußenfilm.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 27. Oktober, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises. – Dienstag, 7. November, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Mölln – Mittwoch, 25. Oktober, 15 Uhr, Quellenhof: Mitgliederversammlung. Vortrag über Johannes Trojan, der unter anderem Chefredakteur des satirischen Wochenblatts „Kladderadatsch" war, und auch viele Scherzgedichte geschrieben hat.

Stationen ostpreußischer Geschichte

Thorner Friede, Tannenbergschlacht, Königsberg von seiner unbekannten Seite – fesselnde Themen bot das Geschichtsseminar

Wie vielfältig die Aspekte der ostpreußischen Geschichte sein können, zeigte das umfangreiche Programm des Geschichtsseminars der Landsmannschaft vom 22. bis 24. September in Helmstedt. Für die Teilnehmer, die aus verschiedenen Regionen der Bundesrepublik angereist waren, begann das Seminar am Freitagabend mit einem Spaziergang auf den Spuren deutscher Vergangenheit im heutigen Königsberg. Der Bildvortrag von Jörn Pekrul zeichnete sich durch großes Wissen über die Stadt am Pregel und die Umgebung aus. Die stimmungsvollen Aufnahmen, die alle von Pekrul auf seinen unzähligen Königsberg-Reisen gemacht worden sind, zeigten ein Bild der Stadt wie es den meisten Touristen verborgen bleibt.

Nach diesem Vortrag begaben sich die Seminarteilnehmer eine Etage tiefer in die Bierklause, um die Versorgung an geistigen Getränken für den Rest des Wochenendes zu prüfen. Bei einem guten Bier lernten sich die Geschichtsinteressierten näher kennen.

Der Sonnabend begann mit einem Vortrag von Professor Klaus Neitmann, dem Direktor des Brandenburgischen Landeshauptarchivs. Er referierte über den wohl berühmtesten und folgereichsten Friedensvertrag des 15. Jahrhunderts. Sein Thema: „Der II. Thorner Friede von 1466 im Rahmen der Landfriedensvereinbarungen und Friedensschlüsse des Deutschen Ordens in Preußen mit seinen Nachbarmächten im 15. Jahrhundert". Die Teilnehmer konnten sehr gut den Ausführungen des Referenten folgen, und waren erstaunt über das fortschrittliche Vertragsrecht jener Zeit. Insbesondere bei der Oblivionsklausel (Verpflichtung zum Vergessen) und der Restitutio in integrum (Wiedereinsetzung in den vorherigen Besitzstand) gab es bei den Zuhörern viele Zwischenfragen und Bemerkungen. Eine wichtige Rolle spielte in der damaligen Zeit auch die Sicherung und Bewahrung des Vertrages, die durch die Eidesleistung aller Stände garantiert wurde.

Über Ostpreußen im Ersten Weltkrieg sprach ein General a.D.

Marco Wachtel, wissenschaftlicher Projektmitarbeiter beim Kulturzentrum Ostpreußen in bayerischen Ellingen, war der jüngste Referent an diesem informativen Wochenende. Er sprach über die Schwierigkeiten, aber auch Freuden bei der Erarbeitung der Ausstellung „Albrecht von Brandenburg-Ansbach und die Reformation im Preußenland". Anschließend befasste sich der Kurator mit dem Leben und Wirken des am 17. Mai 1490 in Ansbach geborenen Markgrafen Albrecht, der als 21-Jähriger vom Deutschen Orden zum 37. Hochmeister gewählt wurde.

1522 wurde Albrecht während der Religionskämpfe von Andreas Osiander aus Gunzenhausen für die Gedanken der Reformation gewonnen. Nach Kämpfen mit den polnischen Nachbarn huldigte er im April 1525 in Krakau seinem Onkel, dem polnischen König Sigismund I. und erhielt als erbliches Lehen den Ordensstaat. Er befolgte den Rat von Martin Luther, den Deutschordensstaat in ein weltliches Herzogtum umzuwandeln und dort die Reformation einzuführen. Albrecht unterstützte den neuen Glauben durch die Einführung einer neuen Kirchenordnung und die Förderung zahlreicher auch fremdsprachiger Publikationen. Ganz besonders vorangebracht hat Albrecht das Schulwesen: In den Städten legte er Lateinschulen an, gründete 1540 das Gymnasium in Königsberg und 1544 die Albertus-Universität Königsberg.

Von Herzog Albrecht stammt auch der Text der ersten drei Strophen des Kirchenliedes „Was mein Gott will, gescheh allzeit" (Evangelisches Gesangbuch Nr. 364). Er legte zudem den Grundstock zur königlichen Bibliothek, deren 20 prächtigste Bände er für seine zweite Gattin, Anna Maria von Braunschweig, in reinem Silber beschlagen ließ; daher der Name Silberbibliothek.


Im Dialog mit Teilnehmern: Professor Klaus Neitmann (l.), Experte für den Deutschen Orden Bild: privat

Der Nachmittag begann mit dem Vortrag von Burkhardt Göres, dem früheren Direktor der Schlösser der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, zum Thema „Das Bernsteinzimmer – seine Entstehung in Brandenburg-Preußen und sein Schicksal". Der Kunsthistoriker mit dem Spezialgebiet Möbel stellte den Werdegang des Bernsteinkabinetts von der Idee über die Umstände der Schenkung bis zu seiner Zerstörung und den Arbeiten bei dessen Nachbau dar.

Im Jahr 2000 ist Göres unfreiwillig in der Öffentlichkeit bekannt geworden: Damals identifizierte er eine in Bremen von Privathand angebotene Kommode mit Florentiner Mosaik als Bestandteil des verschollenen Bernsteinzimmers und nahm an der spektakulären Polizeiaktion der Potsdamer Polizei zur Bergung der Kommode teil. Das Möbelstück befindet sich nun an seinem ursprünglichen Platz im rekonstruierten Bernsteinzimmer im Katharinenpalast in Zarskoje Selo, der ehemaligen Sommerresidenz des Zaren bei Sankt Petersburg.

Bei dem nächsten Vortrag sollte es sich um die virtuelle Rekonstruktion der versunkenen Königsberger Bibliothekslandschaft handeln. Krankheitsbedingt sagte der Referent am Vortag ab. Nun war Sebastian Husen, Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft und Seminarleiter, gefordert und schaffte Abhilfe. Das Zeitfenster für diesen Vortrag übernahm Markus Krämer, der über die Entwicklung der deutsch-polnischen Grenze von 1772 bis 1919 referierte. Seine Ausführungen waren keineswegs Lückenfüller oder gar zweite Wahl, mit fundiertem Wissen und guter Vortragstechnik stieß er auf lebhaftes Interesse bei den Zuhörern. Er ging auch detailliert auf Fragen der Teilnehmer zum „polnischen Westgedanken" im 19. Jahrhundert mit dem Einbezug der ethnischen Säuberungen und der Expansionsziele der radikalen Nationalisten unter Józef Pilsudski und Roman Dmowski ein.

Mit dem polnischen Korridor gab es auch skurrile Entscheidungen der Polen wie den vollständigen Abbau der Weichselbrücke auf der Strecke Marienwerder-Neuhöfen in den Jahren 1927 bis 1929, Teile davon wurden 1934 weichselaufwärts bei Thorn für die Pilsudski-Brücke verwendet.

Am Samstagabend des Geschichtsseminars wird traditionell ein Film gezeigt. Diesmal war es ein Streifen mit bisher unveröffentlichten Aufnahmen, die meist von Frontsoldaten bei Heimaturlaub und Fronteinsatz gemacht worden sind. Der Inhalt des Films bot reichlich Gesprächsstoff, Erinnerungen an Kindheit und Familienschicksale wurden wach, die familiäre Atmosphäre der Runde bot eine Plattform für generationsübergreifenden Gedankenaustausch.

Gute Organisation und hervorragende Dozenten

Der Sonntag begann mit einem Vortrag von Brigadegeneral a.D. Wolfgang Brüschke und hatte die Verteidigung Ostpreußens im Ersten Weltkrieg zum Thema.

Die Schlacht bei Tannenberg, die Schlacht an den Masurischen Seen und die Winterschlacht in Masuren wurden aus militärischer Sicht vorgestellt. Die hervorragende visuelle Darstellung der Truppenbewegungen machte dieses komplexe Thema für alle Zuhörer sehr verständlich.


Warme Füße: Hannelore Kedzierski dankt Sebastian Husen für ein gelungenes und spannende Seminar. Bild: privat

Brüschke stellte die Konfliktparteien sowie deren Stärken und Schwächen vor. Die zahlenmäßig überlegenen, jedoch schlecht ausgerüsteten Russen besaßen auf allen Ebenen eine wenig begabte Führung. Ein gutes Funknetz auf der russischen Seite brachte auch keine strategischen Vorteile, denn die Deutschen hörten die Funksprüche ab.

Bei der Aufklärung – die Kenntnis über Truppenbewegungen war überaus wichtig – setzten Oberbefehlshaber von Hindenburg und Generalsstabchef Ludendorff auf ihre Flugzeugflotte. Durch eine hoch bewegliche Operationsführung gingen die drei Schlachten zugunsten der Deutschen aus. Erwähnt werden muss an dieser Stelle die hohe Marschleistung der Feldgrauen und der unermüdliche Einsatz der ostpreußischen Eisenbahner. Der Einfall der Russen in Ostpreußen brachte auch viel Leid über die Zivilbevölkerung: Von den 2,5 Millionen Einwohnern waren ein Drittel auf der Flucht, es gab viele Tote, Verschleppte, Zerstörungen, Leid und Elend. Der Wiederaufbau galt erst 1926 als abgeschlossen.

Den letzten Vortrag hielt Dr. Bettina Bouresh. Sie sprach über die Geschichte des Schlosses Steinort, dem Stammsitz derer von Lehndorff. Es war Anfang des 16. Jahrhunderts, als die Familie von Lehndorff, die in der Gegend von Königsberg ansässig war, mit einem großen Stück Land belehnt wurde. Dieses Stück Land hieß „Steinorter Wildnis". Viele angrenzende Orte gehörten hierzu. Im Laufe der Zeit gab es viele Baumaßnahmen an dem Familiensitz, die letzte war die grundlegende Sanierung unter der Leitung eines erfahrenen Restaurators der Königlichen Schlösser in Berlin in den 1930er Jahren. Das Haus war bis zum Einzug der Roten Armee im Januar 1945 in tadellosem Zustand.

Heute bietet das Schloss ein erbärmliches Bild. Für den Wiederaufbau fehlen ein Nutzungskonzept und ein finanzstarker Investor. Purer Idealismus, auch wenn er reichlich vorhanden ist, wird das Haus, ein Kulturdenkmal in der Woiwodschaft Ermland-Masuren, nicht wieder auferstehen lassen.

Das Seminar erlaubte den Teilnehmern einen Zugang in verschiedene Betrachtungsweisen der ostpreußischen Vergangenheit. Der Erfolg dieser Veranstaltung lag an der guten Organisation, den hervorragenden Dozenten, dem gut ausgestatteten Helmstedter Bildungszentrum und der Bereitschaft der Teilnehmer, sich auf neue Themen einzulassen. Das nächste Seminar findet vom 14. bis 16. September 2018 wieder in Helmstedt statt.

Andreas Galenski

Wie das Götz-, so das Ehmke-Zitat

Zu: Vertane Chancen, problematische Urteile (Nr. 36)

Das muss man dem im Frühjahr verstorbenen, ehemaligen Kanzleramtsminister Horst Ehmke wohl noch nachträglich für seinen zwar derben, aber durchaus treffenden „Anus“-Vergleich für die Mitglieder des sogenannten Verfassungsgerichts sagen. Ich habe die Richter stets mit den Weihnachtsmännern ob ihres roten Kostüms verglichen, aber da tut man freilich den Weihnachtsmännern großes Unrecht.

Immerhin gelingt dieser Institution immer wieder genau das Gegenteil von dem, was sie eigentlich machen sollte: eben die deutsche Verfassung zu schützen. Der Auftrag, Deutschland an die Brüsseler Superbürokratie zu verkaufen, wird dagegen recht konsequent durchgesetzt. Das betrifft auch die Wirkung nach innen.

Als ich zum Beispiel 2015 nach entsprechenden Vorfällen in den „Parallelgesellschaften Deutschlands“ danach fragte, wie viele Rechtsordnungen es eigentlich in Deutschland gibt, wurde mir mitgeteilt, dass man „... nicht befugt“ sei, mir darüber Auskunft zu erteilen (BGH-Mitteilung vom 6.2.2015).

Unwillkürlich fiel mir beim Lesen des *PAZ*-Artikels diese geradezu jämmerliche Auskunft ein. Also nochmals – posthum –: danke, Herr Ehmke! **Manfred Kristen, Freital**

Schlag in die blauäugige Visage

Zu: Es mangelt nicht nur an Fähigkeiten (Nr. 35)

Die meisten muslimischen Zuwanderer (einschließlich der Türken) haben vom ersten Tag an nichts anderes im Sinn gehabt, als den Deutschen Rassismus vorzuwerfen, unseren Staat zu melken, wo es nur geht, alle Rechte in Anspruch zu nehmen und Pflichten zu ignorieren.

Ein großer Teil der Politiker und der Bevölkerung macht zwar immer wieder darauf aufmerksam, wie wichtig Integration ist. Das alles aber nur halbherzig. Denn integrieren soll sich der deutsche Bürger. Also ist das eine Einbahnstraßenintegration. Da sich viele von unserer Politik einlullen lassen und die Muslime merken, dass sie nahezu mit allem durchkommen, treten sie in Deutschland entsprechend auf.

Frau Merkel spricht ständig davon, dass man gegenüber Erdogan mit aller Härte auftreten muss. Und schon kommen aus dem Hintergrund die Türken mit dem Hinweis, dass es ja auch noch eine Zeit nach Erdogan gibt. Was ja nicht zwangsläufig bedeutet, dass danach alles besser wird. Aber die Bundeskanzlerin wird ohnehin wieder einknicken. Solange es nicht von allen Deutschen ein deutliches Bekenntnis zu Deutschland gibt, bleibt es bei „mitten hinein in die blauäugige Visage“. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Anstandsgrab

Zu: Zum Schaden (Nr. 39)

Die Wahl ist vorüber, und das Geschacher um Begriffe, Möglichkeiten und Positionen nimmt seinen Lauf – wie immer. Die Verbalattacken gegen die AfD werden weitergehen. Intolerantes und undemokratisches Gezänk um die Sitzpositionen im Bundestag erinnern unweigerlich an Kindergartentheater. Wenn der Einzug der AfD in den Bundestag für irgendetwas gut war, dann dafür: die deutliche Offenlegung der umfassenden Verlogenheit in den Reihen der etablierten Parteien.

Wie war das doch gleich mit Toleranz und Demokratie? Seit 2014 von CDU, CSU, FDP, Grünen, Linken und SPD in jedem dritten Satz benutzt, ist der Begriff dehnfähig wie ein Spinnenfaden.

Zur Erinnerung: Toleranz heißt auf Deutsch: Duldung beziehungsweise Duldsamkeit. Nur, was ich dulde (warum auch immer), das muss ich noch lange nicht mögen. Wohl wissend, dass ungefilterte Duldsamkeit den Weg frei macht zum Grab von Anstand und Respekt. **Elke Barby, Gehrden**



Jamaika ist immer eine Reise wert. Aber wohin politisch die Reise führt, wenn sich der Bundestag aus einer Koalition von CDU/CSU, FDP und Grünen schwarz-gelb-grün färbt, ist ungewiss. Braut sich über dem Land dann ein Tropensturm zusammen? Bild: Imago

Ein Russenmangel

Zu: „Von Lissabon bis Wladiwostok“ (Nr. 38)

Der Autor erwähnt den Menschenmangel in Russland und führt diesen auf den Verlust im Zweiten Weltkrieg zurück.

Man sollte aber nicht vergessen, dass die stalinschen „Säuberungen“ etwa 60 Millionen Menschen das Leben kosteten und dass bis heute nur wenig Verhütungsmittel in Russland angewendet werden, sodass die Abtreibung gängige Praxis ist. Ich habe Zahlen von bis zu zehn Millionen im Kopf. **Johannes Fellner, Höslwang**

Islam-Hornvieh

Zu: Schüsse an der Grenze (Nr. 40)

Der arme Wisent aus dem Artikel hat einen furchtbaren Fehler begangen. Er hätte sich als Moslem deklarieren müssen, schon hätte es Begrüßungsgeld, eine große Weide umsonst und mehrere Wisentkühe gegeben. Und er hätte glücklich bis an sein natürliches Ende gelebt. Ihr seid die letzte lesenswerte Zeitung in Deutschland, lasst euch nicht unterkriegen! **Svend Simdorn, Berlin**

Neuwahlen sind die einzige Alternative

Zu: Die Unbelehrbaren (Nr. 40)

Kanzlerin Merkel würde mit dem Teufel eine Koalition eingehen, Hauptsache sie bleibt weiterhin an der Macht. Die kommenden vier Jahre wird sie intensiv nutzen, damit Deutschland von Analphabeten, kriminellen Flüchtlingen und arbeitsunwilligen „Fachleuten“ übernommen wird. Dieses Ziel wird ihr gelingen, wenn die verheißungsvolle sogenannte Jamaika-Koalition zustande kommt.

Man stelle sich einen Cem Özdemir als Außenminister und eine Katrin Göring-Eckardt oder eine Claudia Roth als Ministerin eines wichtigen Staatsamtes vor. Das ist eine Horror-Vision und der Untergang des Abendlandes. Göring-Eckardt und Roth sind zwei Frauen ohne Beruf, beide Einpeitscherinnen und Populistinnen der übelsten Sorte. Diese Damen stehen beruflich noch hinter Joschka Fischer. Der ehemalige Außenminister hatte wenigstens noch den Taxischein vorzuweisen. Dieses grüne Gift kann nichts weiter als leere Phrasen von sich geben.

Auch der neue Stern der FDP, Christian Lindner, ein guter Rhetoriker, aber auch nur ein weiterer Schwätzer. Eines werden die etablierten Altparteien wohl niemals begreifen, je mehr man auf der AfD herumhackt und hetzt, umso mehr wird die AfD von der Bevölkerung gewählt werden.

Die Abgeordneten des Bundestages hätten schon vor Jahren Kanzlerin Merkel die Flügel stutzen sollen mit ihren politischen Alleingängen. Diese Frau ist derart von sich eingenommen und hält sich für unfehlbar. Diese Kanzlerin ist eine Opportunistin, Demagogin und hält absolut nichts von Patriotismus.

Frau Merkel ist ja auch der Meinung, sie hätte alles richtig gemacht und würde alles so wieder tun in puncto der Flüchtlinge und anderer politischer Fehlleistungen. Nun, es ist zu hoffen, die Bundestagsfraktion der AfD wird Frau Merkel bei den Debatten im Bundestag aufzeigen, welche Fehler und Gesetzesbrüche sie in ihrer Regierungszeit begangen hat. Wieso muss der Bürger sich eigentlich noch an Gesetze halten, wenn die Kanzlerin diese in permanenter Form selbst bricht?

Fakt ist, Frau Merkel ist aalglatt und stur, eben wie eine Kommunistin. Die geplante Koalition darf nie auf die politische Bühne! Um dieses Chaos zu verhindern, gibt es nur eine einzige Alternative – und diese heißt: Sofortige Neuwahlen. **Wolfgang Rohde, Sigmaringen**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Was für ein Zirkus

Schüler als Artisten – Zirkuspädagogen bereichern den Unterricht mit spaßvollen Koordinations- und Konzentrationsübungen

Die Schule, das ist vielen klar, ist ein einziger Zirkus. Was aber ist, wenn „Zirkus“ zum Unterrichtsplan gehört und man sich wirklich wie ein Clown oder Akrobat benehmen soll? Es kann sich positiv auf die Noten auswirken.

Eine zarte Gestalt schwingt sich an einem an der Decke befestigten Vertikaltuch hin und her. Scheinbar mühelos hält Jara mit sehr viel Körperbewusstsein den kleinen Körper in der Waagerechten ausgestreckt. Das lange blonde Haar fliegt hin und her, während sie mit geschmeidigen Bewegungen die Position verändert. Schließlich steht sie aufrecht, den linken Arm anmutig seitwärts gestreckt, und strahlt dabei so professionell, dass der Eindruck entsteht, sie zeige diese Vorstellung jeden Abend.

Doch Jara ist zwölf Jahre alt und geht in die sechste Klasse eines Gymnasiums in Schleswig-Holstein. Gemeinsam mit ihren Mitschülern hat sie eine Woche lang an einem Zirkusprojekt teilgenommen und tritt an diesem Abend das erste Mal vor Zuschauern auf. Nach Jara zeigt Mitschüler Henry, was er am Trapez kann. In überschaubarer Höhe und mit einer dicken Matte unter dem Trapez bewegt er sich hoch konzentriert akrobatisch anspruchsvoll hin und her.

Dann kommt Yannik an die Reihe. Er hat sich dafür entschieden, als Clown die Zuschauer zu unterhalten. Anschließend jongliert Marta mit sechs Bällen, dann überlässt sie die Manege Sönke und Mia, die den Zaubertrick mit der Kiste und der Säge einstudiert haben. Mia klettert in die Kiste, Sönke sägt. Die Zuschauer halten den Atem an.

Ein Blick in die Zuschauermenge zeigt: Eltern, Großeltern und kleine Geschwister sind begeistert von den ungeahnten Fähigkeiten des Nachwuchses. Wer hätte gedacht, dass in der Familie Zirkus-Gene vorhanden sind? Vergessen sind die Fünf in Mathe, die Sechs in Latein und das tägliche Gequengel wegen der Hausaufgaben und der Vokabelpaukerei. Die Konzentration, die die lieben Kleinen zu Hause vermissen lassen, und in der Schule erst recht, zeigt sich hier ungebrochen über eineinhalb Stunden.



Schulzirkus: Das Wahlpflichtfach „Akrobatik“ gibt es bereits an vielen Gesamtschulen Bild: pa

Es ist faszinierend zu sehen, wie völlig anders das eigene Kind sein kann. In diesem Moment sind die Eltern stolz auf ihre Kinder. Und allein dafür hat sich das Zirkusprojekt wahrscheinlich schon gelohnt. Vermutlich ist genau das der Punkt, weshalb vor allem viele Eltern so begeistert sind davon, dass immer mehr Schulen regelmäßig den Unterricht zum Zirkus machen.

Bundesweit haben sich kleine Zirkus-Unternehmen etabliert, die an Schulen derartige Projekte durchführen. Was keiner ausspricht: Viele Zirkus-Familien, die dank PETA, der Tierschutzorganisation, und sinkender Reallöhne so gut wie keine Zuschauer mehr haben und die Aufgabe des Betriebes und eine Umschulung andenken müssten, haben mit den Schulprojekten eine neue Aufgabe gefunden, die sie zuverlässig am Leben erhält. Auch die Schulen profitieren. Zirkusprojekte lassen sich hervorragend zur Zeit der Fahrtenwochen durchführen, wenn ganze Jahrgänge auf Klassenreise unterwegs sind und durch die dort mitfahrenden Lehrer Lücken im Stundenplan entstehen. Damit wird Beschwerden von Eltern vorgebaut, die sich über den Unterrichtsausfall beklagen. So wird für beide Seiten – Zirkus und Schule – aus der Not eine Tugend gemacht.

Kommt der Zirkus in die Schule, werden die Wohnwagen auf dem Sportgelände geparkt, und dann geht es los. Am ersten Tag des Projektes wird von den Schülern das Zirkuszelt auf dem Schulhof aufgebaut. Selbstverständlich unter Anleitung der Artisten, die nun aber Zirkuspädagogen genannt werden. In den folgenden vier Tagen dürfen die Kinder – mal sind es Grundschüler, mal ist es der sechste Jahrgang eines Gymnasiums – mit Kostümen, Lichtshow und Musik selbst aktiv werden und sich mit Akrobatik, Jonglage, Zauberei und Clownerie ausprobieren. Die Zirkuspädagogik schreibt sich auf die Fahnen, dass sie in der Lage ist, die motorischen Fähigkeiten und den Teamgeist zu fördern und im Rahmen des Zirkusprojektes das Selbstbewusstsein zu stärken.

Im Zeitalter der digitalen Medien, in dem bekanntermaßen vor allem die Daumen gefordert werden, der Rest des Körpers aber zu kurz kommt, ist eine zusätzliche motorische Förderung erstrebenswert. Ob diese Förderung im Rahmen eines einwöchigen Projektes eine nachhaltige Wirkung hat, darüber lässt sich sicher streiten. Wird Fritzi das nächste Mal, wenn er allein zu Hause ist, das Handy und die TV-Fernbedienung zur Seite schieben und stattdessen jonglieren, Einrad fahren und auf Stelzen laufen? Wohl kaum.

Eine ganz andere Frage ist es, wie es den Kindern ergeht, die unsportlich sind und die sich bei der Zirkusnummer blamieren. Zur Erinnerung: Kinder, die akrobatisch nicht geschickt sind, erleben diese Blamage nicht nur eine Woche lang täglich vor den Mitschülern, sondern auch noch bei den Vorstellungen vor großem Publikum. Das ist mit Sicherheit eine nachhaltige Erfahrung, die man jedem Kind ersparen sollte. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder sich nach einer derartigen Erfahrung abschotten, in sich zurückziehen und noch stärker in die virtuelle Welt flüchten, ist leider sehr groß.

Der Teamgeist wird gefördert

Ohnehin ist das „Projekt für alle“ ein schwieriges Unterfangen. Jeder Hunde- und Pferdetrainer weiß, dass Übungen nicht nur einen motorisch schulenden Einfluss haben, sondern auch auf den Charakter wirken. Manche Übungen fördern das Selbstbewusstsein, andere sind dazu angetan, die Aufmerksamkeit und die Kooperationsbereitschaft zu fördern. Dominante Schüler benötigen deshalb andere Aufgaben und Übungen als schüchterne. Vorausgesetzt, man möchte langfristig ein verbessertes Miteinander, einen einfacheren Umgang erzielen. So mancher mag dabei entsetzt aufschreien und sagen, ein Kind könne nicht mit Tieren verglichen werden, und überhaupt könne ein Kind gar nicht genug Selbstbewusstsein mit auf den Weg bekommen.

Trotzdem muss die Frage erlaubt sein, ob die Förderung von Selbstbewusstsein ohne die notwendigen Grundlagen langfristig nicht ein Eigentor ist. Selbstbewusstsein ist wichtig und muss bei allen Kindern gepflegt werden. Doch darf dies nicht dazu führen, dass auf das Erlernen von Sprachen, Mathematik, Rechtschreibung oder rudimentärer Kenntnisse von Physik, Chemie, Biologie verzichtet werden kann.

Was spricht dagegen, die Unterrichtsstunden durch das Schuljahr hinweg zu verteilen, um in allen Bereichen eine bestmögliche Ausbildung zu erzielen und ein Zirkusprojekt regelmäßig in den Ferien durchzuführen? Dann kommt es vor allem den Kindern zugute, deren Eltern es sich nicht leisten können, im Frühjahr in den Ski-Urlaub, im Sommer in den Badeurlaub zu reisen sowie die Kinder regelmäßig teure und aufwendige Sportarten ausüben zu lassen. Schule und Zirkus haben wie zwei Ertrinkende einander die Hand gereicht und hoffen auf gegenseitige Rettung.

Daher ergibt es besonders viel Sinn, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass gerade jene Kinder die Unterstützung erfahren, die sie am nötigsten haben, und das regelmäßig rund ums Jahr. Jara, Henry, Yannik, Mia und Sönke haben für ihre Zirkusnummern jedenfalls viel Applaus erhalten. Vielleicht bekommen sie von ihren Eltern demnächst auch viel Applaus für bessere Schulnoten.

Stephanie Sieckmann

Eine namenlose Schlacht

Im bronzezeitlichen Mecklenburg bekämpften sich zwei Heere

Der Boden im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte birgt mehr Geschichte als gedacht. Wo sich der Fluss Tollense nahe der heutigen Stadt Demmin friedlich schlängelt, tobte einst eine blutige Schlacht. Hier haben Altvordere um 1250 vor Christus ein feindliches Heer von Eroberern gestellt.

Bis 1996 war das Ereignis der Bronzezeit keiner Menschenseele bekannt. Keine Chronik und keine Sage kündete von den Mannen, die ein Jahrtausend vor Hermann dem Cherusker ihre Heimat verteidigten, bis jemand auf menschliche Knochen stieß, die planvolle Ausgrabungen auslösten.

Es fanden sich Gebeine von etwa 130 Männern im wehrfähigen Alter. In einigen steckten Pfeilspitzen. Schädel-Verletzungen zeugten vom Einsatz von Keulen, Äxten und Schwertern. Pferdeknochen belegten die Teilnahme einer Reiterei. Augenscheinlich ruhten dort Gefallene einer Schlacht.

Die Forscher schätzen, dass sich an die 4000 Kämpfer gegenüber standen. Ein Kriegsschauplatz dieser Größe ist einmalig im bronzezeitlichen Mitteleuropa. Seine Überlieferung dankt er den Torfschichten eines Moors, die Hunderte von Fundstücken drei Jahrtausende lang bewahrten.

Neben Goldschmuck und anderen Metallen fanden sich in manchen Knochen Spuren eines besonderen Isotops von Kohlenstoff, das auf den Verzehr von Hirse hindeutet. Doch diese Art von Getreide, das weiß die Wissenschaft inzwischen, war hier damals unbekannt. Folglich musste ein Teil der Krieger aus südlichen Ländern stammen, wo man Hirse angebaut hat.



Überreste einer Schlacht: Bronzezeitliche Fundschicht mit menschlichen Knochen aus der Gegend der Tollense

Im Fluss fanden die Archäologen den Anlass des Treffens. Balkenreste, eingefasst von Steinreihen, verwiesen auf einen Damm zu einer Brücke über die vormals erheblich breitere Tollense. Eine Radiokarbon-Probe ergab ein Alter von 3700 Jahren. Diese Engstelle hatten die Einheimischen offenbar gegen die fremde Streitmacht verteidigt.

Nach Ansicht des Prähistorikers Thomas Brock belegt die Walstatt den Bestand hoch entwickelter Gemeinwesen der norddeutschen Bronzezeit. Sie waren fähig, Angriffen von Großmächten des Südens zu widerstehen. Verfeinerte Verfahren der Archäologie brachten die Spuren in der Erde zum Sprechen.

Die Deutsche Forschungs-Gemeinschaft förderte die Grabungen. Doch die Mittel sind im Vorjahr ausgelaufen. Seither ruhen die Arbeiten. Jetzt bringt eine jüngst eröffnete Ausstellung die Ergebnisse der Öffentlichkeit näher. Zu sehen sind die Funde bis zum 18. September 2018 im Hauptgebäude des Freilichtmuseum Groß Raden bei Sternberg, das etwa 60 Kilometer südwestlich von Rostock liegt.

Eigentlich ist die Stätte der späteren Slawenzeit gewidmet. Doch Mecklenburg-Vorpommern besitzt kein archäologisches Landesmuseum. Das ist bedauerlich, denn bisher wurde kaum ein Zehntel des Schlachtfelds freigelegt.

Volker Wittmann

Internet: www.freilichtmuseum-gross-raden.de

Auf stumm geschaltet

Endlich Harmonika spielen, ohne die Nachbarn zu stören

Die Musik liegt bei ihm im Blut und in den Genen. Da ist es kein Wunder, dass Konrad Andreas „Conny“ Rahm (25) aus Pellndorf (Landkreis Regensburg) nicht nur aktiv musiziert und im Familienbetrieb mitarbeitet. Er hat eine Stummschaltung für Steirische Harmonikas entwickelt, sodass Musikschüler nun auch abends und nachts ungestört üben, zum anderen diese Instrumente auch über Lautsprecheranlagen gespielt werden können. Das ist ein wichtiger Aspekt für (Party-)Bands.

Die Großeltern stehen seit Jahrzehnten an der Spitze des Tangrintler Volksliedkreises und singen und musizieren mit Freunden allmonatlich bei Heimatabenden. Großvater Konrad hat zudem im Jahr 2000 die eigene Harmonika-Firma „Bayerland“ gegründet. Vater Konrad belegte bei mehreren Akkordeon-Weltmeisterschaften vordere Plätze, kümmert sich um die von Konrad Rahm sen. ebenfalls gegründete Fahrzeugbaufirma und rockt seit vielen Jahren mit der Band Donnaweda in Bierzelten und auf Partys. Der Weg von Conny war so vorgezeichnet.

Ab dem fünften Lebensjahr erlernte er Akkordeon und Klavier. Bei den Regensburger Domspatzen war er von der Grundschule bis zur Mittleren Reife und vertiefte hier seine musikalischen Kenntnisse. Doch dann ging es zunächst nicht mit Musik weiter. Conny absolvierte in Regensburg eine Ausbildung zum Restaurantfachmann und arbeitete danach etwa ein Jahr zu Hause im Familienunternehmen mit. Denn dort sollte die berufliche Zukunft liegen. Im bekannten Klingenthal (Vogtland) machte er eine Ausbildung zum Instrumentenbauer mit dem Schwerpunkt Handzuginstrumente.



Tüftler Conny Rahm spielt mit seiner „Stummatik“ Bild: Bauer

„Seit vier Jahren bin ich jetzt in Vollzeit in unserem Geschäft dabei“, blickt Conny zurück. Und da lag ihm ein bislang ungelöstes Problem am Herzen. Im Gegensatz zu anderen Akkordeons ließen sich Steirische Harmonikas nicht stummschalten, die Musiker benötigen für ihre Auftritte immer mehrere Instrumente. Damit ist nun Schluss – zumindest bei den neuen, im eigenen Betrieb hergestellten Bayerland-Steirischen: Konrad Andreas Rahm hat eine Technik entwickelt, bei der mit einem Hebel an der rechten Seite und einem Schalter links unten das Instrument stummgeschaltet werden kann. Die Verbindung zur Lautsprecheranlage ist über eine sogenannte MIDI-Schnittstelle möglich. So lässt nun auch die „Steirische“ nahezu alle denkbaren Klangfarben erklingen. Und Musikschüler können ungestört mit Kopfhörer üben und stören keinen Nachbarn.

Die Stummschaltung unterliegt inzwischen dem Gebrauchsmusterschutz, der durch das Patentamt vollzogen wurde. Und bei Recherchen wurde auch deutlich, dass es nichts Ähnliches gibt. Zunächst wird Conny Rahm diese Technik bei den eigenen Bayerland-Instrumenten anbieten.

Er selbst gibt sich mit den Tasteninstrumenten (Akkordeon, Steirische, Klavier/Keyboard) nicht mehr zufrieden. Auch Gitarre und E-Bass beherrscht der 25-Jährige und wirkt auch als Gitarrist bei den Brugger Buam mit, die in München und Augsburg, zum Teil auch in Österreich auftreten. Zum Band-Instrumentarium gehört zudem eine Bayerland-Steirische – natürlich mit Stummschaltung.

Markus Bauer

Hamburgs Speicherstadt in Wort und Bild

Im Hamburger Hafen boomt die städtebauliche Entwicklung. Die Elbphilharmonie ist in aller Munde, und die moderne Architektur im neuen Stadtteil Hafen-City wird kontrovers diskutiert. Aber auch die ehrwürdige Hamburger Speicherstadt, der weltgrößte historische Lagerhauskomplex, galt beim Bau vor 140 Jahren als absolute Novität. Michael Batz erzählt anhand von historischen Fotos, vielen Hintergrund-Informationen und anschaulichen Anekdoten die spannende Geschichte der denkmalgeschützten Speicherstadt.

Damit das heutige Weltkulturerbe gebaut werden konnte, musste erst einmal ein Stadtteil abgerissen und mussten über 17 000 Bewohner unfreiwillig umgesiedelt werden, denn der neue Freihafen sollte für die hanseatischen Kaufleute fußläufig und börsennah erreichbar sein.

Es entstanden moderne Lagerhäuser zwischen den Fleeten, wo die Waren sowohl wasser- als auch landseitig auf unterschiedliche Etagen per Seilwinde verfrachtet wurden und so steuerfrei im „Zollausland“ eingelagert werden konnten. Es gab eine hochmoderne hydraulische und elektrische Zentralstation, sodass die Speicherstadt im hellen Licht erstrahlte, während im restlichen Hamburg noch Gasbeleuchtung flackerte. Die Flächen waren von Anfang an sehr begehrt, und viele Berufsgruppen und namhafte Firmen, die zum Teil bis heute aktiv sind, siedelten sich an. Eine Fülle unterschiedlichster Waren wurde hier eingelagert oder weiter verarbeitet, wie Kaffee, Tee, Kakao, Wein, Kaviar, exklusive Bekleidung und Teppiche, kostbare Perlmuttknöpfe, hochwertige Instrumente, aber auch Schweinedärme und sogar Waffen. Die Vermietung der Speicher erfolgte nach Branchen, und so wurde der Sandtorquai zu Europas größtem Kaffeemarkt.

Hafen als Lebensader gestern und heute

Die Kaffeeverarbeitung war ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und verschaffte vielen Frauen Arbeit, die im Akkord Kaffeebohnen sortierten. Die Quartiersleute waren für die gesamte Warenabwicklung zuständig, von der Kontrolle bei der Warenannahme und Qualitätsbeurteilung, Bearbeitung und Lagerung bis zum Weitertransport. Jede Tätigkeit in der Speicherstadt unterstand der Aufsicht des Freihafenamtes und nach außen hin kontrollierten Zöllner die Zollgrenzen, aber nichtsdestotrotz wurde ständig geschmuggelt, sodass auch die Zollfahndung ständig aktiv war.

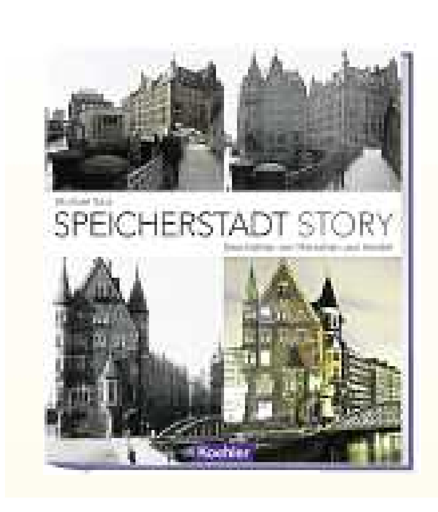
Batz beschreibt das bunte Leben in dieser eingezäunten Welt, in der besondere Gesetze und Regeln galten. Er ließ sich von den Spuren auf und in den Speicherböden inspirieren, zeugen sie doch von der bewegten Vergangenheit und der vielfältigen Nutzung. Dabei geht er vielen persönlichen Geschichten nach und lässt die Akteure aus der Vergangenheit lebendig werden. Er schildert detailliert das Leben in der Speicherstadt, die Arbeitsabläufe und zeigt durch Anekdoten den Umgang der Menschen miteinander.

Dadurch entsteht ein sehr plastisches Bild von der damaligen Zeit, denn er beschreibt ohne Sozialromantik die tatsächlichen Arbeits- und Lebensbedingungen in der Speicherstadt. Im historischen Ablauf berichtet er von den Auswirkungen aufgrund zweier Weltkriege, der Enteignung jüdischer Kaufleute in den 30er Jahren und dem Wiederaufbau; außerdem in jüngerer Zeit über die Speicherstadt als Spekulationsobjekt, die Aufhebung des Freihafenstatus sowie die Öffnung für neue Nutzungsarten im Bereich Kunst, Kultur und Illumination.

Das Buch lebt durch die abwechslungsreiche Bebilderung mit über 300 zeitgenössischen Fotos, Auszügen aus Dokumenten, Karten und Werbeblättern. In den Interviews kommen auch heutige Kaffee-, Tee- und Teppichhändler zu Wort. Die historischen Informationen sind gut recherchiert und abwechslungsreich geschrieben.

Batz führt den Leser tief in den Mikrokosmos Speicherstadt, haucht den alten Zeiten Leben ein, aber schildert auch intensiv den Übergang bis in die heutige Zeit. Ein sehr lesens- und betrachtungswertes Buch

Britta Heitmann



***Michael Batz: „Speicherstadt Story. Geschichten von Menschen und Handel“**, Koehlers Verlagsgesellschaft, Hamburg 2017, Hardcover, 288 Seiten, 29,95 Euro*

Schönheiten des Wassers

Jeder ist von Walen und Haien fasziniert. Blauwale sind die größten Lebewesen auf der Erde. Buckelwale betören durch ihre geheimnisvollen Gesänge. Delfine gehören zu den Zahnwalen. Ihnen bei ihren fröhlichen Sprüngen im Wasser zuzuschauen, macht glücklich. Haie schweben so elegant und perfekt ans Wasser angepasst durch die Meere, dass man mehr über sie erfahren möchte.

Unbekanntes von Walen und Haien

Die Biologin Bärbel Oftring stellt in ihrem Kinderbuch „Wale und Haie. Räuber der Meere“ die Wunderwelt dieser großen Meeresbewohner vor. Zu Beginn berichtet die Autorin darüber, wie gut diese Tiere an das Leben im Wasser angepasst sind. Und wie sie sich im Laufe der Jahrmillionen entwickelt haben.

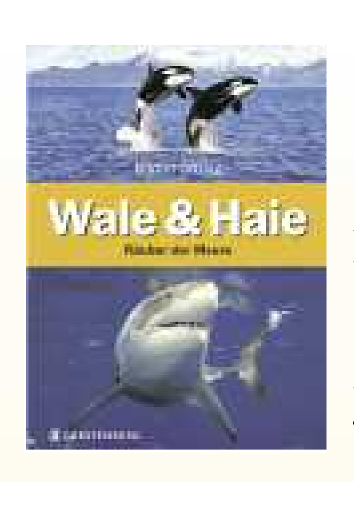
Im Kapitel „Wale und Delfine“ erfährt man, welche Arten von Walen es überhaupt gibt. Da Wale weit draußen in den Ozeanen leben und nur zum Luftholen an die Oberfläche kommen, weiß man noch nicht viel über ihre Lebensweise. Rätsel und Geheimnisse warten darauf, entdeckt zu werden.

Die Autorin versucht die besonderen Leistungen der Wale, die Wanderungen und ihr Leben in der Gruppe darzustellen.

Gleich danach geht es zu den Haien, den Jägern der Meere. Ganz wichtig ist das Kapitel „Haie, Wale und der Mensch“. Darin erfährt man, dass wir Menschen die Haie ganz zu Unrecht oft als „böse“ ansehen. Es sind wundervolle Lebewesen, die genau wie die Wale geschützt werden müssen. Experteninterviews mit Verhaltensbiologen und dem Präsidenten des Haischutzprojektes „Sharkprojekt e.V.“ runden das sehr lesenswerte Buch ab. Viele Karten, Schaubilder und Grafiken machen das Thema anschaulich. Am Ende warten noch ein kleines Wal- und Hai-ABC und viele Entdeckertipps.

Ein gelungenes Kinderbuch, das Wissen mit viel Spaß vermittelt.

S.F.



***Bärbel Oftring/Julie Sodré: „Wale und Haie. Räuber der Meere“**, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2017, gebunden, 64 Seiten, 14,95 Euro*

Erfinder der Gelehrtenrepublik: Alexander und Wilhelm von Humboldt

Das lebensgroße Denkmal direkt vor der Berliner Universität grüßt jeden Berlin-Touristen. Da hocken Wilhelm und Alexander von Humboldt und schauen in das Berlin des 21. Jahrhunderts.

Gemocht haben die Brüder die Stadt nie so richtig. Vielleicht nur als Jugendliche, als ihre Mutter 1783 mit ihnen vom langweiligen Leben im Tegeler Schloss in die königliche Hauptstadt zog. Doch bald schon erschien ihnen dieser Ort als zu „selbstbezogen und verbissen“.

Den Lebensweg der bedeutendsten Köpfe Preußens nachzuvollziehen, hat sich der Journalist Peter Korneffel mit dem Werk „Die Humboldts in Berlin. Zwei Brüder erfinden die Gelehrtenrepublik“ aufgemacht. Er selbst ist Weltreisender, tummelt sich unter anderem dort, wo es auch Alexander von Humboldt einst hingetrieben hat, als freier Korrespondent in Südamerika. Da lag es nahe, sein Interesse auch dem „zweiten Entdecker Kubas“ zu widmen. So betitelte den Preußen Alexander von Humboldt der kubanische Philosoph José de la Luz y Caballero. Die Bezeichnung, ein Geschenk der Universität von Havanna und der Geografischen Gesellschaft Kubas, ist seit 1939 auf dem Sockel des Denkmals Alexanders zu finden. Beinahe ehrfürchtig nimmt man im Vorwort des Autors zur Kenntnis, dass in der deutschen Hauptstadt derart viel Humboldt-Gen stecke, dass diese Republik, dieses Berlin, ohne die Humboldts so nicht denkbar wäre. Korneffel spricht vom „humboldtschen Spirit“ an der Spree, der die Freiheit der Geschlechter, die Überwindung von Mauern, die ewig unvollendeten Bahnen und Bauten bis hin zu den Träumen von einem neuen „Forum für die Welt“ mit einschließe. Kaum jemand habe die preußische Hauptstadt um 1800 so geprägt wie die Humboldt-

Berlin lag ihnen zu Füßen

Brüder, die einen intellektuellen Kosmos formten, der, so der Verlag, den Ruf des „Athens an der Spree“ mit begründete.

Doch was hat sie getrieben, die zwei privilegierten Adelssprösslinge, die sich mit ihrem reichen Erbe ein feudales Leben hätten ermöglichen können? Hauslehrer Gottlob Johann Christian Kunth hatte schon die Mutter überzeugt, die Jungen zur weiteren Bildung nach Berlin zu bringen. Dort angekommen, nahm er die Halbwüchsigen mit in die geheime „Gesellschaft der Freunde der Aufklärung“, den Salon des jüdischen Arztes und Experimentalphysikers Marcus Hertz. Hier tummelten sich führende Männer aus Physik, Philosophie und Geistesleben zu anregenden Diskussionen. So etwas prägt.

Bücher über die ungleichen Brüder, die zeitlebens in engem Kontakt standen, gibt es viele. Korneffel lädt in seinem Werk ein zu einer Zeitreise. Prallgefüllt mit Abbildungen und Fotos ist die Reise ins 18. Jahrhundert besonders anschaulich. Wie Alexander als Weltreisender zum führenden Naturforscher seiner Zeit wurde und Wilhelm als Staatsmann und Sprachforscher die Berliner Universität gründete, liest sich spannend und höchst informativ. Am Ende der Zeitreise steht der Leser vor der Baustelle des Berliner Stadtschlosses, das bald das wissenschaftliche, kulturelle und geistige Erbe der Humboldtbrüder als Humboldtforum beherbergen wird.

Die Welt lag diesen großen Geistern zu Füßen. Welch Glück für Berlin, dass die Brüder trotz aller Ablehnung gegen diese Stadt, dennoch immer wieder hierher zurück kamen.

Silvia Friedrich



***Peter Korneffel: „Die Humboldts in Berlin. Zwei Brüder erfinden die Gelehrtenrepublik“**, Elsengold Verlag, Berlin 2017, gebunden, 208 Seiten, 24,95 Euro*

Vom Islam verfolgte Gläubige in Syrien als Vorbilder

In der Hölle der vom Krieg verwüsteten Städte Aleppo, Homs und Mossul sind Christen weitgehend schutzlos der willkürlichen Verfolgung durch radikale Moslems ausgesetzt. Besonders gefährdet durch den religiös motivierten Hass sind Konvertiten, also zum Christentum übergetretene Ex-Muslime.

Apostasie ist im Islam nicht vorgesehen und gilt als Todsünde. Von der alltäglichen Gefährdung der neu bekehrten Christen in den umkämpften Gebieten erfährt die Weltöffentlichkeit so gut wie nichts. Der 1955 geborene amerikanische Pastor, Missionar und Buchautor Tom Doyle schildert in seinem neuen Buch mit dem Titel „Im Sturm der Verfolgung“, wie Muslime, die keine Hoffnung mehr haben, von der biblischen Botschaft der Liebe erreicht werden und trotz der tödlichen Bedrohung daran festhalten. Die deutsche Übersetzung aus dem Amerikanischen erschien im christlichen Brunnen Verlag.

In acht romanhaft ausgestalteten Geschichten mit Titeln wie „Ich war mit einem Imam verheiratet“, „Wer den Missionar erschießt, bekommt 10 000 Dollar“ oder „Die Frau am Jakobsbrunnen“ zeichnet Doyle Einzelschicksale dieser Christen nach. Sie praktizieren ihren Glauben im Geheimen und tragen ihn mit aller gebotenen Vorsicht weiter.

Inmitten der Anfeindungen und Gefahr durch den islamischen Terror, der vor allem von Menschen in ihrer unmittelbaren Umgebung ausgeht, erleben sie inneren Frieden, beweisen Mut und unbedingte Glaubenstreue. Die Handlung steuert meistens auf die Bekehrung der Protagonisten zu. Grausamkeiten werden hier nicht detailliert beleuchtet. Vielmehr ist der Autor darum bemüht, den Leser Anteil an der Gefühlswelt der Verfolgten, aber auch der Verfolger nehmen zu lassen.

Die anrührenden und zugleich beklemmenden Geschichten sind auf den Geschmack eines großen, christlichen Publikums zugeschnitten. In Teilen ist diese Populärliteratur wohl konstruiert, beruht aber auf authentischen Erfahrungen, wie der Autor versichert. Dabei ist der amerikanische Hintergrund des Buches in Rechnung zu stellen. Es geht um Mission. Missionsgesellschaften werden zu 100 Prozent von Spenden und dem Verkaufserlös von Büchern finanziert.

Gefühlswelt Verfolgter erklärt

Doyle gilt in den missionsorientierten evangelikalen Kreisen der USA als Experte für die Themengebiete Israel, Nahostkonflikt und Islam. Er war 20 Jahre Pastor in den USA, bevor er 2001 als Direktor der Bereiche Mittlerer Osten und Nordafrika in den Dienst einer US-amerikanischen Missionsgesellschaft mit Sitz in Texas trat. Häufig wird er als Referent von Hörfunk- und Fernsehsendern eingeladen.

Erklärte Absicht des Autors ist es, den Christen in Amerika und Europa die Haltung der Christen in den umkämpften Gebieten als Vorbild vor Augen zu führen. Deren Situation in großen Teilen der Welt vergleicht er mit der Verfolgung und Bewahrung des Propheten Daniel, wie sie im Alten Testament geschildert wird: „Da entsetzte sich der König Nebukadnezar, fuhr auf und sprach zu seinen Räten: Haben wir nicht drei Männer gebunden in das Feuer werfen lassen? Sie antworteten und sprachen: Ja, König. Er antwortete und sprach: Ich sehe aber vier Männer frei im Feuer umhergehen und sie sind unversehrt; und der vierte sieht aus, als wäre er ein Sohn der Götter“ (Daniel 3,24-25).

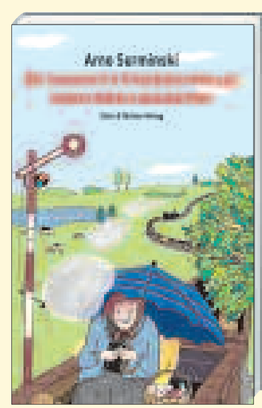
Dagmar Jestrzemski



***Tom Doyle/Greg Webster: „Im Sturm der Verfolgung. Sie erleben Gottes Kraft – Christen im Nahen Osten“**, Brunnen Verlag/Open Doors, Gießen 2017, broschiert, Paperback, 237 Seiten, 13 Euro*

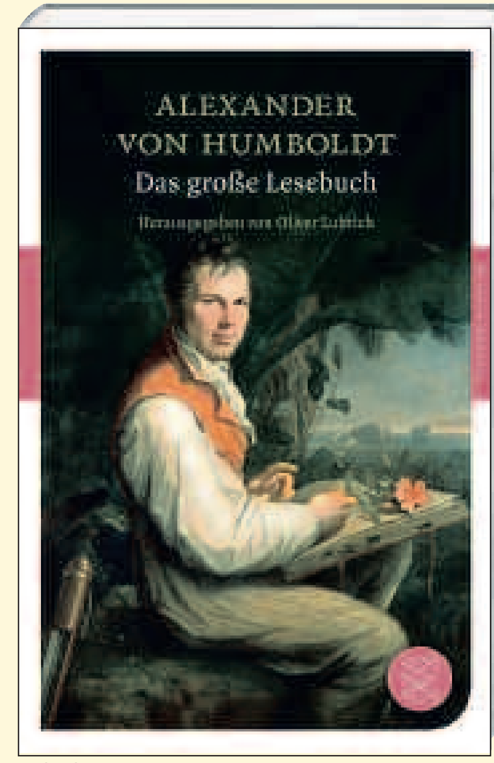


Ulrike Renk
Das Lied der Störche
Roman
Ostpreußen 1920: Frederike verbringt eine glückliche und unbeschwerte Kindheit auf dem Gut ihres Stiefvaters in der Nähe von Graudenz. Bis sie eines Tages erfährt, dass ihre Zukunft mehr als ungewiss ist: Ihr Erbe ist nach dem großen Krieg verloren gegangen, sie hat weder Auskommen noch Mitgift. Während ihre Freundinnen sich in Berlin vergnügen und ihre Jugend genießen, fühlt sich Frederike ausgeschlossen. Umso mehr freut sie sich über die Aufmerksamkeit des Gutsbesitzers Ax von Stieglitz. Wäre da nur nicht das beunruhigende Gefühl, dass der deutlich älteren Mann ein dunkles Geheimnis umgibt ... Ein berührende Familien-Saga die auf wahren Begebenheiten beruht. Die Autorin Ulrike Renk lebt als freie Autorin in Krefeld. 512 Seiten
Nr. P A1150 Taschenbuch 12,99 €



Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten 248 Seiten/TB
Nr. P A0208 9,95 €

Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten. Aber Lachen ist auch Medizin und Balsam für die Seele. Da das Leben nicht immer nur heitere Momente bietet, helfen Bücher und Geschichten eine Welt zu erschaffen, in der wir unsere Sorgen hinter uns lassen und unbeschwert schmunzeln oder laut herauslachen können. Arno Surminski schildert voller Wärme und mit humorigem Unterton die Bewohner dieser Welt: Es sind Menschen wie du und ich, mit kleinen und größeren Marotten und doch so herrlich normal, dass wir sie gern begleiten möchten. Geschichten für den Alltag, für den Feierabend, für trübe Tage und Nächte und für sonnige – Geschichten für jede Zeit eben.



Oliver Lubrich
Alexander von Humboldt
Das große Lesebuch
Der große Naturforscher und Reiseschriftsteller Alexander von Humboldt erlebt seit einigen Jahren eine erstaunliche Renaissance. Wissenschaftlich und literarisch zugleich, lassen uns seine Schriften staunen über den Reichtum der Natur, und sie wecken die Sehnsucht nach einem Verständnis fremder Kulturen. Dieses attraktive Lesebuch, herausgegeben von dem Humboldt-Kenner Oliver Lubrich, bietet eine repräsentative Auswahl aus dem Gesamtwerk, mit ausnahmslos ungekürzten Texten im originalen Wortlaut. Mit Daten zu Leben und Werk, exklusiv verfasst von der Redaktion der Zeitschrift für Literatur TEXT + KRITIK.
352 Seiten
Nr. P A1185 Taschenbuch 13,50 €

Kalender Kühe in Farbe 2018
Mit 12 farbenfrohen Motiven von Kühen. Spiralbindung.
Format 33 x 31 cm
Nr. P 535777 Kalender 9,95 €



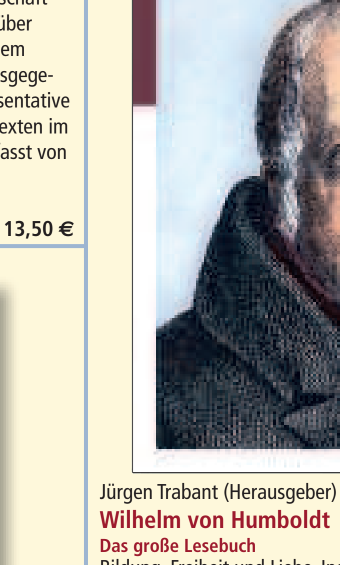
Kalender Thüringen in Farbe 2018 (Format 33 x 31 cm)
Mit 12 farbenprächtigen Motiven aus Thüringen, dem Urlaubsparadies in der Mitte Deutschlands und seiner Hauptstadt Erfurt
Nr. P 535740 Kalender 9,95 €



Ulrike Renk
Die Jahre der Schwalben
Roman
Kurz nach ihrer Hochzeit erfährt Frederike, dass ihr Mann eine schwere Krankheit hat. Er geht in ein Sanatorium, und Frederike hofft auf seine Genesung. Doch als er stirbt, steht Frederike vor den Trümmern ihres Lebens. Allein und ohne eigenes Vermögen muss sie das Gut mit der großen Trakehnerzucht bewirtschaften. Jahre der Verzweiflung und Einsamkeit folgen, bis sie Gebhard von Mansfeld kennenlernt. Ganz langsam gelingt es ihr, wieder an das Glück zu glauben. Doch dann kommt Hitler an die Macht, und plötzlich weiß Frederike nicht, ob sie und ihre Liebsten noch sicher sind. Der 2. Teil der großen emotionalen Familiensaga aus Ostpreußen, die auf wahren Begebenheiten beruht.
560 Seiten
Nr. P A1186 Taschenbuch 12,99 €



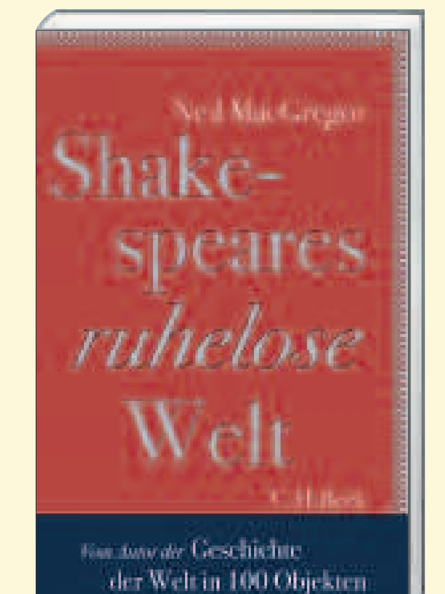
Kalender Pandas in Farbe 2018
Mit 12 farbenfrohen Motiven von Panda-Bären, dieser vom Aussterben bedrohte Bärenrasse. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535781 Kalender 9,95 €



Jürgen Trabant (Herausgeber)
Wilhelm von Humboldt
Das große Lesebuch
Bildung, Freiheit und Liebe, Individualität, Nation und Menschheit sind die großen Begriffe, die Wilhelm von Humboldts Denken und Leben leiten. Das vorliegende Lesebuch gibt einen Einblick in die wichtigsten Themen und Handlungsfelder dieses großen Gelehrten und Politikers. Es versammelt zentrale Texte zu Humboldts Sprachdenken und dokumentiert sein leidenschaftliches Interesse an der Vielfalt menschlicher Lebensformen. Der Band zeigt Humboldt als preußischen Staatsmann und beleuchtet anhand einiger bewegender Briefe auch die private Seite dieses großen deutschen Denkers. 432 Seiten
Nr. P A1144 Taschenbuch 13,50 €



Kalender Weimar 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus Weimar, der Stadt der großen deutschen Dichter. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535755 Kalender 9,95 €



Neil MacGregor
Shakespeares ruhelose Welt
Während Shakespeare unvergängliche Werke wie Romeo und Julia, Hamlet, Othello oder König Lear schrieb, ging die Welt durch ein Zeitalter tiefgreifender Veränderungen. Seit der Entdeckung Amerikas hatten sich die Horizonte Europas dramatisch erweitert. Ein ganzes Weltbild geriet ins Wanken. Neil MacGregor, der designierte Intendant des Humboldtforums, führt uns anhand von zwanzig Objekten mitten hinein in die Zeit – und hinein in die Stücke Shakespeares. Ob er uns das Schwert eines Edelmanns oder die Wollmütze eines Handwerksburschen, einen Glaskelch aus Venedig oder Münzen aus Marrakesch vorstellt – immer weiß er eines der Themen zu illuminieren, die Shakespeares Zeitalter prägten: die Globalisierung, die Glaubenskämpfe, die Pest, der Islam, die Magie – und uns zugleich vertraut zu machen mit einem der aufregendsten Dichter der Weltliteratur. Das Resultat ist ein hinreißend lebendiges, glänzend geschriebenes und in vielem überraschendes Portrait der gefährlich aufgewühlten Welt von William Shakespeare. 347 Seiten mit 125 farbigen Abbildungen.
Nr. P A0936 Gebunden mit Schutzumschlag 29,95 €

Kalender St. Petersburg in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus St. Petersburg, der Stadt an der Newa. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535753 Kalender 9,95 €



Kalender Dublin in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus Dublin, der Hauptstadt Irlands. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535746 Kalender 9,95 €



Siegfried Lenz
Die Erzählungen
Nirgendwo lässt sich die Vielfalt und Entwicklung im Schaffen von Siegfried Lenz deutlicher überblicken als in seinen Erzählungen. In ihnen gelingt es dem Autor auf brillante Art und Weise, Dinge und Situationen mit einer seltenen Intensität auf kleinstem Raum zu verdichten. Lenz selbst, der als Romancier Weltruhm erlangte, sieht sich vornehmlich als Geschichtenerzähler: „Denn was sind Geschichten? Man kann sagen, zierliche Nötigungen der Wirklichkeit, Farbe zu bekennen. Man kann aber auch sagen: Versuche, die Wirklichkeit da zu verstehen, wo sie nichts preisgeben möchte. In jedem Fall sind mir Geschichten immer wie Tellereisen vorgekommen, die man zur Vergeltung auslegt: weil die Wirklichkeit sich selbst unaufhörlich bestreitet, sucht man sie in kleiner Falle zu fangen und zur Offenbarung ihrer Identität zu zwingen." Siegfried Lenz (1926–2014) zählt zu den bedeutenden und meistgelesenen Schriftstellern der deutschen Literatur. Für seine Bücher wurde er mit vielen wichtigen Preisen ausgezeichnet, unter anderem mit dem Goethepreis der Stadt Frankfurt am Main, dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und mit dem Lew-Kopelew-Preis für Frieden und Menschenrechte 2009. 1.540 Seiten.
Nr. P A0942 2 Bände im Schuber 60,00 €



Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Wie das Wetter wird
Bauernregeln für Heute neu entdeckt
Wolf-Dietmar und Ursula Unterwegers Sammlung alter Bauernregeln sind einzigartig schöne Bilder vom Leben auf dem Lande beigegeben, die Ausdruck eines alt-neuen Naturverständnisses sind. 33 Abb. 96 S.
Nr. P 575273 Gebunden 7,95 €

Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Die Schönheit alter Bauerndörfer
Es ist gut, dass es das noch gibt
Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für den Erhalt der bäuerlichen Kultur und Tradition. 123 Abbildungen. 120 Seiten
Nr. P 575274 Gebunden 7,95 €



Kalender London in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus London, dieser faszinierenden Stadt an der Themse. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535749 Kalender 9,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

SPD und CDU: Weniger Geld

Berlin – Die Bundes- und Landtagswahlen wirken sich erheblich auf die staatlichen Zuschüsse für die Parteien aus. So muss die SPD im Jahr 2018 laut „Spiegel online" mit 1,7 Millionen Euro weniger auskommen, die CDU verliert 1,4 Millionen. Die FDP bekommt indes 2,8 Millionen Euro mehr, die AfD rund vier Millionen. Bei Grünen und Linkspartei bleiben die Zahlungen in etwa gleich. *H.H.*

Deutsche gegen Islam-Feiertag

Erfurt – Mehr als 70 Prozent der Deutschen lehnen die Einführung eines gesetzlichen islamischen Feiertags in Deutschland ab, die Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) ins Gespräch gebracht hatte. Dies ergab eine INSA-Umfrage für die „Bild"-Zeitung. Selbst bei den Grünen-Anhängern befürwortet nur knapp jeder Fünfte einen solchen Feiertag. Am wenigsten Zuspruch findet er bei den Wählern von AfD (3,7 Prozent) und FDP (4,2 Prozent). *H.H.*

ZUR PERSON

Hüterin des Weltkulturerbes

Das ging für die UNESCO gerade noch einmal gut. Wäre der israelkritische Katarer Hamad al Kawari zum Nachfolger der Bulgarin Irina Bokowa als Generaldirektor gewählt worden, wären die Antisemitismusvorwürfe gegen die UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur noch lauter geworden. So aber setzte sich im fünften Wahlgang die frühere französische Kulturministerin mit marokkanisch-jüdischen Wurzeln, **Audrey Azoulay**, knapp gegen den Favoriten durch.

Sollte die UNESCO-Generalkonferenz am 10. November der Wahl zustimmen, dann tritt die 45-jährige Beamtin aus Paris das Amt in turbulenten Zeiten an. Die USA und Israel haben ihren Austritt aus der Organisation für Ende 2018 angekündigt. Israel war erzürnt darüber, dass die UNESCO die Altstadt von Hebron zum palästinensischen Weltkulturerbe erklärt hatte. Und aus Verärgerung darüber, dass 2011 die UNESCO die Palästinensische Autonomiebehörde als Mitglied aufgenommen hat, hatte schon die Obama-Regierung die Zahlungen an die Kulturorganisation eingestellt. Inzwischen sind die USA mit 550 Millionen Dollar im Zahlungsrückstand.



Azoulay, die von 2016 an unter der Regierung François Hollandes ein Jahr lang Kulturministerin war, muss nun dafür sorgen, dass der aufgeblähte UNESCO-Apparat mit 2100 Mitarbeitern in Paris und weiteren 700 in weltweiten Außenstellen arbeitsfähig bleibt. Viel mehr als Welterbe-Listen zu erstellen, Biosphärenreservate zu bilden und für Gleichberechtigung zu sorgen, scheinen die hochbezahlten UNESCO-Beamten ohnehin nicht tun zu müssen. Dazu jetten sie um die Welt und „missbrauchen die Organisation aus rein politischen Zwecken", wie selbst die Bundesregierung kritisierte. Wer weiß, ob Azoulay das stoppen kann oder will? *H. Tews*



In den Orkus

Wer Angst hat vor der schwarzen Frau, wie Kubicki Forderungen vortäuscht, und warum wir von Österreich gar nichts lernen müssen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

So rasch hatten wir das gar nicht erwartet. Bekannt ist: Jede Partei, die mit Merkel koaliert, fährt gegen die Wand. 2009 erlitten die Sozis den Aufprall, 2013 hat es die Liberalen zerschmettert und 2017 war wieder die SPD dran. So weit, so tragisch für etliche im jeweiligen Knall zerstobene Politikerkarrieren. Erinnern Sie sich noch an Philipp Rösler?

Eben. Aber immerhin musste der glücklose FDP-Chef erst einmal vier Jahre als Merkels Minister auftreten, ehe ihn das schwarze Ungetüm verschlang und seine Partei 2013 aus dem Bundestag flog.

Heute scheint das alles viel schneller zu laufen. FDP und Grüne haben noch nicht einmal mit den Sondierungen zu einem Bündnis mit der CDU-Chefin begonnen, da kriegen sie in Niedersachsen schon eins auf die Nuss. Kein gutes Omen für das Schicksal, das die beiden Parteien im Jamaika-Bündnis erwartet.

Die Freidemokraten haben aus dem Desaster von 2013 wenigstens eines gelernt: Nie wieder wollen sie erleben, dass die schwarze Vertilgerin alle gelben Wahlversprechen einfach ins Klo spült und die FDP damit wie einen armseligen Trottel aussehen lässt. Daher stellt die FDP jetzt gezielt Forderungen, die gar keine sind, um sie besser erfüllt zu bekommen.

Wolfgang Kubicki drischt im Frühstücksfernsehen „gelbe Linien" in den Flugsand, über welche die FDP niemals verhandeln werde. Niemals! Als da wären die Abschaffung des Soli und der Erlass eines Einwanderungsgesetzes.

Schneidig, was? Zumindest solange man ausklammert, dass den Soli eigentlich alle auslaufen lassen wollen. Die Frage ist bloß, wann das geschehen soll. Darüber wird dann zu verhandeln sein. Ähnlich verhält es sich beim Einwanderungsgesetz. Grüne und Schwarze sind sich im Grundsatz einig, dass sie auch so was haben wollen. Nur wie es aussehen soll, da schauen wir mal.

Mit anderen Worten: Kubicki zieht unverhandelbare Linien, die sowieso niemand überschreiten will. Allerdings will Kubicki nicht, dass mit dem Einwanderungsgesetz bloß ein weiteres Einfallstor für alles und jeden geschaffen wird, also auch für noch mehr orientalische Analphabeten, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum je Fuß fassen werden. Genau dafür aber schwärmen die Grünen und wünschen sich nichts dringender als „legale Zugangswege" für Einwanderer aus Armutsregionen. Ob das je zusammengeht? Wir werden sehen.

Einen faulen Kompromiss hat Kubicki jedenfalls nicht gänzlich ausgeschlossen, weshalb seine „gelben Linien" zunächst niemanden stören müssen. Umso bemerkenswerter ist es daher, wie es der Holsteiner (der eigentlich aus Braunschweig stammt) schafft, eine dermaßen dünne Soße derart dick aufzutragen, dass eine windelweiche Selbstverständlichkeit rüberkommt wie ein knallhartes Ultimatum.

> Das Nordlicht schafft es, dass selbst die dünnste Soße wie ein knallhartes Ultimatum aussieht

Allerdings hat das liberale Nordlicht beim Einwanderungsgesetz auch weniger die Grünen als Stolperstein im Blick als vielmehr die CSU, bei der es infolge der Österreich-Wahl noch hektischer zugeht. Die Angst vor einem weiteren Bündnis mit Merkel, welche eigentlich die FDP befallen müsste, diese Angst scheint nun die Christsozialen erfasst zu haben.

Ja, sogar in der CDU beschleicht einige Aktive ein ungutes Gefühl beim Gedanken an weitere vier Jahre unter jener Chefin, welche die Partei seit nunmehr 17 und die Regierung seit zwölf Jahren führt. Wo werden sie nach zusätzlichen vier Jahren stehen?

Die Verunsicherung über diese Frage ist in der CDU mit Händen zu greifen. Manchen scheint sie gar schlaflose Nächte zu bereiten. Nur eine rührt das alles nicht im Geringsten: Merkel selbst.

Ihr scheint das Schicksal ihrer Partei erfrischend schnuppe zu sein, wie wir schon am Abend des 15. Oktober beobachten durften. Die Union hatte nur drei Wochen nach der Bundestagswahl eine weitere herbe Schlappe erlitten. Die Mitglieder waren zutiefst niedergeschlagen, Funktionäre reagierten ratlos, derweil Scharen von „Experten" nach den Ursachen für den zweiten Bauchklatscher in so kurzer Zeit forschten.

Doch wo war Merkel? Verschwunden, abgetaucht, unsichtbar. Sie ließ ihre Partei an jenem Abend ganz allein mit dem Debakel, keine tröstenden Worte für die vielen enttäuschten Parteisoldaten, keine ermutigende Rede an die verbliebene Anhängerschaft, nichts. An Muttis kalter Schulter froren sie einsam im Wind.

Eigentlich ist das nichts Neues: Merkel war schon immer möglichst weit weg, wenn es etwas Schmerzliches zu verkünden galt. Die Leute sollten ihren Namen und ihr Gesicht möglichst nicht mit Niederlagen assoziieren. Da mussten andere vor.

Diesmal aber hatte die Szenerie etwas Besonderes, weil sogar in der CDU bereits über das Ende der Ära Merkel getuschelt wird. Da erscheint ihr kühles Nichterscheinen am Abend des 15. Oktober wie die Aussicht auf den Tag ihres Abgangs. So, wie es an dem Abend aussah, dürfte ihr Abschied von der Spitze der CDU mit der „Herzlichkeit" einer Schneekönigin über die Bühne gehen.

In Hans-Christian Andersens Märchen betäubt die kalte Monarchin den arglosen Kay mit ihrem eisigen Kuss, der den Jungen fast umbringt und ihn fortan Sachen machen lässt, auf die er selber nie gekommen wäre. Doch durch den Kuss in Trance versetzt, merkt er das gar nicht, bis ihn, ganz blau gefroren und beinahe tot, Nachbarstochter Gerda befreit.

Also geht die Sache, wie im Märchen üblich, gut aus. Für die CDU wird es weniger märchenhaft enden, wenn die kalte Chefin mit ihr fertig ist. Wenn wir auf das Schicksal blicken, welches SPD und FDP im Bund mit Merkel erlitten haben, muss uns gar um das gesamte deutsche Parteiensystem bange werden. Ob das in vier Jahren noch steht? Oder bleibt nur Wüste übrig? Dann winken uns italienische Verhältnisse, wo seit der Implosion der klassischen Nachkriegsparteien ein Gewimmel sprunghafter „Bewegungen" und gelegentlicher „Experten-Regierungen" das politische Geschehen beherrscht.

Selbst wenn sich eine gereifte AfD bis dahin stabilisiert haben mag, könnte Deutschland ein ähnliches Durcheinander erwarten für die Zeit, nachdem unsere Kanzlerin alle gewachsenen Strukturen in den Orkus koaliert hat. Das wird sicherlich rasend spannend und überaus unterhaltsam. Doch der Spaß vergeht einem irgendwann, sagen zumindest die Italiener.

Aber ruhig Blut, soweit sind wir ja noch nicht. Etablierte Politik und Medien dürfen einstweilen weiterhin so tun, als sei gar nichts los, als bildeten sich nur Hetzer und Idioten ein, dass irgendetwas gewaltig schiefläuft in der Republik und der 24. September nur das Vorbeben war für das, was kommen wird.

Aus diesem Grunde unterscheiden sich Österreich und Deutschland, die sonst so viel gemeinsam haben, in einem Punkt erheblich: In Wien sprechen die Politiker von den berechtigten Sorgen der Bürger, die man ernstnehmen und auf die man seine Politik einstellen müsse.

In Berlin weiß man dagegen bloß von den diffusen Ängsten der Abgehängten, die auf keinen Fall abstrahlen dürfen auf die Politik des bunten, weltoffenen Deutschland. Es so zu machen wie die Österreicher hieße ja, auf die „Rechtspopulisten" zuzugehen. Das böse Wort sprechen wir dabei am liebsten aus wie Claus Kleber: „Rrrrächtspopulisten", mit einem besonders langen „r". Dann hat es so was Hitlerisches und wir fragen uns, warum der Moderator dabei nicht zwei Finger an die Oberlippe legt.

Nach der Österreich-Wahl ergoss sich der politisch korrekte Schwall wieder besonders üppig aus den deutschen Staatssendern. Wir sind neugierig, wie lange diese Droge noch wirkt. Und vor allem, was geschieht, wenn die Wirkung nachlässt und die Deutschen zu sich kommen.

MEINUNGEN

Für ***Thomas Sigmund*** *vom „Handelsblatt" (16. Oktober) kommen nach dem Resultat von Niedersachsen* ***schwere Zeiten auf Merkel und Seehofer*** *zu:*

„Eine tief verunsicherte Union ist nun endgültig zum Erfolg verdammt. Liefern Merkel und Seehofer nicht, drohen ihre politischen Karrieren zu Ende zu gehen. Zwar sind beide absolute Profis, die schon viele politische Krisen überstanden haben. Aber ihre Machterosion ist nach diesem Wahlabend mit Händen zu greifen."

Auch ***Alexander Marguier*** *sieht im Niedersachen-Ergebnis ein* ***böses Omen*** *für die* ***CDU****, wie er im „Cicero" (15. Oktober) schreibt:*

„Inzwischen zeichnet sich immer deutlicher ab, dass nach der Marginalisierung der Bundes-SPD auch die CDU ihren Nimbus als letzte Volkspartei zu verlieren droht ... Sollte bei der Union noch ein eigener bürgerlich-konservativer Gestaltungswille vorhanden sein, dann wäre eine Koalition zusammen mit den Grünen jedenfalls wenig verheißungsvoll. Aber so ist die CDU des Jahres 2017: Hauptsache Merkel regiert."

Oliver Pink *erklärt in der Wiener „Presse" (15. Oktober), was das* ***Wahlergebnis von Österreich*** *bedeutet und woher es rührt:*

„Alle Parteien rechts der Mitte haben bei dieser Wahl zugelegt. Allen voran die ÖVP. Dann die FPÖ. Und sogar auch die (liberalen) Neos ein wenig. Und der Rechteste unter den Linken, (der Grünen-Abtrünnige) Peter Pilz, hat ebenfalls gewonnen. Dieser Rechtsruck in Österreich ist vor allem einem Thema geschuldet: der Migration."

Rainer Zitelmann *geht im „The European" (16. Oktober) der Frage nach, warum Sebastian Kurz in Österreich den* ***Erfolg*** *hat, welcher der* ***CSU*** *in Deutschland* ***versagt blieb****:*

„Warum hatte er (Kurz) Erfolg und Seehofer nicht? Ganz einfach: Bei Seehofer war doch zu spüren, dass seine Merkel-Kritik halbherzig und taktisch motiviert war ... CSU und FDP stehen vor der Wahl, mit Jamaika unterzugehen oder durch ein konsequentes Adressieren der Probleme in der Opposition zu erstarken und bei den nächsten Wahlen eine ähnliche Rolle zu spielen wie Kurz. Die Österreicher sind uns allerdings eines voraus: Die Political Correctness gibt es dort zwar auch, aber ihre Vertreter haben die Diskurshoheit verloren. Das hat Kurz verstanden."

Claudio Casula *nimmt auf der „Achse des Guten" (13. Oktober) die Behauptung auseinander,* ***niemandem*** *werde wegen der Asylkosten* ***etwas weggenommen****:*

„Die 30, 40, 50 Milliarden Euro, die jährlich für hauptsächlich illegale Migranten aufgebracht werden, müssen irgendwoher kommen ... Wenn man sich anschaut, wer so kommt – die märchenhaften Träume von gut ausgebildeten und hochmotivierten Migranten sind ja bei Tageslicht längst zu Staub zerfallen –, ist eher klar, dass sich die massiven Probleme immer weiter verschärfen werden. Unsere Zukunft wird gerade verfrühstückt, aber Politiker tun so, als seien alle Sorgen völlig unbegründet."